



Ausgabe 2 2025 | 5786

Zeitschrift der Deutsch-Israelischen Gesellschaft



Sie sind zurück, aber das Leiden bleibt

Impressum

Herausgeber

Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.
Präsident: Volker Beck (V.i.S.d.P.)
Bundesgeschäftsstelle
Littenstraße 105 | 10179 Berlin
Telefon 030/80 90 70 28
info@digev.de | www.digev.de

Registergericht:
Amtsgericht Charlottenburg
Registernummer: VR 4075 B

Chefredaktion

Claudia Korenke

Redaktionsteam

Constantin Ganss
Daniel Killy
Lasse Schauder
Dr. Kay Schweigmann-Greve

Titelbild

Die deutsch-israelischen Zwillinge Gali und Zvi Berman sehen sich nach zwei Jahren Geiselhaft wieder.
Foto: IDF

Konzept/Gestaltung/Satz

Lothar Schwarzer GbR
Druck & Werbung Berlin
Telefon 030/401 89 39
info@schwarzer-druck.de

Druck & Verarbeitung

Lothar Schwarzer GbR
Druck & Werbung Berlin

Erscheinungsweise

Halbjährlich. Der Bezugspreis des DIG Magazins ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Für namentlich gekennzeichnete Artikel sind die jeweiligen Autoren*innen verantwortlich.

Bankverbindung

Berliner Sparkasse
IBAN DE84 1005 0000 1010 0091 99
BIC BELADEBEXXX

Herausgegeben mit
freundlicher Unterstützung des
Auswärtigen Amtes



Auswärtiges Amt

Inhalt

- 1 | Editorial
Volker Beck, Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V.

Grußwort

- 2 | Julia Klöckner, Präsidentin des Deutschen Bundestages

60 Jahre deutsch-israelische Beziehungen

- 3 | Ein Herbstfest in Haifa
5 | Shaping Tomorrow: 30 junge Israelis und Deutsche sprachen über die Zukunft der Begegnungen
8 | 60 Jahre diplomatische Beziehungen im Schatten des 7. Oktober
9 | Israelische Generalkonsulin & Kommunalpolitiker zu Gast
10 | Studiengruppen: Auf dem Weg zu diplomatischen Beziehungen

Der 7. Oktober und die Folgen

- 13 | Den Geiseln ein Gesicht geben
14 | Eine Mutter spricht über die Ermordung ihrer Tochter in Nir-Oz
16 | Das Dorf Otersen und die Stadt Bremen gedachten der ermordeten Carolin Bohl
17 | Wenn aus Trauer Vermächtnis wird
44 | Eine rechtliche Einordnung: Genozidvorwürfe gegen Israel

Aus den AGs

- 20 | Berlin: Wie die Hamas das UNRWA-Bildungssystems seit Jahrzehnten unterwandert hat
22 | Bonn: Nach dem Massaker: Trauer und Hoffnung
23 | Dortmund: Neue DIG AG stellt sich vor
24 | Frankfurt: Förderung von Gemeinde und Jüdischem Museum
Vortrag am Sigmund-Freud-Institut Frankfurt – „Rationalisierung des Wahns“
25 | Frankfurt: Mitgliederversammlung findet regen Zuspruch
26 | Gifhorn: Ein klares Zeichen gegen Gleichgültigkeit
27 | Gifhorn: Wie die systematisch sexualisierte Gewalt des 7. Oktober Feministinnen beflügelte
30 | Hannover: „Gewerkschaftliche Perspektiven für Frieden im Nahen Osten“
31 | Die Drusen als religiöse und ethnische Minderheit im Fokus: Mufid Mari zu Besuch in Hannover
32 | Hannover: Amos Davidowitz reist durch Norddeutschland
35 | Heilbronn: Die Spannungen zwischen Ankara und Jerusalem – ein neuer Konfliktherd?
36 | Kassel: Gesellschaft mit beschränkter Hoffnung
37 | Kassel: Besuch aus Kassels israelischer Partnerstadt Ramat Gan bei der AG Kassel
39 | Münster: Endlich ein Ende
39 | Nürnberg-Mittelfranken: Zur Lage in Israel, Iran und Deutschland
40 | Bericht der Ereignisse – Einblicke in die Arbeit – Gespräch zur Lage: Kriegstagebuch aus Nahost
41 | Westmünsterland: Veranstaltungen in Bocholt und Dorsten
41 | Würzburg: Gedenkkundgebung zum 7. Oktober
42 | Würzburg: Begegnungen am Rand des Unfassbaren

Rezensionen

- 46 | Klaus W. Bender: Marius – Résistance! Ein jüdisches Leben im Schatten des Nationalsozialismus
47 | François Wisard: Harald Feller – Retter von Verfolgten, Gefangener von Stalin

Nachrufe

- 48 | Ein großer Journalist schreibt nicht mehr: Dr. Richard Herzinger ist tot
49 | In ehrender Erinnerung: Wir trauern um Micha Brumlik sel. A.



**Chaverim ve Chaverot,
liebe Freundinnen und Freunde
Israels,**



Volker Beck

die lebenden Geiseln sind heimgekehrt. Ihre Rückkehr war ein Moment großer Erleichterung. Doch die Hamas setzt ihr grausames Spiel mit den Toten fort. Die Opfer des 7. Oktober und ihre Familien verbleiben in tiefer Trauer, und ihre Rufe nach Rückkehr und Gerechtigkeit verstummen nicht mit dem Jubel über die Freilassungen. Es bleibt ein Wechselbad der Gefühle – Freude und Schmerz sind zugleich präsent.

Der Weg zum Frieden wird enden, bevor er richtig beschritten ist, wenn die Hamas ihre Waffen behält. Jetzt muss unverzüglich mit ihrer Entwaffnung begonnen werden. Wenn die Hamas auf den Straßen Gazas ihre Macht demonstriert, dann ist das kein Übergang zur Stabilität, sondern die Fortsetzung des Krieges in anderer Gestalt. Wer nicht will, dass der eben begonnene Weg zum Frieden so rasch scheitert, wie er eröffnet wurde, muss jetzt handeln.

Der Trump-Friedensplan sieht genau diesen Schritt vor: Freilassung der Geiseln, Rückzug der IDF, Einrichtung einer International Stabilization Force (ISF) und Demilitarisierung Gazas. Deutschland darf dabei nicht passiv zuschauen, sondern muss diesen Prozess politisch und materiell unterstützen. Israels Sicherheit ist keine Option, sondern die Voraussetzung jeder Friedensordnung.

Gleichzeitig darf nicht vergessen werden: Die schweren Schläge gegen Irans nukleare Infrastruktur waren nötig, doch sie beenden das Atomprogramm nicht. Der Natanz-Komplex mag beschädigt sein, aber der Wille Teherans zur atomaren Bewaffnung bleibt ungebrochen. Und der Verbleib von 400 kg angereichertem Uran ist ungewiss. Das iranische Regime agiert weiterhin über Proxs und Terrornetzwerke weltweit. Auch die Deutsch-Israelische Ge-

sellschaft stand vor wenigen Monaten im Fadenkreuz iranischer Ausspäh- und Anschlagspläne.

Deutschland und Europa müssen nun konkrete Maßnahmen ergreifen, um die Gefahren des iranischen Regimes einzudämmen: Die Revolutionsgarden gehören auf die EU-Terrorliste, regime-treue Institutionen wie das Al-Mustafa-Institut oder Gruppierungen wie die Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands (IGS), eine Tochter des verbotenen Islamischen Zentrum Hamburgs, müssen geschlossen, iranische Banken in Deutschland endlich sanktioniert werden.

Unsere Freundschaft mit Israel, 60 Jahre diplomatische Beziehungen, ist kein Selbstläufer. Sie ist Verpflichtung. Sie verlangt Haltung.

Im kommenden Jahr begeht auch die Deutsch-Israelische Gesellschaft ihr 60-jähriges Bestehen. Dieses Jubiläum ist kein Anlass zur Selbstzufriedenheit, sondern Auftrag weiterzumachen: Gegen Gleichgültigkeit, gegen Appeasement, gegen jeden Antisemitismus und für die Sicherheit und Existenz des jüdischen und demokratischen Staates, Israel.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Volker Beck".

Ihr Volker Beck

Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

Die Präsidentin
des Deutschen Bundestages

Julia Klöckner

Liebe Leserinnen und Leser,

die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel vor 60 Jahren war nicht weniger als die offizielle Bekräftigung eines Wunders: der deutsch-israelischen Freundschaft. Dieses Wunder ist nicht vom Himmel gefallen. Es verdankt sich David Ben Gurion und Konrad Adenauer, die den Grundstein dafür legten, und den vielen Menschen und Institutionen, die es seitdem mit Leben erfüllen.

Zum Feiern ist mir allerdings nicht zumute. Kaum ein Ereignis in den vergangenen sechs Jahrzehnten hat tiefere Risse ins Fundament dieses „Wunders“ geschlagen und größere Widersprüche offenbart als der 7. Oktober 2023.

Im politischen Berlin hieß die unmittelbare Antwort „Staatsräson, Staatsräson, Staatsräson“, wie der renommierte Journalist Werner Sonne in seinem Buch „Israel und wir“ schreibt. Doch was in jenen Tagen ebenfalls durch die Bundeshauptstadt erschallte, war der Jubel für die Hamas. Auf der Sonnenallee feierte man mit Baklava den Massenmord. In den darauffolgenden Monaten reichten selbsternannte Antifaschisten tatsächlichen Antisemiten die Hand. Der Hass kam von links und von rechts, von Deutschen wie von Zugewanderten. Die Erklärung, Antisemitismus habe bei uns keinen Platz, wurde endgültig zur bloßen Behauptung.

Widerspruchsfrei war das deutsch-israelische Verhältnis nie. Willy Brandt prägte dafür die Formel von den „normalen Beziehungen mit einem besonderen Charakter“. Der israelische Schriftsteller Amos Oz hielt normale Beziehungen zwischen Deutschland und Israel für „nicht möglich und nicht angemessen“. Und während



Julia Klöckner

Foto: Deutscher Bundestag/Sawatzki

Angela Merkel die besondere historische Verantwortung der Deutschen mit dem Wort von der „Staatsräson“ besiegelte, stellte sich zwischen den Menschen eine gewisse Normalität ein. Junge Israelis entdeckten Deutschland als attraktive Wahlheimat. Junge Deutsche erlebten, dass sie nicht für die Verbrechen ihrer Großeltern und Urgroßeltern verantwortlich gemacht werden.

Diese besondere Normalität ist gefährdet. Die Zahl der antisemitischen Straftaten ist explodiert. Der Antisemitismus, der nie weg war, ist laut Bertelsmann-Stiftung gerade unter Jüngeren auf dem Vormarsch. Nur ein Viertel der deutschen Bevölkerung erkennt eine besondere Verpflichtung gegenüber dem Staat Israel an. Für das Trauma des 7. Oktober, dem größten Massenmord an Jüdinnen und Juden seit der Shoah, erleben jüdische Bürgerinnen und Bürger hierzulande oft Unverständnis, Verharmlosung oder gar Leugnung.

Zur deutschen Staatsräson zählen nicht nur das Existenzrecht und die Sicherheit Israels. Sie erschöpft sich nicht in Diplomatie und Außenpolitik. Sie beginnt auf der Berliner Sonnenallee, vor der Hauptsynagoge in München, auf den Schulhöfen, in den Hörsälen unserer Universitäten, in den digitalen Räumen. Unsere Staatsräson beginnt beim Schutz von Jüdinnen und Juden bei uns in Deutschland. Sie brauchen unsere Solidarität, unsere Empathie und eine harte Linie gegen antisemitische Straftaten. Wir müssen für sie einstehen. Sonst werden wir unserer historischen Verantwortung nicht gerecht. Sonst verraten wir das Wunder unserer Freundschaft.

Ihre Julia Klöckner
Präsidentin des Deutschen Bundestages



DIG-Präsident Volker Beck im Gespräch mit dem Präsidenten der Knesset, Amir Ohana

60-Jahr-Feier in Israel:

Ein Herbstfest in Haifa

Delegationsreise der Konrad-Adenauer-Stiftung anlässlich des diplomatischen Jubiläums

Zwischen den schrecklichen Nachrichten über den Terroranschlag in Jerusalem und dem seit dem 7. Oktober 2023 andauernden Krieg in Gaza fiel es schwer, Positives zu würdigen. Trotz dieser bedrückenden Lage hat die Konrad-Adenauer-Stiftung Jerusalem gemeinsam mit dem Haifa City Museum am 8. September 2025 zu einer Veranstaltung eingeladen, um den 60. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel zu würdigen. Über 400 Gäste folgten der Einladung.

Das Museum, mitten in der historischen Deutschen Kolonie in Haifa gelegen, und das KAS-Büro in Israel eröffneten den Tag mit drei TED-Präsentationen über die Geschichte der Templergemeinde, das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen mit Schwerpunkt Hafen und Schiffbauindustrie sowie persönliche Berichte über die Verbindung zwischen Berlin und Haifa.

Zwischen den Vorträgen sorgten Vesna Buhler und der Bat-Galim-Chor mit musikalischen Beiträgen für die Unterhaltung der Gäste. Zudem hatten Interessierte die Möglichkeit, die Ausstellung über die deutschen Wurzeln der Stadt Haifa zu besichtigen.

Der zweite Teil des Abends war geprägt vom Schicksal der zu dem Zeitpunkt 48 noch immer in Geiselhaft befindlichen

Menschen – darunter sieben deutsche Staatsbürger –, dem seit dem 7. Oktober 2023 andauernden Krieg in Gaza sowie den politischen Entwicklungen in Deutschland und Israel. Aber auch die wachsenden Sorgen über zunehmenden Antisemitismus in Europa und andererseits Ideen, wie die bilateralen Beziehungen revitalisiert und gestärkt werden können, prägten diesen Programmteil.

Zunächst sprach der deutsche Botschafter Steffen Seibert über den aktuellen Stand der deutsch-israelischen Beziehungen. Neben kritischen Anmerkungen zur Fortführung des Krieges in Gaza und der humanitären Lage für die Menschen dort betonte er, wie besonders dieses Verhältnis sei: entstanden aus den Verbrechen des Dritten Reiches, heute jedoch geprägt von Freundschaft und intensivem Austausch. Im Anschluss rief Dr. Michael Rimmel, Direktor der Adenauer-Stiftung in Israel, dazu auf, den Blick nach vorn zu richten und die Zukunft aktiv zu gestalten. Zudem hob er den besonderen Charakter der Stadt Haifa hervor – eine bunte, weltoffene und innovative Stadt, die in vielerlei Hinsicht als Vorbild für die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen in Israel gelten könnte.

Danach bat Yotam Yakir, Direktor der Haifa-Museen, den Präsidenten der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Volker Beck, die Politikberaterin Melody Sucharewicz sowie den ehemaligen Botschafter Israels in Berlin, Yakov Hadas-Handelsman, auf die Bühne. Alle drei hoben hervor, wie einzigartig die nach 1945 entstandene Partnerschaft zwischen beiden Staaten sei. Gleichzeitig machten sie deutlich, dass die bestehenden Herausforderun-



Treffen mit dem Deutschen Botschafter Steffen Seibert in Israel.

gen nicht ausgeblendet werden dürften. Sucharewicz warnte vor wachsendem Antisemitismus in Europa, der auch vor Deutschland nicht Halt mache. Hadas-Handelsmann äußerte seine Besorgnis über die seinerzeitige Entscheidung von Bundeskanzler Merz, keine Waffen mehr

an Israel zu liefern, und mahnte, dass sich Teile der deutschen Gesellschaft zunehmend von Israel entfremdeten – auch aufgrund des wachsenden Anteils muslimischer Einwanderer. Volker Beck wiederum sprach sich klar gegen manche Pläne der israelischen Regierung aus, wie die Annexion von Teilen des Westjordanlandes. Er verwies dabei auf die weiterhin große Solidarität von Politik und Gesellschaft in Deutschland mit Israel und warb für eine noch engere Partnerschaft zwischen beiden Ländern, die auf gleichen Werten basiert ist.

Die Diskussion machte deutlich: Die Probleme sind zu komplex, um sie an einem Abend abschließend zu behandeln. Zugleich zeigte sich, dass die Partnerschaft zwischen Israel und Deutschland standhaft ist. Alle Beteiligten betonten ihren Willen und ihre Motivation, täglich für diese Partnerschaft zu arbeiten und sich für eine gemeinsame Zukunft einzusetzen.

Den festlichen Abschluss bildete ein Auftritt des israelischen Sängers Alon Ader, der das Publikum mit seinen bekannten Liedern begeisterte.



Mit Ben Gurion und Konrad Adenauer im Park – Bilder einer Ausstellung zum „60.“

KAS Jerusalem



Bundestagspräsidentin Julia Klöckner empfängt die deutsch-israelische Delegation

Shaping Tomorrow:

30 junge Israelis und Deutsche sprachen über die Zukunft der Begegnungen

Im Rahmen des 60. Jubiläums der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel fand vom 14. bis 18. September der erste deutsch-israelische Jugendaustausch des Jungen Forums statt. Unter dem Titel Shaping Tomorrow: German-Israeli Youth Exchange kamen 30 junge Menschen aus beiden Ländern für eine Woche in Berlin.

Organisiert vom Jungen Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft gemeinsam mit der International Diplomacy Initiative (IDI) stand eine intensive Woche voller Begegnungen, Diskussionen und Einblicke in Politik und Geschichte auf dem Programm. Die Teilnehmenden setzten sich gleichermaßen aus Mitgliedern des Jungen Forums und Interessierten aus Deutschland und Israel zusammen. Von israelischer Seite wurde der Austausch durch die International Diplomacy Initiative (IDI) organisiert. Die Initiative ist weltweit aktiv und setzt sich dafür ein, junge Menschen für die Förderung von Diplomatie zu gewinnen.

Geschichte und Gegenwart jüdischen Lebens in Berlin

Montagmorgen in der Begegnungsstätte Sophienhof des CVJM in Berlin-Mitte. Am ersten Tag von Shaping Tomorrow widmeten sich die Teilnehmenden der Geschichte, Gegenwart und Zukunft der deutsch-israelischen Beziehungen. In einem Workshop entwickelten wir offen und engagiert eigene Visionen für die Zusammenarbeit beider Länder. Es ging um gemeinsame Interessen, aber auch um Unterschiede, um Chancen einer engeren Partnerschaft und die Frage, wie Verständigung gelingen kann.

Anastassia Pletoukhina von der Jewish Agency nahm die Gruppe anschließend mit auf eine historische Reise. Sie sprach über die Entwicklung jüdischer Gemeinden nach 1945 und die Einwanderung sowjetischer Jüdinnen und Juden, die das jüdische Leben in Deutschland seit den 1990er-Jahren neu geprägt haben.

Einer der bewegendsten Momente der Woche folgte am Nachmittag. Ofri Reiner, Enkelin von Holocaust-Überlebenden und Teilnehmerin von Shaping Tomorrow, berichtete von ihren Erlebnissen auf dem Nova-Festival am 7. Oktober während des Angriffs palästinensischer Terroristen. Still

wurde es im Raum, als sie vom Verlust ihres Bruders sprach, der an diesem Tag als Soldat sein Leben verlor, und davon, was es bedeutet, nach einem solchen Ereignis wieder Vertrauen zu fassen.

Besuch im politischen Berlin

Wer verstehen will, wie Demokratie funktioniert, muss sie erleben. Ein wichtiger Schwerpunkt der Woche lag deshalb auf dem politischen Leben in Berlin. Unsere Delegation wurde von der Präsidentin des Deutschen Bundestages, Julia Klöckner, empfangen. Sie sprach mit uns über die Bedeutung Sozialer Medien für den politischen Diskurs und die öffentliche Wahrnehmung historischer wie aktueller Ereignisse. Dabei ging es auch um die Herausforderungen, die mit diesen Entwicklungen verbunden sind. Anschließend hatten die Teilnehmenden die Gelegenheit, eigene Fragen an die Bundestagspräsidentin zu stellen.

Nach einer Führung durch die Räume des Bundestages und dem Besuch der Reichstagskuppel folgte ein ausführliches Gespräch mit den Abgeordneten Lisa Badum (Bündnis 90/Die Grünen), Max Lucks (Bündnis 90/Die Grünen), Jakob Blankenburg (SPD), Andreas Schwarz (SPD) und Markus Koob (CDU). Die offene und respektvolle, teils aber auch kontrovers geführte Diskussion drehte sich insbesondere um die deutsch-israelischen Beziehungen nach dem 7. Oktober sowie um die Situation von Jüdinnen und Juden in Deutschland seit dem Terrorangriff.

Medien und Öffentlichkeit

Wie berichten Medien über Israel und welche Rolle spielen sie für die deutsch-israelischen Beziehungen? Bei WELT TV erhielten wir exklusive Einblicke in den redaktionellen Alltag und die journalistische Arbeit. Chefreporter Steffen Schwarzkopf informierte über seine Einsätze in der Ukraine, aus der er als einer der ersten Journalisten nach Kriegsbeginn berichtete. Im anschließenden Gespräch mit Ronald Warin und Valentin Weimer ging es um die Berichterstattung über den Krieg gegen die Hamas, um journalistische Verantwortung und um den Einfluss internationaler Medien. Gerade vor dem Hintergrund hierzulande oft unausgewogener Medien-



Der israelische Botschafter, S. E. Ron Prosor, inmitten der binationalen Gruppe

berichterstattung zu Israel und dem Krieg gegen die Hamas in Gaza war es für viele Teilnehmende die Möglichkeit, hinter die Kulissen professioneller Medienarbeit zu blicken und Journalisten direkt kritische Fragen zu stellen.

Diplomatie

Der Jugendaustausch Shaping Tomorrow fand anlässlich des 60. Jubiläums der deutsch-israelischen Beziehungen statt. Der dritte Tag stand daher ganz im Zeichen der Diplomatie und begann mit einem Termin im Auswärtigen Amt. Das Referat für Kultur-, Gesellschafts- und Medienbeziehungen zu Afrika sowie dem Nahen und Mittleren Osten nahm sich rund zwei Stunden Zeit für unsere Delegation. Im Mittelpunkt standen Fragen der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren in Israel und den Nachbarländern. Unter anderem mit Carsten Wilms haben wir verschiedene Fragen wie zu den Anstrengungen des Auswärtigen Amtes und der gesamten Bundesregierung zur Befreiung der im Gazastreifen verbliebenen deutschen Geiseln diskutiert. Am Nachmittag erfolgte ein Besuch der Botschaft des Staates Israel und damit ein Blick in die diplomatische Praxis einer Auslandsvertretung. Nach einem kurzen Kennenlernen mit S. E. Botschafter Ron Prosor und einer Einführung in die Geschichte des Hauses folgte ein Gespräch mit Michael Baror, Leiter für Wirtschafts- und Wissenschaftskooperationen. Er sprach über aktuelle Schwerpunkte der deutsch-israelischen Zusammenarbeit in

den Bereichen Forschung, Wirtschaft und Innovation und stellte sich den interessierten – teils auch kritischen – Fragen der Teilnehmenden. Dabei ging es um die Rolle der Botschaft in bilateralen Projekten, den Austausch zwischen beiden Ländern sowie um den Umgang mit aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen, darunter auch der Antisemitismusbekämpfung. Neben dem anspruchsvollen Programm und der spürbaren Ernsthaftigkeit der Lage – während des gesamten Aufenthalts in Berlin wurden wir von einem Sicherheitsdienst begleitet – blieb auch Zeit für Begegnungen jenseits der offiziellen Termine. In den Abendstunden bot sich Gelegenheit für den Austausch über das Erlebte. Bei gemeinsamen Abendessen und intensiven Gesprächen ließen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Tage in einer Atmosphäre ausklingen, die Raum für persönliche Begegnungen und ehrlichen Austausch bot.

Ein besonderes Highlight war der kulturelle Abend im Restaurant Das Hoven in Neukölln. Den Abend eröffnete ein musikalischer Beitrag einer aus dem Iran stammenden Sängerin mit Liedern in persischer, hebräischer und ladinischer Sprache. Spätestens bei den hebräischen Songs stimmte die gesamte israelische Reisegruppe mit ein und begleitete den Gesang unseres Gastes. Unsere neuen israelischen Freundinnen und Freunde übernahmen nach dem Essen die Musik-Anlage und sorgten mit israelischer Popmusik für ausgelassene Stimmung. Die Vergangenheit verstehen, die Zukunft gemeinsam gestalten: Unser letzter Pro-

grammtag begann mit einer Führung durch die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz. Im anschließenden Workshop standen die nationalsozialistischen Verbrechen und die Shoah im Mittelpunkt. Neben dem Augenzeugenbericht von Ofri Reiner war dies der emotional herausforderndste Teil unserer Woche in Berlin.

Am Abend richtete sich der Blick nach vorn. Zwei Podien boten Raum für Diskussion und Austausch. Im ersten Gespräch, moderiert von Solveig Zilly (WELT), diskutierten DIG-Präsident Volker Beck, Dr. Jenny Hestermann (Center for Jewish Studies Heidelberg) und Aras-Nathan Keul (Nahost Friedensforum) über das Israelbild in Gesellschaft, Medien und Wissenschaft und darüber, wie es sich in den vergangenen Jahren verändert hat.

Das zweite Panel, moderiert von Marianna Piruzyan (JuFo) und Stav Schnarch (IDI), bildete den Höhepunkt der gemeinsamen Reise. Ziel war es, die entwickelte Vision für die nächsten 60 Jahre deutsch-israelischer Beziehungen direkt an politische Entscheidungsträgerinnen und -träger der nächsten Generation heranzutragen. Auf dem Podium saßen Vertreterinnen und Vertreter der großen deutschen Parteijugenden: Philipp Türmer (Jusos), Clara von Nathusius (Junge Union), Mats-Ole Maretzke (Junge Liberale) und Jonathan Morsch (Grüne Jugend).

Die Diskussion verlief engagiert und kontrovers. Unterschiedliche Perspektiven auf aktuelle Entwicklungen im Nahen Osten und auf den Umgang mit Antisemitismus prallten aufeinander. Besonders

intensiv gestaltete sich die Runde, als Juso-Vorsitzender Philipp Türmer auf die frühere Kooperation seiner Organisation mit der Fatah-Jugend angesprochen wurde. Auch die innerparteilichen Linien im Umgang mit dem Nahostkonflikt und die Positionierung politischer Jugendorganisationen in internationalen Verbänden, in denen israelfeindliche Tendenzen immer wieder sichtbar werden, wurden kritisch beleuchtet.

Die Teilnehmenden des deutsch-israelischen Austauschprogramms meldeten sich mit deutlich kritischen Nachfragen zu Wort. Die Atmosphäre blieb dabei konzentriert, aber spürbar angespannt – ein Zeichen dafür, dass die Fragen den Kern aktueller politischer Auseinandersetzungen trafen.

Gerade diese Offenheit machte das Panel zu einem besonderen Moment der Reise: Es bot Raum für klare Positionen und ehrliche Differenzen, ohne die gemeinsame Gesprächsbasis zu verlieren. Nachdem die Diskussion im Veranstaltungssaal der Jüdischen Gemeinde zu Berlin auch nach dem offiziellen Teil weitergeführt wurde, klang der Abend bei einem gemeinsamen Abschlussessen im Restaurant Bobbe in Schöneberg aus.

Zum Abschluss stand mit einem klassischen Schnitzel ein Stück deutscher Küche auf dem Programm. Eine passende Wahl und zugleich ein kleiner Brückenschlag, denn auch in Israel ist das Schnitzel Teil des kulinarischen Alltags.

Trotz oder gerade aufgrund der intensiven Diskussion nach dem zweiten Panel begleiteten uns Philipp Türmer und Jonathan

Morsch ins Bobbe und waren dort unsere Gäste.

Die Zukunft im Blick

Am 13. Oktober wurden im Rahmen eines von der US-Regierung vermittelten Abkommens die letzten 20 in Gaza verbliebenen lebenden Geiseln freigelassen. Damit endet ihre 738 Tage andauernde Geiselhaft in den Tunnelnystemen der Hamas. Am selben Tag begann in Scharm el-Scheich der Nahost-Friedensgipfel, auf den wir mit Spannung und mit der Hoffnung auf ein nachhaltiges Ende des Krieges blickten.

Gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen, der Freilassung der Geiseln und der sich eröffnenden Chancen auf ein Ende des Krieges, blicken wir mit mehr Zuversicht in die Zukunft. Im Rahmen des Austauschs entstand ein gemeinsames „Vision Paper“, das zentrale Gedanken, Perspektiven und Hoffnungen der jungen Generation für die zukünftige Gestaltung der deutsch-israelischen Beziehungen zusammenfasst. Das Papier ist auf der Website der Deutsch-Israelischen Gesellschaft öffentlich zugänglich.

Mit Shaping Tomorrow wurde ein wichtiges Zeichen für die gelebte Partnerschaft junger Menschen aus Israel und Deutschland gesetzt und der Grundstein für künftige Austauschprogramme gelegt. Auf persönlicher Ebene wuchsen aus der Woche in Berlin neue Freundschaften und Netzwerke, die über das Projekt hinaus Bestand haben. Über diese eine Woche im September in Berlin hinaus bleiben wir miteinander in Kontakt, tauschen uns über aktuelle Entwicklungen und unsere Hoffnungen für die deutsch-israelischen Beziehungen und einen dauerhaften Frieden für Israel aus. Wir freuten uns gemeinsam über die Nachricht von der Freilassung der Geiseln und verfolgten am 13. Oktober gespannt jede neue Meldung über die Rückkehr jedes Einzelnen.

Wir bedanken uns besonders beim Auswärtigen Amt für die Förderung und Begleitung des Projekts. Ein Dank gilt außerdem Bundestagspräsidentin Julia Klöckner, S. E. Botschafter Ron Prosor sowie allen weiteren Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern, die diese Woche zu einer so besonderen gemacht haben.



Die Delegation vor dem Auswärtigen Amt

Ronny Langner / Shaping Tomorrow

In Sorge vereint – israelische Kommunalpolitiker besuchen Deutschland

60 Jahre diplomatische Beziehungen im Schatten des 7. Oktober

Bei Tage lang fehlte das Stadtoberhaupt in sieben israelischen Regionen und Städten. Unter der Ägide der Konrad-Adenauer-Stiftung besuchten die Bürgermeister von Tirat HaCarmel, Dir El Asad, Kiryat Bialik, Nesher, Kfar Saba, Ramat HaSharon und der Landrat der Region Gezer Deutschland. Begleitet wurden sie vom Vorsitzenden der Föderation des israelischen Städte- und Gemeindebundes und der Vorsitzenden der Auslandsabteilung der Föderation.

Ein Besuch, der in vielerlei Hinsicht bemerkenswert war: Wir schreiben das 60. Jahr der deutsch-israelischen Beziehungen, die durchaus gewürdigt wurden. Die neun Kommunalpolitiker bereisten Deutschland ungeachtet zunehmender antisemitischer Auswüchse hierzulande – und einer der Bürgermeister war ein israelischer Araber.

Alles begann in Essen, wo OB Thomas Kufen die Kommunalpolitiker beider Länder begrüßte. Neben ihm waren es der Bürgermeister von St. Ingbert, Dr. Ulli Meyer, der Landrat der Region Recklinghausen, Bodo Klimpel, Bürgermeister Klaus Rosenau aus Münster, die Leiterin der Stadtverwaltung von Bad Kreuznach, Nathalie Herberger und die Autorin dieses Beitrages als Präsidiumsmitglied des Parlamentes der Stadt Frankfurt am Main. Dorthin reiste die Delegation zwei Tage später zum Austausch mit der Jüdischen Gemeinde, voraus gingen intensive Gespräche mit der Hessischen Landesregierung und dem ehemaligen DIG-Präsidenten und Antisemitismusbeauftragten Hessens, Uwe Becker.

Geplant war das sicher langfristig vorbereitete Treffen als einer der Höhepunkte anlässlich des 60. Jubiläums der deutsch-israelischen diplomatischen Beziehungen. Was stattfand, waren herzliche Begegnungen, lebhafte Gespräche über binationale Erfahrungen – und immer wieder Entsetzen und Trauer der deutschen Politiker angesichts der Schilderungen der israeli-



Kommunalpolitiker im Austausch ...

schen Bürgermeister, die erster Hand vom Morgen des 7. Oktober 2023 berichteten. Einige Impressionen dieses sehr hoffnungsvollen, sehr traurigen und sehr intensiven Treffens seien hier geschildert:

Der Vorsitzende des israelischen Städte- und Gemeindebundes heißt **Haim Bibas**. Eine direkte Frage an ihn schloss sich aus. Einer seiner Kollegen antwortete: Ja, er gehöre zur Familie Bibas. Die Väter seien verwandt. Die Fragende verstummte. Hilflos. Aber wir werden die kleinen Rotschöpfe und ihre Mutter nicht vergessen.

Oder **Ahmad Dabbah, Bürgermeister der arabischen Stadt Dir El Asad** im Norden Israels. Er begann sein Statement mit dem Satz: „Jeder Bürger muss seine Verpflichtung gegenüber dem Staat erfüllen“ – eine Aussage, wie gemacht auch für deutsche Verhältnisse. Er endete mit dem Wunsch, eine deutsche Partnerstadt für seine Kommune zu finden.

Eindrucksvoll das Statement des **Bürgermeisters von Nesher, Roey Levi**: „Rassismus ist, wenn man sich nicht kennt“. Die Gemeinde Nesher hat einen hohen Anteil an Olim Chadaschim, Neueinwanderer, zu integrieren – etwa Jüdinnen und Juden aus Indien. Unmissverständliches angesichts des von den Gästen wohl aus Höflichkeit wenig angesprochenen neuen deutschen Antisemi-

tismus formulierte der **Oberbürgermeister von Essen, Thomas Kufen**: „Ich habe gestern bei einer Einbürgerungsfeier gesprochen. Ich habe den neuen Bürgern gesagt, dass sie neben der deutschen Sprache, der deutschen Kultur, dem deutschen Leben auch die Verantwortung für die deutsche Vergangenheit mittragen.“

Einen breiten Raum nahmen im ersten Panel der Essener Veranstaltung die Schilderungen der israelischen Bürgermeister ein – die Schilderungen des 7. Oktober 2023: **Rafi Rafael Saar, Bürgermeister von Kfar Saba**: „Unser unmittelbarer Nachbar ist die Stadt Qaqiya im Westjordanland. Als ich von den Geschehnissen im Süden hörte, rief ich die 1000 Freiwilligen von Kfar Saba zusammen: sie umstellten unseren Ort. Wir hatten Angst, dass es Angriffe auf uns geben würde. Ich öffnete den Kriegsraum, eine Art Kommandozentrale mit Ausrüstung und Waffen. Wir haben mobilisiert, bevor der Staat die Dimension des Geschehens überhaupt begriffen hat.“ Seine Stadt, so berichtet er weiter, betraut 14 gefallene Soldaten, 27 ermordete junge Menschen, die das Nova-Festival besucht hatten und zwei Geiseln.

Eli Dukorski, Bürgermeister von Kyrat Bialik: Wir haben am Morgen des 7. Oktober

sämtliche Baustellen geschlossen, die Arbeiter nach Samaria und Gaza zurückgeschickt. Später mussten wir Aufgaben delegieren: Wer sagt den Angehörigen, dass ihr Sohn gefallen ist? Matan Angrest, eine der befreiten Geiseln, ist aus Kyriat Bialik. Der Ort im Norden erlebte 650 Raketenangriffe der Hisbollah. Dukorski aber bedankte sich auch für eine Spende der Partnerstadt Chemnitz.

Rotem Yadlin, Gezer: „Morgens gab es Alarm, wir brachten die Kinder in den Sicherheitsraum. Aber die Warnung des Militärs blieb aus. Wir hatten Angst – Gezer liegt nur 40 Kilometer von Gaza entfernt. Schließlich warnte ein Feuerwehrmann: „Ich bin allein, alle anderen sind eingezogen“. Auch das muss die Kommunalverwaltung bedenken. 15 Bürger der Region Gezer fielen im anschließenden Krieg – auch fünf Zivilisten starben.“

Nach diesen Berichten meldeten sich die deutschen Kommunalpolitiker, schüchtern fast, angesichts dessen, was ihre israelischen Kollegen erleben und erzählen müssen. Der **Kreis Recklinghausen**, so berichtete

Landrat Bodo Klimpel, sei mittlerweile gut gerüstet: 30 Tage Stromversorgung sei für die Bevölkerung sichergestellt, Sprit werde für einen Monat vorgehalten und 90 Mitarbeiter bilden ein „Not-Team“. Ähnliches ist zu hören von **OB Dr. Ulli Meyer: St. Ingbert** habe jetzt Kindergärten mit Schutzräumen. „Wir müssen umdenken“, so der OB. So erfuhr die Veranstaltung zum 60. Jubiläum der deutsch-israelischen Beziehungen eine ebenso unerwartete und brisante wie verbindende Dimension: die Rolle der Kommunen, der Städte, der Landkreise. „Den 54 Regionalverwaltungen Israels kam und kommt eine besondere Rolle zu: sie stellen das Überleben der Bürgersicherheit dar. Sie müssen im Kriegsfall Kompetenzen des Staates übertragen werden.“ Zustimmung von allen – und **OB Klaus Rosenau, Bürgermeister von Münster**, fasste es zusammen: Städte und Gemeinden sind das Herzstück der Demokratie. Die Resilienz der Kommunen – das fordern und fördern israelische wie deutsche Kommunalpolitiker. Die Verbindung nach Deutschland, die jeweilige Städtepartnerschaft – das war

ein stabiles und wertgeschätztes Element der Veranstaltung. Mit keinem Land der Welt unterhält Israel so viele Städtepartnerschaften wie mit Deutschland. Immer wieder bedankten sich die Politiker bei ihren deutschen Partnern: für Zeichen oder Besuche der Solidarität, aber auch für konkrete Hilfe, etwa aus Chemnitz oder Georgsmarienhütte. Diese greifbare Art der Unterstützung kennt viele Formen. So spenden die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung Köln die Cent-Beträge ihres Dezember-Gehalts ihrer Partnerstadt Tel Aviv.

Bleibt noch die Frage nach dem neuen deutschen Antisemitismus und warum hierzulande, ganz anders als in Israel, so wenige Menschen zu ihrem Staat stehen? Die Antwort hatte Roey Levi, der kluge OB von Nesher: „Es muss einen gemeinsamen Nenner für alle Bürger geben. Bei uns ist das die Armee und die HaTikva. Jeder Bürger muss sich fragen: Wo stehe ich gegenüber dem Staat? Was ist meine Rolle?“

Das funktioniert, mit Abstrichen, in Israel besser als in Deutschland.

Claudia Korenke

Israelische Generalkonsulin & Kommunalpolitiker zu Gast

ברוכים הבאים חברים יקרים מישראל.

„Herzlich willkommen, liebe Freunde aus Israel – das hieß es in der Landesgeschäftsstelle der CDU in Wiesbaden jetzt gleich zweimal. Zunächst beehrte Frau Generalkonsulin Talya Lador-Fresher uns mit einem gemeinsamen Besuch mit unserem hessischen Antisemitismusbeauftragten Uwe Becker.

Generalkonsulin Lador-Fresher betonte im Gespräch, wie wichtig die Solidarität Hessens für Israel sei und lobte die Arbeit der christlich-sozialen Landesregierung unter Führung von Boris Rhein. Sie sei sehr dankbar für die enge Freundschaft zu Israel und die starke Unterstützung der CDU Hessen. Die Generalkonsulin begrüßte die Arbeit unseres Zukunftsforums für jüdisches Leben in Hessen, unter Führung von Avi Shefatja und Uwe Becker mit zahlreichen Mitstreitern.

Im späteren Tagesverlauf durfte Generalsekretär Leo Born eine Delegation



Freundlicher Empfang – Gäste und Gastgeber stellen sich dem Fotografen.

israelischer Bürgermeister im Alfred-Dregger-Haus begrüßen. Unter ihnen war auch der Präsident des israelischen Kommunalen Spitzenverbandes, Haim Bibas. Gemeinsam sprach man über die aktuelle politische Situation in Israel, die Arbeit der Parteien in Israel und Deutschland und die enge Freundschaft unserer Länder.

Für die Hessenunion ist unverrückbar klar: „Wir stehen entschlossen an der Seite Israels. Ohne Wenn und Aber. Dauerhaften Frieden kann es nur mit einer Entwaffnung der Hamas geben. Jüdinnen und Juden müssen sich gerade in Deutschland zu jeder Zeit sicher fühlen können. Dafür werden wir uns auch in Zukunft stets einsetzen.“

Studiengruppen:

Auf dem Weg zu diplomatischen Beziehungen

Die Deutsch-Israelischen Studiengruppen und die frühen Kontakte mit Israel 1957–1972

Am 12. Mai 1965 nahmen Deutschland und Israel diplomatische Beziehungen auf. In diesem Jahr jährte sich das Jubiläum dieses Ereignisses zum 60. Mal. Bei der Beschäftigung mit dem frühen deutsch-israelischen Beziehungsverhältnis lohnt es sich, das Augenmerk neben den politischen und offiziellen Entwicklungen insbesondere auf das Engagement zahlreicher Einzelpersonen und gesellschaftlicher Akteure jener Zeit zu richten. Eine der wichtigen Vereinigungen, die sich bereits während der 1950er- und 1960er-Jahre in Deutschland für die deutsch-israelische Annäherung und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel engagierten, waren die Deutsch-Israelischen Studiengruppen (DIS).

Jochanan Bloch und die Gründung der Berliner Studiengruppe

Anfang des Jahres 1956 bestieg ein junger Mann im Hafen von Haifa ein Schiff, das ihn nach Europa bringen sollte. Der Plan des jungen Mannes – Jochanan Bloch – war, zum Studium nach Deutschland zu gehen. Der 1919 geborene Bloch war in Berlin aufgewachsen und nach der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 mit den Eltern ins britische Mandatsgebiet Palästina geflohen. Sein Interesse an Philosophie, die deutsche Muttersprache sowie die überschaubaren Studienmöglichkeiten im noch jungen israelischen Staat gaben den Ausschlag dafür, dass sich Bloch zum Sommersemester 1956 an der Universität Heidelberg immatrikulierte und sein Studium zum folgenden Wintersemester an der Freien Universität Berlin fortführte.

Dass ein israelischer Student – nur wenige Jahre nach Ende des Nationalsozialismus und der Shoah – ein Studium an einer westdeutschen Universität aufnahm, war zu jener Zeit etwas Außergewöhnliches. Nur etwa 50 Studierende mit israelischem Pass soll es damals an westdeutschen Universitäten gegeben haben.¹ Bloch war ein engagierter und offener Mensch und so organisierte er im Wintersemester 1956/1957 gemeinsam mit Studierenden der Freien Universität eine kleine Vortragsreihe zur Geschichte des Zionismus und des Staates Israel. Mit der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Israel betrat man im akademischen Umfeld der Bundesrepublik Neuland, und um Bloch scharte sich ein Kreis israel-



Im September 1963 hielt sich eine Gruppe des BDIS im Kibbuz Nachal Oz auf.
Im Kibbuz half man bei der Baumwoll- und Orangenernte.

interessierter Studentinnen und Studenten. Da der Kreis stetig an Zulauf gewann, wurde im Sommer 1957 beschlossen, eine eigenständige studentische Vereinigung mit dem Namen Deutsch-Israelische Studiengruppe (DIS) zu gründen. Anliegen der Vereinigung war es, sich an der Freien Universität im Rahmen von Vorträgen, Arbeitskreisen und Seminaren mit Israel und dem Zionismus zu beschäftigen und sich für den Aufbau von Kontakten mit der Hebräischen Universität Jerusalem einzusetzen.

Interesse an Israel und den Kibbuzim

Viele der Studierenden, die sich zur damaligen Zeit für Israel interessierten, waren sozialdemokratisch, gewerkschaftlich oder linksprotestantisch geprägt. Aus diesem politischen Milieu stammend, interessierte man sich für den Zionismus mit sozialistischer Prägung. Gewerkschaftliche und staatliche Strukturen schienen sich in Israel, das von einem langjährigen Vorsitzenden der Einheitsgewerkschaft Histad-

¹ Jonas Hahn; Die Deutsch-Israelischen Studiengruppen und die frühen studentischen Kontakte mit Israel 1948–1972, Göttingen 2025, Seite 44

rut angeführt wurde, offensichtlich gut zu ergänzen. In den genossenschaftlichen Kooperativen und Kibbuzim wurden neue Formen des gemeinsamen Zusammenlebens und Wirtschaftens ausprobiert. Viele Studierende dieser Generation suchten im Kontakt mit Israel auch eine Auseinandersetzung mit der eigenen jüngeren deutschen NS-Vergangenheit. Bereits im Herbst 1957 brachen mehrere Mitglieder der Berliner Studiengruppe nach Israel auf und knüpften Kontakte zu israelischen Studierendenverbänden. Dieser ersten Delegationsreise westdeutscher Studierender sollten im Verlauf der kommenden Jahre zahlreiche weitere studentische Israelreisen folgen.

Auch an anderen westdeutschen Hochschulen und Universitäten entwickelte sich zu jener Zeit ein Interesse an Israel, und so gründeten sich 1959 in Bonn, Frankfurt, Freiburg, Göttingen, Hamburg, Köln, München und Tübingen parallele Gruppen, die sich im Frühjahr 1961 zum Bundesverband Deutsch-Israelischer Studiengruppen (BDIS) zusammenschlossen. Namhafte Persönlichkeiten, wie etwa der katholische Religionsphilosoph Romano Guardini, NS-Widerstandskämpferin Gertrud Luckner, der israelische Philosoph Ernst Simon oder Altbundespräsident Theodor Heuss unterstützten die Anliegen der Studiengruppen und traten dem Kuratorium des BDIS bei.² Zu Höchstzeiten Mitte der 1960er-Jahre gehörten dem BDIS insgesamt 19 Gruppen mit etwa 600 bis 800 Mitgliedern an.³ Aus einer kleinen Berliner Vereinigung wurde so ein von politischer Heterogenität geprägter und bundesweit tätiger Studierendenverband.

Das Ringen um die Frage der Beziehungen zu Israel

Im September 1951 hatten die Bundesrepublik Deutschland und der israelische Staat das Luxemburger Abkommen geschlossen. Deutschland verpflichtete sich mit dem Abkommen, Entschädigungsleistungen für die NS-Verbrechen in Form von Warenlieferungen an Israel zu leisten. Mit Abschluss des Abkommens hatten einander die Bundesrepublik und Israel zwar de facto anerkannt, aber keine diplomatischen Missionen ausgetauscht. Ab Ende der 1950er-Jahre wäre Israel zur Aufnahme offiziell-diplomatischer Be-



Rast nach ungewohnter Arbeit

ziehungen bereit gewesen, nun zögerte man jedoch in der Bundesrepublik vor dem Hintergrund der Hallstein-Doktrin, die Beziehungen mit Israel zu formalisieren. Die arabischen Staaten drohten, dass sie im Falle der Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel gleichzeitig die DDR anerkennen würden. Entsprechend der Hallstein-Doktrin hätte daraufhin die Bundesrepublik ihrerseits die Beziehungen zu den arabischen Staaten einschränken oder abbrechen müssen. In dieser Gemengelage war es insbesondere das Auswärtige Amt, das einer Aufwertung der Beziehungen zu Israel zurückhaltend gegenüberstand.

In den Deutsch-Israelischen Studiengruppen engagierte man sich bereits seit Ende der 1950er-Jahre für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, und so wandten sich im Mai 1958 Mitglieder der Berliner

Studiengruppe in einem Brief an Bundeskanzler Konrad Adenauer und forderten ihn unter Bezug auf die Forderung nach Formalisierung des Verhältnisses mit Israel dazu auf, „politisch zu tun, was moralisch geboten sei“.⁴ Die zögernde Haltung Deutschlands, Beziehungen zu Israel aufzunehmen, wurde in den Studiengruppen im Kontext der nicht aufgearbeiteten eigenen NS-Vergangenheit gedeutet. Denn so sehr sich die bundesdeutsche Gesellschaft weigerte, sich mit der eigenen NS-Vergangenheit auseinanderzusetzen, so sehr weigerte sie sich gleichzeitig, für Klarheit im Verhältnis mit Israel zu sorgen. Anfang der 1960er-Jahre entwickelte sich der Protest für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu einem verbandsinternen Arbeitsschwerpunkt und die Studiengruppen organisierten an den Hochschulen und Universitäten zahlreiche Podiumsdiskus-

Dr. Jonas Hahn ist Referent bei ConAct – Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch. Er hat Jüdische Studien und Islamwissenschaft in Heidelberg, Amman und Be'er Scheva studiert und wurde 2024 in Neuerer und Neuester Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München promoviert. Hahns Dissertation ist vor kurzem unter dem Titel „Die Deutsch-Israelischen Studiengruppen und die frühen studentischen Kontakte mit Israel 1948–1972“ im Wallstein-Verlag erschienen. Der Autor stellt sein Buch gern auch den AGs vor.

² Ebd., Seite 150f, ³ Ebd., Seite 151ff, ⁴ Ebd., Seite 210

sionen, offene Briefe und Protestkundgebungen zum Thema.

Im Protest für die diplomatischen Beziehungen waren die Studiengruppen Teil einer kleinen gesellschaftlichen Bewegung, die auch von Jugendverbänden, kirchlichen Vereinigungen, Gewerkschaften, der oppositionellen SPD sowie auch Einzelpersonen aus dem konservativen Milieu unterstützt wurde. Diesen Akteuren gelang es mit der Zeit, der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel öffentliche Aufmerksamkeit und gesellschaftliche Unterstützung zu verschaffen, wodurch sie den folgenden politischen Entwicklungen den Weg bereiteten, der im Mai 1965 in der Aufnahme offizieller Beziehungen mündete.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel wurde von den Studiengruppen einerseits als großer Erfolg wahrgenommen, markierte aber gleichzeitig einen Wendepunkt in der Verbandsgeschichte.

Das Anliegen, für das man sich viele Jahre eingesetzt hatte, war erreicht und in der Folge fiel es den Studiengruppen schwer, ein neues Thema zu finden, für das sich die politisch und inhaltlich unterschiedlich ausgerichteten Gruppen gemeinsam engagieren konnten und wollten. Mit der Gründung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) 1966 wechselten auch zahlreiche dem Studienalter entwachsene DIS-Mitglieder in die DIG über, während es in den Studiengruppen gleichzeitig mehr und mehr an jungem Nachwuchs fehlte.

Der Sechstagekrieg und die Auflösung der Studiengruppen

Mit dem Sechstagekrieg 1967 gewann das Israelengagement in den Studiengruppen nochmals für eine gewisse Zeit an Auftrieb, da man sich mit der akuten Herausforderung konfrontiert sah, sich gegenüber antiisraelischen und im weiteren Verlauf auch antisemitischen Einstellungen des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds (SDS) an den Universitäten zu positionieren, der sich im Kontext der westdeutschen Studentenbewegung zum größten linken Studierendenverband in der Bundesrepublik entwickelte. Gemeinsam mit der DIG und den Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit wurden infolge des Sechstagekriegs zahlreiche Kundgebungen organisiert. Im



Ein Lkw holt die Ernte ab.

Versuch, eine Positionierung gegenüber den neuen politischen Realitäten im Nahen Osten zu finden, wurde 1967 das Begriffspaar der „kritischen Solidarität“ in den Diskurs eingebracht, wobei die internen Debatten zur eigenen Verortung die Studiengruppen eine längere Zeit beschäftigten.

Gemeinsam mit der Nationalunion Israelischer Studenten (NUIS), dem Dachverband israelischer Studierendenschaften wurde 1969 eine offizielle Zusammenarbeit vereinbart. Die Studiengruppen waren damit der erste westdeutsche Studierendenverband, der offiziell eine Kooperationsvereinbarung mit der NUIS schloss. Gemeinsam mit der NUIS wurden während dieser Zeit mehrere große internationale Seminare organisiert, bezogen auf die Mitgliederzahlen und die Zahl eigener Veranstaltungen konnte man Ende der 1960er-Jahre jedoch nicht mehr an die Hochzeit des Verbandes Anfang des Jahrzehnts anknüpfen. Im April 1972 fand eine letzte Bundesdelegiertenkonferenz in Frankfurt am Main statt, an der immer noch zehn der zu diesem Zeitpunkt 14 existierenden Gruppen teilnahmen. Im Verlauf der 1970er-Jahre lösten sich die allermeisten Gruppen in einem schleichenden Prozess auf. Mit der Auflösung der Deutsch-Israelischen Studiengruppen endete die Geschichte der ersten gesellschaftlichen Vereinigung in Deutschland, die sich bundesweit an Hoch-

schulen und Universitäten für Kontakte und Annäherung zwischen Deutschland und Israel engagierte.

Dr.Jonas Hahn



Jonas Hahn
Die
Deutsch-Israelischen
Studiengruppen
und die frühen
studentischen
Kontakte mit Israel
1948-1972

Wallstein

Jonas Hahn:
Die Deutsch-Israelischen Studiengruppen und die frühen studentischen Kontakte mit Israel 1948-1972,
Wallstein-Verlag, 2025,
ISBN 978-3-8353-5869-0
EUR 38,00

ROM BRASLAVSKI

21 Jahre alt

Musikliebhaber, als Sicherheitsmann beim Nova-Festival schützte er die Flucht anderer, bis ihn Hamas-Terroristen verschleppten, deutscher Staatsbürger in Hamas-Gefangenschaft



BRING THEM HOME NOW!



ALON OHEL

24 Jahre alt

Pianist und Nachfahre einer Shoa-Überlebenden aus Berlin, deutscher Staatsbürger in Hamas-Gefangenschaft



BRING THEM HOME NOW!



TAMIR NIMRODI

20 Jahre alt

Zuständig für die Verteilung von Hilfgütern im Gazastreifen, deutscher Staatsbürger in Hamas-Gefangenschaft



BRING THEM HOME NOW!



Den Geiseln ein Gesicht geben

ITAY CHEN

19 Jahre alt,
ermordet

Ehrenamt in der Jugendarbeit und
Nachfahre einer Shoa-Überlebenden
aus Bad Reichenhall, deutscher
Staatsbürger in Hamas-Gefangenschaft



BRING THEM HOME NOW!



Deutsche Israelitische Gesellschaft e.V.

JUNGES FORUM
DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

deutsch-israelische-gesellschaft.de

TAMIR ADAR

38 Jahre alt, ermordet

Vater von zwei Kindern und
Sozialeiter einer Stiftung,
deutscher Staatsbürger
in Hamas-Gefangenschaft



BRING THEM HOME NOW!

ZIV & GALI BERMAN

27 Jahre alt

Zwillingsbrüder,
begeisterte Fußball-
spieler und Fans,
deutsche Staatsbürger
in Hamas-Gefangenschaft



BRING THEM HOME NOW!



Deutsche Israelitische Gesellschaft e.V.

JUNGES FORUM
DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

deutsch-israelische-gesellschaft.de



Den Geiseln ein Gesicht geben

Zwei Jahre nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 gab es am 13. Oktober 2025 endlich Grund zur Erleichterung: Die letzten im Gazastreifen verbliebenen 20 noch lebenden Geiseln wurden freigelassen. Nach fast zwei Jahren der Ungewissheit konnten sie zu ihren Familien zurückkehren. Unter ihnen waren auch vier deutsche Staatsbürger: Alon Ohel, Rom Braslavski sowie Ziv und Gali Berman. Die Nachricht ihrer Freilassung hat viele Menschen in Israel, Deutschland und weltweit aufatmen lassen.

Entgegen der ursprünglichen Absprachen hat die Hamas seither jedoch nicht alle Leichname der Ermordeten an Israel übergeben. Noch immer hält die Terrororganisation die Körper einiger ermordeter Geiseln zurück, darunter auch die deutschen Staatsbürger Itay Chen und Tamir Adar.

Ihre Angehörigen warten weiterhin darauf, ihre Liebsten würdevoll bestatten zu können. Für die Familie von Tamir Nimrodi, dessen Schicksal lange ungewiss war, gibt es nun die bittere Gewissheit: Er konnte nicht mehr lebend gerettet werden, sein Leichnam wurde nach Israel überführt.

Zum zweiten Jahrestag des 7. Oktober hatte die Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V. gemeinsam mit dem Jungen Forum eine bundesweite Plakat- und Social-Media-Kampagne gestartet, um auf das Schicksal insbesondere der deutschen Geiseln aufmerksam zu machen. Die Plakate waren in Berlin, Bremen, Hamburg, Köln, Leipzig, München und Nürnberg zu sehen. Sie sollten den Geiseln Gesichter geben und ihr Schicksal wieder stärker ins Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit rücken. Zahlreiche Arbeitsgemeinschaften, Vorstände und Mitglieder beteiligten

sich an der Aktion, schickten uns Fotos der Plakate, teilten sie in den Sozialen Medien oder nutzten die Vorlagen bei Kundgebungen. Die große Resonanz zeigte, wie sehr das Thema viele Menschen berührt hat und wie wichtig es bleibt, über die Geschichten der Geiseln zu sprechen, auch wenn die öffentliche Aufmerksamkeit nachlässt.

Mit der Rückkehr der Überlebenden ist ein wichtiges Ziel erreicht. Doch es geht darum, auch die letzten ermordeten Geiseln nach Hause zu bringen. Die DIG wird dieses Anliegen weiter unterstützen – im Gedenken an alle Opfer des 7. Oktobers, in Solidarität mit allen (ehemaligen) Geiseln und ihren Angehörigen und in Verbundenheit mit Israel. In der Hoffnung, dass sich bei Erscheinen dieses DIG-Magazins dieser Wunsch bereits erfüllt hat.

Red.: DIG

Carolin vor dem Vergessen bewahren

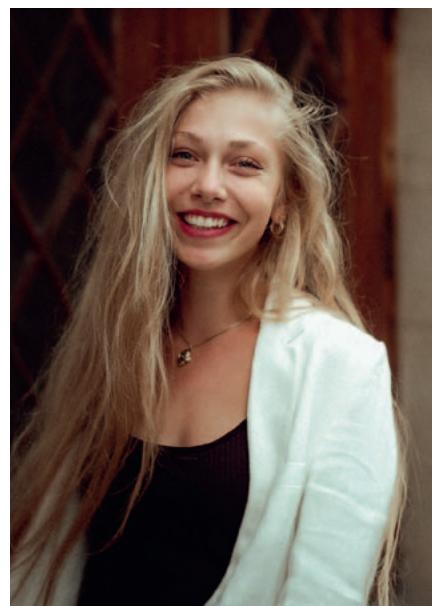
Eine Mutter spricht über die Ermordung ihrer Tochter in Nir-Oz

Sonja Bohl-Dencker verlor ihre Tochter Carolin am 7. Oktober durch den Terror der Hamas. Die Studentin, die im Kibbuz Nir-Oz ermordet wurde, war das einzige nicht-jüdische deutsche Opfer dieses barbarischen Überfalls. Hier schreibt sie ihre Gedanken auf. Sonja Bohl-Dencker ist DIG-Mitglied.

Für meine Tochter, Carolin Bohl, war es die erste Reise nach Israel. Am 23. September 2023 flog sie nach Tel Aviv. Dort wurde sie von einem ihrer engsten Freunde, Daniel Darlington, am Flughafen abgeholt. Danny war schon ein paar Tage vorher von Berlin nach Tel Aviv geflogen. Seine Eltern hatten viele Jahre im Kibbuz Nir Oz gelebt, seine drei Geschwister sind dort geboren. Noch vor seiner Geburt sind seine Eltern mit der jüngeren Schwester nach Manchester gezogen. Die beiden älteren Geschwister, Kinder aus der ersten Ehe der Mutter mit Chaim Peri, blieben beim Vater. Danny hatte sowohl die britische als auch die israelische Staatsbürgerschaft.

Carolin und Danny waren seit ein paar Jahren enge Freunde. Sie hatten einander in Italien kennengelernt. Der Fotograf aus Manchester lebte mittlerweile auch in Deutschland, zuletzt in Berlin. Der Kibbuz Nir Oz war für ihn ein Herzensort. Seine israelische Mutter, die starb, als er 14 Jahre alt war, war oft in den Ferien mit den Kindern dort.

Danny und Carolin blieben zunächst ein paar Tage bei Inbal, der Halbschwester von Danny, die in der Nähe von Tel Aviv lebt. Dann ging es in den Süden. Ich war immer eine Gluckenmutter. So waren Carolin und ich in ständigem Kontakt. Ich habe durch-



Carolin Bohl

Foto: Felix Kayser

aus Schnappatmung gekriegt, als Carolin mir erzählte, wo sie war und ich auf der Israel-Karte sah, wie nahe der Kibbuz Nir Oz an Gaza ist. Aber ich wusste, dass Danny sie nie dorthin mitgenommen hätte, wenn das aus seiner Sicht gefährlich gewesen wäre. Ich wusste nicht viel über Israel, hatte mich nie näher mit dem Nahostkonflikt beschäftigt.

Carolin hat das Leben im Kibbuz geliebt. Sie haben Ausflüge gemacht und viel Zeit mit Shahar verbracht, einem guten Freund von Danny, der im Kibbuz lebte. Für den 07.10. war der Rückflug gebucht, weshalb Carolin und Danny am Abend des 06.10. nach Tel Aviv fahren wollten. Aber weil es so schön war in Nir Oz, verschoben sie die Fahrt nach Tel Aviv auf den Vormittag des nächsten Tages. Eine folgenschwere Entscheidung.

Mein Name ist Sonja Bohl-Dencker, ich bin 58 Jahre alt und lebe in Niedersachsen. Mein Leben, wie es bisher war, zerbrach am 07.10.2023. An diesem Tag waren wir schon früh wach. Mein Mann und ich wollten aus dem Dänemark-Urlaub zurück nach Hause und rechtzeitig durch den Elbtunnel. Dann kam die erste WhatsApp-Nachricht von Carolin (06.16 Uhr deutsche Zeit): „Hey Mum. Wenn du das liest, bleib ganz ruhig. Wir sind gestern doch nicht nach Tel Aviv gefahren, sondern im Kibbuz geblieben. Jetzt ist tatsächlich Krieg ausgebrochen. Aus dem nichts. Aber wir sind im Bunker.“

„Mach dir keine Sorgen“ schrieb sie noch. Wir schrieben noch ein bisschen hin und her. Als wir im Auto saßen, konnte ich die Nachrichten, die inzwischen auf allen Kanälen zu sehen waren, durchgehen und wurde unruhig. Um 08.16 Uhr dann auf einmal die Nachricht von Carolin: „Ich liebe dich mit meinem ganzen Herzen Mommi-chien. Und bin dir unendlich dankbar für alles alles alles.“

Ich war rasend vor Sorge. Schrieb ihr, dass ich sie auch liebe und dass sie dort heil rauskommen wird. Aber es sollte die letzte Nachricht von Carolin gewesen sein. Sie hat auch meine Nachrichten nicht mehr gelesen.

Ich hoffte, das W-LAN sei zusammengesbrochen oder der Akku wäre leer und sie

hätten keinen Strom in dem „Bunker“. Zu Hause angekommen, habe ich die deutsche Botschaft in Tel Aviv und das Auswärtige Amt in Berlin angerufen. Dort habe ich nur Menschen erreicht, die mir keinerlei Auskunft geben konnten. Erbeteine Rückrufe sind nicht erfolgt.

Der Albtraum, hilflos um mein geliebtes Kind zu bangen, sollte noch gut 30 Stunden währen. Über Carolins Halbschwester in Chicago konnte Kontakt zu Dannys Schwester Shelly in Australien hergestellt werden. Diese vernetzte uns dann mit dem Vater in Manchester und der Verwandtschaft in Israel.

Durch die Kontakte mit der Familie von Danny wurde aus Angst traurige Gewissheit. Am 08.10. gegen 18 Uhr wurden wir informiert, dass Carolins und Dannys leblose Körper in dem Shelter des Hauses gefunden wurden, in dem sie die Nacht auf den 07.10. geschlafen hatten.

Carolin wurde dreimal getroffen. Ins Bein, in den Rücken und ins Genick. Wie lange sie leiden musste, weiß ich nicht. Sicher haben die beiden versucht, die Tür zum Shelter zuzuhalten. Sie war nicht abschließbar. Die Tür war durchgeschossen. Vielleicht haben die Mörder sie durch die Tür ins Bein getroffen und dann war sie zu schwach, um weiter an der Tür zu bleiben. Der Schuss ins Genick war auf jeden Fall sofort tödlich, so sagte es der Pathologe später. Es war gut, dass er es gesagt hat. Aber es ist nur ein schwacher Trost.

Carolin war eine junge, lebensfrohe Frau, die nebenher modelte. Der Klimawandel machte ihr Sorgen und deshalb achtete sie sehr auf ihre Umwelt. Fast Fashion hat sie verachtet. Sie kaufte schon seit Jahren nur noch Second Hand. So lag es auf der Hand, dass sie sich 2022 entschied, Sustainable Fashion (nachhaltiges Modedesign) an der Business and Law School in Berlin zu studieren, damals die einzige Hochschule, die diesen Studiengang anbot. Sie fing an, alte Klamotten umzuschneidern und ging in dem Studium auf.

Wie kann einer Mutter geholfen werden, deren einzige Tochter ermordet wurde? Nur wenig. Aber die wenige Hilfe, die es geben kann, kam vorrangig aus Israel. Das

Schicksal von Carolin als einzige nichtjüdische Deutsche, als einzige, die doch gar keinen Bezug zu Israel hatte, hat in Deutschland – so habe ich es wahrgenommen – zunächst niemanden interessiert. Ganz im Gegenteil, ich musste mit ansehen, mit anhören, ertragen, wie ein Großteil der deutschen Medien über den Konflikt, den Krieg berichtet haben. Wie die Politiker dies ungefragt übernommen hat. Die mutigen Stimmen, die laut warnten und noch immer warnen, ignoriert und überhört werden. Ich schäme mich für die Deutschen inzwischen – und auch für Europa. Mir ist unbegreiflich, dass auch die Politik sich von der Hamas-Propaganda einfangen lässt. Es macht mich wütend und fassungslos.

Ich hatte von Beginn an ein unabdingbares Verlangen, nach Israel zu reisen. Aber jeder riet mir davon ab. Es sei ja Krieg. Keiner sagte mir, dass es möglich sei. Zum 07.10. 2024 fasste ich dann, trotz aller Warnungen, den Entschluss, doch nach Israel zu reisen. Eine wichtige Erfahrung. Im Juli dieses Jahres war ich dann zehn Tage in Nir Oz mit einer Gruppe des Vereins „Solidaritätspartnerschaft Bergisch-Gladbach Nir Oz“. Wir haben mitgearbeitet, um ein wenig beim Wiederaufbau zu helfen.

Das mediale Interesse hat sich mit meiner zweiten Reise nach Israel geändert. So kam es auch zu einem Gespräch mit Daniel Killy, der in BILD folgende Sätze über mich schrieb:

„Sonja Bohl-Dencker möchte reden, über ihre Tochter, die mit so viel Engagement studierte und lebte, über den Verlust. Sie erzählt im Gespräch äußerlich ganz ruhig von den Augenblicken, in denen ihr erfülltes Berufs- und Familienleben für immer zerbrach.“

Sie artikuliert ihre Verzweiflung, als wäre sie an der Beschreibung der eigenen Umstände nicht beteiligt. Wenn es um ihre Tochter geht und die Erfahrungen nach deren Ermordung, wird sie emotionaler.

Wie es mit ihrem Leben weitergehen wird, das weiß Sonja Bohl-Dencker noch nicht. Aber dass sie ihre Carolin vor dem Vergessen bewahren wird, dessen ist sie gewiss.“

Sonja Bohl-Dencker



Sonja Bohl-Dencker spricht in Bremen.

Foto: Dr. Hermann Kuhn

Dort war sie zu Hause

Das Dorf Otersen und die Stadt Bremen gedachten der ermordeten Carolin Bohl

Vor der Kundgebung der DIG Bremen/Unterweser am 7. Oktober 2025 konnte man eine sehr intime, liebevoll gestaltete, fast familiäre Ausstellung mit Bildern über das Leben der ermordeten Carolin Bohl im „Aller-café“ ihres Heimatdorfs Otersen ansehen. Es ist Teil des von den Dorfbewohnern selbstverwalteten Dorfladens. In Otersen,

sechs Geiseln mit deutscher Staatsangehörigkeit, die noch von der Hamas festgehalten wurden. Jeder Geisel wurde mit einem Text aus der Jüdischen Allgemeinen gedacht, eigens gestaltete Plakate wurden hochgehalten. Redner waren Vertreter der demokratischen Parteien der Bremischen Bürgerschaft, deren Parlamentssitzung dafür unterbrochen wurde. Die Präsidentin

gepostet. Dann, wie aus dem Nichts, wurde es zur Hölle. Bewundernswert war die Kraft, die Frau Bohl-Dencker in ihrer Rede ausstrahlte, während ihr Ehemann still Carolins Bild hochhielt. Tiefe Betroffenheit war zu spüren und viele Tränen flossen, bis Hermann Kuhn mit einem gefühlvollen Dank das Schweigen brach und ein lang anhaltender, respektvoller Beifall den Bremer Marktplatz füllte.

Dr. Widu Wittekindt

Die Ausstellung hieß: „Carolin. In Erinnerung an eine von uns.“
(<https://carolin-bohl.de/carolin/>)

50 km südöstlich von Bremen, ist Carolin aufgewachsen und war mit den 500 Einwohnern in dörflicher Struktur verwoben.

Sonja Bohl-Dencker trat im September in die DIG Bremen ein und war am 7. Oktober bereit, als Hauptrednerin auf dem Bremer Marktplatz aufzutreten. Die Kundgebung konzentrierte sich auf jeweils kurze Vorstellungen des Lebens und Schicksals von

kot ist das Grußwort der Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde verlesen worden und für die christlichen Kirchen sprach Probst Stecker in bewegenden Worten.

Frau Bohl-Dencker hielt ihre Rede so tief berührend, dass man eine fallende Nadel auf dem Marktplatz hätte hören können. Für ihre Tochter war Nir Oz der „Himmel auf Erden“. Das hatte sie enthusiastisch



Dorfladen und Café in Otersen

Foto: Dr. Widu Wittekindt

Wenn aus Trauer Vermächtnis wird

Mein Name ist Ofri Etta Reiner. Ich wurde 2002 in Israel geboren. Eine Zeit, die sich wegen der explodierenden Busse und Selbstmordattentäter in Restaurants ins nationale Bewusstsein eingekettet hat. Trotzdem wuchs ich in Jahren vergleichsweiser Ruhe auf – vielleicht einer der Gründe, warum mich der 7. Oktober mit solcher Wucht traf.

Ich bin eine Nachfahrin von Holocaust-Überlebenden, vierte Generation. Ich gehöre zur letzten Generation in meiner Familie, die einige der Überlebenden noch persönlich getroffen hat. Ich wurde erzogen mit den Geschichten vom Mut meiner Großeltern und mit der Verantwortung, den jungen Staat zu schützen, der Jahrzehnte vor meiner Geburt gegründet wurde. Als Jugendliche begann ich, mich intensiv mit dem Nahostkonflikt auseinanderzusetzen. In einem Friedenssommercamp sprach ich mit Palästinensern, Ägypterinnen und Jordaniern.

Der Dialog mit der „anderen Seite“ eröffnete mir die Vielzahl an Erzählungen, die den Nahen Osten prägen, und zugleich schärfe er mein eigenes israelisches, zionistisches Selbstverständnis. Ich entschied mich, Kampfsoldatin in den IDF (Israel Defense Forces) zu werden, um meine Eltern zu schützen und die Werte zu verkörpern,



Ofri Etta Reiner überlebte den Angriff der Hamas am 7. Oktober.

mich der Freude und der archaischen Energie der Menge hinzugeben. Doch die Nacht war kurz.

Noch vor Sonnenaufgang schlugen die ersten Raketen in der Nähe ein. Es ist eine düstere Wahrheit, dass Israelis daran gewöhnt sind, Schutz zu suchen, und so taten wir es. Im Sperrfeuer redete ich mir ein, dass alles unter Kontrolle sei, dass es bald vorüber sein werde. Während wir uns vor den Raketen versteckten, durchbrachen etwa 3000 Zivilisten und

stoppt, der auf vorbeifahrende Fahrzeuge schoss. Unser Freund am Steuer fasste, ohne zu diskutieren, einen Entschluss und wendete nach Süden. Wir fuhren zum Tor des Kibbuz Bee’ri. Dort sahen wir weitere Bewaffnete. Wir waren eingekreist.

Der einzige Weg führte zurück zum Festivalparkplatz – zurück ins Massaker. Wir fuhren langsam eine unbefestigte Straße entlang, die über den Parkplatz des Festivals führte. Eine flache Gegend, auf der einen Seite von einem Hügel umgeben, auf der anderen Seite von einem riesigen Kartoffelfeld. Bewaffnete Männer standen am Hang. Dort wurden 378 Zivilisten ermordet, erfuhr ich später. Dort verlor ich meine Unbekümmertheit. Dort zerbrach mein Glaube an den Frieden.

Ofri Etta Reiner hat das Massaker auf dem Nova-Festival überlebt. Ihr Stiefbruder starb, als er versuchte, die Hamas-Terroristen aufzuhalten. Hier erzählt die junge Israelin, wie sie den traumatischen Tag erlebt hat – und was ihr trotz allem noch Hoffnung gibt.

an die ich glaubte. Während meiner ersten Freistellung nach langer Dienstzeit überlebte ich das Nova-Musikfestival.

Fünf Freunde, darunter ich, fuhren am Freitagabend nach Reim, einem Gelände nahe der Grenze zum Gazastreifen. Dort sollte eine Trance-Party stattfinden. Ich saß auf der Rückbank, voller Vorfreude. Ein Schwall aus Musik hüllte uns ein, wir schlängelten uns auf die Tanzfläche. Ich hatte Monate darauf gewartet: die Routine und militärische Disziplin abzustreifen,

bewaffnete Hamas-Terroristen den Sicherheitszaun an der Grenze und strömten nach Israel – zu Fuß, auf Motorrädern, in weißen Pick-ups. Nur zweieinhalb Kilometer trennten mich von der Grenze.

Zusammen mit 2500 Festivalbesuchern rannten wir zum Parkplatz und suchten verzweifelt unser Auto. Nachdem wir es gefunden hatten, rasten wir wie die meisten, die zu fliehen versuchten, nach Norden. Wenige Minuten später wurden wir von einem weißen Hamas-Pick-up ge-

Jeder Schritt wurde zum Überlebenskampf

Meine Angst verwandelte sich in Schrecken. Wir versprachen uns im Auto, zusammenzubleiben. Ich stieg aus dem Auto, um mich zu erleichtern. Als mein Freund und ich das taten, wurden wir vom Hügel aus entdeckt. Sie begannen zu schießen. Erst zielen sie auf uns und sobald wir uns ins Auto gerettet hatten, zielten sie auf das Auto. Wir versuchten, querfeldein zu entkommen, doch das Auto blieb in der matschigen Erde stecken. Wir hatten keine

andere Wahl, als das Auto zu verlassen und zu rennen. Zu Fuß über das offene Feld, wie Hunderte andere auch.

Wir rannten. Bewegliche Ziele der Hamas, wie Tontauben auf einem Schießstand. Ich rannte und betete, dass mich die nächste Kugel nicht treffen würde. Ich erinnere mich an jeden Schritt über die gepflügten Furchen. Ich hatte mir auf der Party den Knöchel verstaucht, und mit jedem Tritt fühlte ich, wie mein Körpergewicht mich zurückzog. Jeder Schritt wurde zum Überlebenskampf. In diesen Momenten sagte ich mir immer wieder: Ich werde nicht sterben.

Keiner von uns wusste, in welche Richtung wir rennen sollten, wo wir sicher sein könnten. Wir zerstreuten uns zwischen Bäumen, versteckten uns in Büschen, bewegten uns lautlos, um nicht entdeckt zu werden. Unter der brennenden Oktoberonne kämpften wir uns durch die versteckten Senken von Reim – dehydriert, erschöpft, voller Angst. Vier Stunden lang rannten, schllichen, gingen wir 19 Kilometer bis zu einer nahegelegenen Ortschaft.

Ich erinnere mich an Frauen, die unterwegs zusammenbrachen. An nackte, blutige Füße. Barfuß auf Naturpartys zu tanzen, ist eine Tradition der Erdverbundenheit – doch ich weiß heute: Ich werde nie wieder auf einem Festival die Schuhe ausziehen. Nur dank meiner Freunde gab ich nicht auf. Jeder von uns wurde zum Bürgen für das Leben des anderen. Unsere Fürsorge füreinander hat uns gerettet. Wir wickelten Schals um unsere Köpfe gegen die Sonne, während hinter uns schwarze Rauchschwaden aufstiegen.

Als wir endlich die Ortschaft erreichten, kamen die Bewohner aus ihren Häusern – mit Töpfen und Tellern vom Schabbatessen – und boten uns Essen und Trost an. Um sechs Uhr abends kam ich nach Hause, meine weißen Kleider braun von Staub, Asche und Erde. Ich umarmte meine Familie wortlos. Erst dann sagte mir meine Schwester, dass mein Stiefbruder vermisst werde.

Mein Stiefbruder, Shalev Dagan, diente am selben Morgen des 7. Oktober als Kampfsoldat zum Schutz des Grenzzauns. Während ich über die Felder rannte, stan-



Shalev Dagan starb im Kampf gegen die Hamas-Terroristen.

den er und 24 weitere Soldaten Tausenden von Terroristen gegenüber, die die Grenze durchbrachen. In einem 50-minütigen Gefecht opferten viele ihre Körper und Seelen, um unser Land zu verteidigen. Um 07:18 Uhr am Morgen traf eine Panzerabwehrakete Shalevs Fahrzeug. Er starb sofort. Seine Kameraden, Omer Wolf und Maro Alem, entkamen dem brennenden Wagen und kämpften weiter, bis ihre Munition aufgebraucht war.

Es ist schwer, die Haltung eines israelischen Jugendlichen zu erklären, der in den Krieg zieht. Die meisten von uns tun es mit Stolz und Bereitschaft. Im vollen Bewusstsein von Risiko und Angst und doch entschlossen, unsere Familien zu schützen. Shalev schützte mich mit Körper und Geist. Die wenigen Kilometer zwischen uns beweisen es. Ohne seinen Mut wäre ich heute vielleicht nicht hier, um unsere Geschichte aufzuschreiben.

Es dauerte anderthalb Wochen, bis seine Überreste identifiziert wurden und wir ihn begraben konnten. Ich erinnere mich, dass ich das Gefühl hatte, das ganze Land sei grau geworden. Eine Stille legte sich über die Straßen. Ganze Nachbarschaften versammelten sich in Trauerhäusern, um Familien beizustehen. Nächte vor dem Fernseher. Rennen in die Schutzzäume. Der Krieg hatte begonnen, mit 255 verschleppten Zivilisten, Kindern, Frauen und Alten vom Nova-Festival und aus den umliegenden Kibbuzim.

Die existenzielle Angst lag in unseren Knochen

In einem so kleinen Land, mit so engen sozialen Netzen, war jeder Vermisste ein schwarzes Loch, das den Raum verschluckte. Wir alle dachten: Das hätte ich sein können. Die existenzielle Angst lag in unseren Knochen. Hubschrauber dröhnten über uns. Keiner von uns konnte über den nächsten Tag hinaussehen und schon der war kaum auszuhalten.

Die Tage nach dem 7. Oktober sind wie ein Nebel, eine schwere Wolke über meiner Erinnerung, die nur kleine Durchblicke zulässt. Ich konnte meinen Bruder nicht betrauern. Ich konnte nicht dankbar für mein eigenes Überleben sein. Unser Schicksal schien untrennbar miteinander verbunden. Die Schuld erdrückte mich fast. „Warum er und nicht ich?“, hallte es in meinem Kopf. Nach seiner Beerdigung fühlte ich mich wie ein Geist, durchsichtig vor dem eigenen Schmerz, unfähig zu sprechen, geschweige denn zu fühlen.

Der Tod gehört seit jeher zum israelischen Leben. Menschen werden in Bars, an Bushaltestellen, in Synagogen getötet. Aber nicht in diesem Ausmaß. Und nie so nah. Was einst wie eine ferne Zukunft schien, war jetzt so nah. In diesen erschreckenden Momenten habe ich mich völlig verloren, ich war nicht mehr da. Der Tod war so mächtig. Mein Leben dagegen bedeutungslos, ein einzelnes, zerbrechli-

ches Wesen, das jederzeit verschwinden konnte.

Es brauchte Zeit, bis ich zu heilen begann. Tage, an denen der Schmerz unerträglich war, wechselten sich mit Tagen ab, die mich retteten, an denen ich etwas Neues aus mir schöpfen konnte, an denen Trauer und Freude sich mischten. Was mit kleinen Kritzzeichen begann, wurde zu stundenlangem Zeichnen. Ich gab mir Zeit. Die Liebe, die ich von den Menschen um mich herum bekam, ließ jede Emotion legitim erscheinen. Ich musste nur mir selbst treu bleiben, dem inneren Trümmerhaufen ins Gesicht sehen und die Teile wieder selbst zusammensetzen.

Ich kehrte zum Lesen zurück, das ich einst so geliebt hatte. Ohne mich vergleichen zu wollen, zog es mich zu Holocaust-Zeugnissen. Autoren wie Viktor Frankl, Edith Eger und Etty Hillesum wurden zu Wegweisern, die mich erinnerten: Selbst wenn einem alles genommen wird, ist es möglich, neuen Sinn im Leben zu finden. Etty zeigte mir ein Stück Himmel – einen nüchternen, radikalen Optimismus.

Was als persönlicher Weg zu einem sinnvollen Leben begann, weitete sich in meinem Denken zur Geschichte einer ganzen Nation. Ich zoomte heraus, betrachtete die jüdische Geschichte, ihre Niederlagen und Wiedergeburten. Was heute die Erde erschüttert, wird morgen zur Heldengeschichte. So wie meine Großmutter die Last ihres Judentums bis zum letzten Tag trug – krank und schwach, nach Israel eingewandert, eine Familie gegründet – so werde ich es tun. Und so werden es meine Kinder tun, die ich stolz in meinem Land aufziehen werde, bis es an ihnen ist.

Der Blick um mich ließ mich begreifen, wer Israels junge Generation ist. Die am 7. Oktober Getöteten wurden zum Treibstoff, der das Feuer in uns entfachte. Manche erleben den Krieg als Soldaten, seit zwei Jahren unfähig, sich eine Zukunft vorzustellen. Manche als Zivilisten, die sich einbringen und helfen. Manche als Trauernde, die nicht in sich zurückweichen, sondern die guten Worte ihrer Liebsten weitertragen und zu einem lebendigen Vermächtnis machen.

„Ich bin bereit, mein Leben zu opfern, damit ihr besser leben könnt“, sagte mein Bruder Shalev Monate vor dem Angriff zu seiner Mutter. Oft kehre ich zu diesem Satz zurück, um mich zu erinnern, was mein Bruder von mir verlangt hat: ein besseres Leben zu führen. Sein unvorstellbarer Verlust war der Preis, damit diese Hoffnung sich erfüllt.

Da verstand ich: Die Brücke ist gebaut

Meine Geschichte ist nur ein Komma in der Geschichte des jüdischen Volkes. Mein persönlicher Kampf spiegelt den geteilten Schmerz wider, den wir alle tragen. Mein lebendiges Zeugnis des 7. Oktober – verkörpert in einer jungen Frau, ins Erwachsensein gestoßen – ist mein Weg, Israel der Welt zu erklären. Ein Sinn von Mission erfüllte mich. Ich entschied, meine Geschichte und die meines Bruders der Welt zu erzählen.

Ein halbes Jahr lang, in mehr als 15 US-Bundesstaaten, öffnete ich die Wunde und teilte diesen Tag – 78 Mal. Ich reiste, wohnte in den Häusern von Jüdinnen und Juden in der Diaspora. Ich erhielt Umarmungen, die Kontinente überbrückten – von Jugendlichen, Kindern und Erwachsenen, in Kirchen, Universitäten und Synagogen. Jedes Mal, wenn das Erzählen mich erschöpfte, schöpfte ich neue Kraft aus dem Licht und der Stärke, die mir am Ende der Gespräche entgegenstrahlte.

Menschen traten an mich heran, die Hände auf dem Herzen, Tränen in den Augen, und teilten ihr Mitgefühl. In ihren erleuchteten Gesichtern sah ich die Hoffnung, nach der sie sich sehnten. Da verstand ich: Die Brücke ist gebaut – zwischen uns, den jungen Überlebenden von heute, und den Bürgern der Welt. Lächelnde und tränenerfüllte Gesichter, persönliche Geschichten und rohe Gefühle verbinden stärker als jede politische Botschaft oder jede Nachrichtensendung.

Die jüdische Geschichte ist voller Widersprüche, voller Kämpfe und Siege, schwerer Verluste und langsamer, großartiger Erneuerung. Der Weg von der verfolgten Minderheit zum freien Volk im eigenen Land entfaltet sich noch immer. Die Freude über das Leben, das mir geschenkt wur-

de, kann nicht bestehen ohne die Trauer um den Tod meines Bruders. In wenigen Jahren wird meine Generation aus dieser Krise hervortreten und ein Land führen müssen – jüdisch und demokatisch, mit Respekt vor der Vergangenheit und Plänen für die Zukunft. Ich bereite mich darauf vor.

Israelis und Jüdinnen und Juden verbergen im Ausland täglich ihre Identität. Trotz aller Meinungsverschiedenheiten oder Kritik an Israel: Kein einzelner Mensch kann einen ganzen Staat repräsentieren. So viele Anfeindungen und antisemitische Vorfälle könnten vermieden werden, wenn Menschen unterscheiden könnten zwischen dem Einzelnen und dem Kollektiv. Am 7. Oktober werden wir aufgerufen, uns zu erinnern, nicht zu vergessen und erneut das grundlegende Bedürfnis des jüdischen Volkes nach einer Heimat einzufordern.

Ich war 21, als der Krieg ausbrach – als 3000 Terroristen mich und meine Freunde auf unserem Boden jagten. Während wir rannten, fiel mein Bruder im Gefecht für das Land. Mit 21 musste ich die veränderte Realität, das Trauma und den Verlust ertragen – zusammen mit der täglichen existenziellen Angst um mein Leben. Während ich diese Zeilen schreibe, bin ich dankbar, sagen zu können, dass ich einen Weg gefunden habe, mein Leben schöner und sinnvoller zu machen. Ich bin eine Geschichte einer ganzen Nation.

Doch leider ist der Krieg nicht vorbei. Solange die letzten 48 Geiseln nicht heimkehren, kann keiner von uns wirklich zur Normalität zurückkehren. Jede von ihnen ist Teil meiner Familie geworden. Solange der Letzte nicht zurück ist, bleibt ein Teil von mir zerrissen – von jemand anderem gehalten. Meine Geschichte ist ohne sie nicht vollständig.

Ofri Etta Reiner

Aus dem Englischen übersetzt und redaktionell bearbeitet von Franziska Zimmerer.

Ursprünglich erschienen in DIE WELT am 7. Oktober 2025 und wird hier mit freundlicher Genehmigung wiedergegeben.

Berlin

UN-Watch veröffentlicht aktuellen Bericht über die Verbindung von Hamas-Anführern zum UNRWA-Bildungssystem, das mit Millionen Euro von Deutschland gefördert wurde und wird

Wie die Hamas das UNRWA-Bildungssystem seit Jahrzehnten unterwandert hat

Hillel Neuer, Geschäftsführer von UN-Watch mit Sitz in Genf, legte jetzt einen erschreckenden Bericht vor. Unter dem Titel „Schulen im Griff des Terrors“ stellt er unter Beweis, wie Hamas-Führer seit Jahrzehnten offen das Bildungssystem des UNRWA (Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten) kontrollieren. Terrorchefs waren als Schulleiter, Gewerkschaftschefs und leitende Erzieher beschäftigt, prägten Lehrpläne, beaufsichtigten Tausende von Lehrern und verwan-delten Klassenräume in Inkubatoren von Hass.

Diesen Bericht legte Neuer auch Abgeordneten des Bundestages vor. Denn Deutschland ist aktuell der größte Förderer der UNRWA, seit die USA ihre Förderung komplett eingestellt haben. Bis 2024 zahlten die USA 300 Mio. Dollar im Jahr. Deutschland zahlt weiter etwa 200 Mio. Dollar jährlich, ohne prüfen zu können, ob dieses Geld wirklich für friedliche Zwecke verwendet wird. Im Zeitraum 2025–2027 wird die UNRWA bis zu 1,6 Milliarden Euro erhalten.

Bemerkenswert: Das UNHCR-Hilfswerk hat immer weniger Mitarbeiter, inzwischen unter 18.000 für die derzeit rund 36 Millionen Flüchtlinge weltweit. Das UNRWA beschäftigt 30.000 Mitarbeiter für die offiziell rund 5,3 Millionen Palästinenser mit Flüchtlingsstatus. Diese Mitarbeiter sind fast ausschließlich Palästinenser.

Wie ist es dazu gekommen? In den Jahren nach 1948 wurden rund 700.000 arabische Flüchtlinge des Krieges, der von den arabischen Nachbarn des neu gegründeten Staates Israel begonnen und verloren wurde, in Lagern in diesen Ländern untergebracht: Libanon, der als Staat im November 1943 gegründet wurde, Syrien (gegründet 1944) und Jordanien (gegründet 1946). Deren Existenzrechte wurden bisher noch nie in Frage gestellt. Das heutige Westjordanland hieß damals Transjordanien und gehörte wie Ostjerusalem zu Jordanien. Gaza war ein Teil von Ägypten.

Während der folgenden Jahre wurden die dort seit Jahrhunderten ansässigen Jüdinnen und Juden aus allen arabischen Ländern vertrieben – ebenfalls um die 700.000 Menschen. Sie mussten aus Angst vor Verfolgung und Tod alles zurücklassen und kamen überwiegend nach Israel. Hier wurden sie von der damals nur rund einen Million Einwohner mit Anstrengung, aber erfolgreich, integriert.

Die sogenannten Flüchtlingslager für Palästinenser, die seit fast 80 Jahren existieren, werden bis heute vom Hilfswerk UNRWA der Vereinten Nationen betreut. Das Mandat der UNRWA sollte temporär sein, wird jedoch alle drei Jahre verlängert. Mit der Aufrechterhaltung der Lager wird verhindert, dass diese Menschen in den Ländern, in denen sich die Lager befinden, integriert werden.

Es ist weltweit einmalig, dass die Nachkommen früherer Flüchtlinge ebenfalls als Flüchtlinge gezählt werden. In Jordanien sind viele von ihnen Staatsbürger mit jordanischen Pässen, werden aber dennoch als Flüchtlinge gezählt. Ebenso fällt selten auf, dass in Gaza und im Westjordanland, also auf palästinensischem Gebiet, Flüchtlingslager existieren – somit Palästinenser neben Palästinensern mit unterschiedlichem Status nebeneinander existieren. Das einzige Land, in dem Palästinenser Bürgerrechte haben, ist: Israel. Nicht im Libanon, wo sie nicht außerhalb ihres Lagers arbeiten dürfen,

nicht in Syrien, wo sie die ersten waren, die im Bürgerkrieg ausgehungert wurden, und nicht in den palästinensischen Gebieten.

In diesen Lagern werden die Menschen perspektivlos und abhängig von den Zu-teilungen der UNRWA-Hilfsleistungen durch ihre Lagerleitung, sprich Hamas, gehalten. Die Trennung dieser Führung in eine humanitäre und eine terroristische ist absurd. Wie wenig moralisch verant-wortlich sich die Vereinten Nationen und speziell die westliche Welt für diese Lager-haltung einer ganzen Menschengruppe in Abhängigkeit von einer korrupten, ideologischen und gewalttätigen Führung fühlt, ist offensichtlich. Denn bisher wird weiterhin von einer völlig aussichtslosen Zwei-Staaten-Lösung fabuliert.

Appelle, dem zuzustimmen, richten sich fast ausschließlich an Israel. Aber es sind bisher die Palästinenser gewesen, die das abgelehnt haben, indem sie den Staat Israel nicht anerkannt haben.

Die Vereinten Nationen müssen endlich den Missbrauch dieser in Lagern gehalte-nen Menschen als Speerspitze ihrer arabi-schen Nachbarn gegen den ungeliebten, westlichen Werten verpflichteten und demokratischen Staat Israel beenden. Vor allem als Proxy des iranischen Regimes und durch die Hamas – Anhänger der reli-giös im Mittelalter verhafteten Muslim-bruderschaft – werden Palästinenser von

Kindesbeinen an ideologisch zum Hass auf Jüdinnen und Juden erzogen.

Wie könnte der Weg für dieses neue Volk der Palästinenser, nicht nur in Gaza, sondern überall dort, wo sie in Lagern leben, aussehen? Die Araber und ihre Nachkommen, die ehemals im ehemaligen britischen Mandatsgebiet lebten, werden erst seit den 60er Jahren als Volk bezeichnet. Wie die Nachbarn sprechen sie arabisch und sind in der Mehrzahl muslimischen Glaubens. Bis zur Staatsgründung Israels stand auch in der Geburtsurkunde jüdischer Kinder „Palästinenser“. In allen arabischen Staaten wird die christliche Minderheit aufgrund von Verfolgung und Vertreibung immer weniger, außer in Israel.

Beispielsweise Bethlehem, ehemals zu 100 Prozent christlich, ist heute zu 90 Prozent muslimisch. Diese Menschen müssen aus den Fängen der Demagogen und Ideologen befreit werden.

Die sogenannten Flüchtlingslager der Palästinenser müssen aufgelöst und deren Bewohner, in der Mehrzahl Nachkommen ehemaliger Flüchtlinge, vor Ort in die Länder integriert werden, in denen sie sich befinden. Das Geld, das die UNRWA bisher erhält, wäre dann für diese Integration bestimmt.

Die ehemalige Abgeordnete der Knesset, Einat Wilf, hat das mit ihrem Kollegen Adi Schwartz schon vor längerer Zeit gefordert. In ihrem Buch: Der Kampf um Rückkehr: Wie die westliche Nachsicht für den palästinensischen Traum den Frieden behindert hat (2022, Henrich & Henrich) legt sie dar, dass das Beharren auf ein Rückkehrrecht aller Palästinenser nach Israel das größte Hindernis für einen dauerhaften Frieden in der Region ist.

Dieser Mythos muss beendet werden. Er wird in den Schulen der UNRWA gelehrt und alljährlich mit großem Pomp und Plakaten mit in die Höhe gereckten Fäusten mit Schlüsseln begangen. Damit verbunden werden Kinder jeden Alters gegen Israel als den Feind, zum Töten dieses Feindes und zu dessen Vertreibung vom angeblich den Palästinensern seit jeher gehörenden Land mit Hass und Wut aufgestachelt.



Hillel Neuer, Geschäftsführer von UN-Watch @Bradley-Europe-Israel Press Association

Der Bericht von Hillel Neuer muss aufrütteln. Er weist mit Quellenangaben und Fotobeweisen nach, dass das angeblich Frieden und Menschenrechte fördernde Hilfswerk UNRWA Generationen palästinensischer Kinder an Extremisten übergibt, die Selbstmordattentäter verherrlichen, Kindersoldaten rekrutieren und zur Zerstörung Israels aufrufen. Die milliardenschwere UN-Agentur unter dem Schweizer Generalkommissar Pierre Krähenbühl und heute Philippe Lazzarini weiß seit langem von diesen Verbindungen und tut nichts.

Die Ziele der Vereinten Nationen sind laut ihrer am 26. Juni 1945 unterzeichneten Charta: „... den Frieden und die Sicherheit in der Welt zu bewahren sowie die friedliche Beilegung von Streitigkeiten zu garantieren ...“. Dagegen wird von den UNRWA-Verantwortlichen zum Nachteil der ihnen anvertrauten Menschen verstößen.

Durch ihre Vorherrschaft als Führer der UNRWA-Arbeitsgewerkschaften in Gaza

und im Libanon (25 Jahre lang war das Suhail al Hindi und jetzt sein Nachfolger Al Mishal) blockierte die Hamas wiederholt die Bemühungen, Lehrer zu disziplinieren, die den Terrorismus verherrlichen, widersetzt sich Versuchen, antisemitische Inhalte aus Lehrbüchern zu entfernen, und ließ internationale Mitarbeiter aus dem Dienst entfernen, die es wagten, ihrer Agenda zu widersprechen – Beispiel: der Deutsche Matthias Schmale.

Geberstaaten, die immer noch die UNRWA finanzieren, müssen sich dieser Realität stellen: Ihre Hilfe ist die Aufrechterhaltung eines Systems, das von Extremisten erobert worden ist, und nicht eines, das sich den humanitären Prinzipien verpflichtet fühlt.

Bericht von UN-Watch unter
<https://unwatch.org/wp-content/uploads/2025/09/Schools-in-the-Grip-of-Terror-UNRWA-Report.pdf>

Maya Zehden

Bonn

Nach dem Massaker: Trauer und Hoffnung

Gedenken an den 7. Oktober 2023

Get achtzig Mitglieder und Freunde der AG Bonn waren wir am Nachmittag des 7. Oktober 2023 auf dem Bonner Marktplatz. Gemeinsam gedachten wir schweigend der Opfer, die die Aggression der Hamas gefordert hatte. Es ging uns um ein Gedenken in Schweigen und Würde. In einem großen Kreis aufgestellt hielten wir die Plakate mit den Gesichtern der Geiseln mit deutscher Staatsangehörigkeit hoch, die immer noch verschleppt waren. Von einer angekündigten Gegendemonstration blieben wir zum Glück unbehelligt. In Bonn gibt es leider viele Sympathisanten eines „Free Palestine“, was unsere Tätigkeit massiv beeinträchtigt.

Zwei Tage später fanden wir uns in der Kapelle des Bonner Leoninums zusammen, um der Opfer offiziell zu gedenken. Wir hatten diese Veranstaltung zusammen mit der Jüdischen Hochschulgruppe Bonn ausgerichtet. Deren Vorsitzende Elis Marder stellte einzelne Biografien jener Opfer vor, die sie persönlich gekannt hatte. Auch der Leiter der Bonner Synagogengemeinde, Jakov Barasch, sprach, während ein paar hundert Meter weiter eine Demonstration die immer gleichen Parolen skandierte. Die Vorsitzende des Partner-



Bei der Gedenkveranstaltung im Leoninum

schaftsvereins Bergisch Gladbach – Nir Oz, Petra Hemming, berichtete eindrucksvoll über den Wiederaufbau des dortigen Kibbuz an der Grenze zum Gazastreifen. Dennoch waren die Bilder der Zerstörung ein weiteres Mal erschütternd. In unserer Trauer wurden wir begleitet von Alexander Lifland, einem Violinisten des Bonner Beethoven-Orchesters, der mit Musik

ausdrücken konnte, was Worte manchmal nicht vermögen. An diesem Tag zeichnete sich jedoch auch ab, dass die Geiseln nach zwei Jahren frei sein würden. So schlossen wir alle die Versammlung mit der Hatikvah. Unsere Hoffnung sollte wenig später wahr werden.

Jan Eickenboom
Vorsitzender AG Bonn

Austausch von Freiwilligen im Fokus

Bildungsministerin Prieß und Außenminister Sa'ar unterzeichnen gemeinsame Erklärung

Im Rahmen ihrer dreitägigen Israel-Reise hat die Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend Karin Prieß eine gemeinsame Erklärung mit dem israelischen Außenminister Gideon Sa'ar zum Deutsch-Israelischen Freiwilligendienst (DIFD) unterzeichnet.

Die Erklärung begründet die kontinuierliche und langfristige Unterstützung beider Länder für den Austausch von Freiwilli-

gen und die Förderung des gegenseitigen Verständnisses.

Der Deutsch-Israelische Freiwilligendienst wurde 2015 ins Leben gerufen. Der Dienst wird auf der Grundlage des Bundesfreiwilligendienstes in Deutschland sowie des Internationalen Jugendfreiwilligendienstes in Israel organisiert und finanziell vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend

gefördert. Seit seiner Einführung haben zahlreiche junge Menschen aus beiden Ländern die Gelegenheit genutzt, sich in gemeinnützigen Einrichtungen im jeweils anderen Land zu engagieren und als „Botschafterinnen und Botschafter“ ihrer Heimatgesellschaften zu fungieren. Die Koordination des Dienstes in Deutschland erfolgt durch die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland.

Quelle: bmbfsfi

Aufbruch in Dortmund

Neue DIG AG stellt sich vor

Die Arbeitsgemeinschaft Dortmund der Deutsch-Israelischen Gesellschaft wurde am 7. September 2025 im Dortmunder Restaurant „Brüderlich“ gegründet. Rund ein Dutzend Engagierte kamen zusammen, um den offiziellen Startschuss für die neue Gruppe zu geben – mit prominenter Unterstützung: Jürgen Hardt, MdB und Vizepräsident der bundesweiten DIG, leitete die Versammlung und unterstrich in seinem Grußwort die Bedeutung einer aktiven und sichtbaren DIG in allen Regionen Deutschlands.

Zum Vorsitzenden der AG Dortmund wurde Levin Rybak gewählt. „In einer Zeit, in der antisemitische Ressentiments und israelfeindliche Narrative wieder zunehmen, wollen wir Haltung zeigen“, sagte Rybak. „Wir möchten das deutsch-israelische Engagement in Dortmund sichtbarer, lebendiger und vernetzter machen und ein deutliches Zeichen der Solidarität mit Israel und der jüdischen Gemeinschaft setzen.“

Gerade in Dortmund ist dieses Thema von besonderer Aktualität. Antisemitische Vorfälle haben auch hier deutlich zugenommen. Laut dem Bundesverband RIAS wurden im Jahr 2024 insgesamt 75 Vorfälle gemeldet, was einem Anstieg von 67 Prozent im Vergleich zu 2023 entspricht.

Die meisten dieser Fälle stehen im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt und

dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023, wobei sich antizionistische und antiisraelische Hetze häufig mit klassisch antisemitischen Stereotypen vermischen. Der neuen Arbeitsgemeinschaft ist es ein zentrales Anliegen, dieser Entwicklung entschieden entgegenzutreten. Sie versteht sich als Plattform für Dialog, Aufklärung und Begegnung. Geplant sind regelmäßige Treffen, Vorträge und Exkursionen, bei denen sowohl politische als auch gesellschaftliche Themen rund um Israel im Mittelpunkt stehen. Zugleich will die AG ihre Positionen in der Öffentlichkeit stärker sichtbar machen – durch Medienarbeit, Veranstaltungen und eine verstärkte digitale Präsenz.

„Unsere Treffen sind auch ein Ort, an dem wir merken: Wir sind mit unserer Haltung nicht allein“, so Rybak. „Dieses Gefühl von

Gemeinschaft und gegenseitiger Bestärkung ist heute wichtiger denn je.“

Unter dem Motto „Freundschaft leben, Antisemitismus entgegentreten“ möchte die DIG AG Dortmund ein fester Bestandteil des zivilgesellschaftlichen Engagements in der Stadt werden. „Wir möchten viele Menschen erreichen – über Generationen, Hintergründe und Milieus hinweg“, betont Rybak. „Wer sich für den Austausch zwischen Deutschland und Israel, für Verständigung und Respekt engagieren will, ist bei uns herzlich willkommen.“

Mit dieser Neugründung sendet Dortmund ein starkes Signal: Die Freundschaft zwischen Deutschland und Israel lebt – und sie braucht Menschen, die sie aktiv gestalten.

Levin Rybak

Vorsitzender AG Dortmund

Frankfurt:

Förderung von Gemeinde und Jüdischem Museum

1990 wurde der erste Vertrag zwischen Jüdischer Gemeinde und Stadt Frankfurt geschlossen. Er trug die Unterschriften des damaligen OB und des Vorstandsvorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, Ignatz Bubis. Dort heißt es: „Die Erinnerung an die Vergangenheit und der gemeinsame Weg in der Gegenwart mögen Zeichen der Hoffnung für die Zukunft sein.“ Jetzt wurde der Vertrag neu gefasst.

Oberbürgermeister Mike Josef sagt: „Seit jeher gehört jüdisches Leben zu Frankfurt, es ist ein prägender Bestandteil unserer Stadt. Daran haben alle antisemitischen Anfeindungen und Verfolgungen über die Jahrhunderte und selbst die systematische Ermordung der europäischen Juden im Nationalsozialismus nichts ändern können.“

Der Vorstandsvorsitzende der Jüdischen Gemeinde, Benjamin Graumann, erklärt hierzu: „Wir freuen uns sehr, dass die Stadt Frankfurt heute ein wichtiges Zeichen dafür gesetzt hat, dass jüdisches Leben in unserer Stadt weiterhin stark und sichtbar bleibt. Wir stehen als Jüdische Gemeinde weiterhin vor großen Herausforderungen und haben durch den neuen Frankfurter Vertrag nun Planungssicherheit, um die vielfältigen Aktivitäten und Leistungen, die die Jüdische Gemeinde Frankfurt anbietet, fortzuführen und auszubauen. Wir verbinden mit dieser Vertragsunterzeichnung den dringenden Appell, Judenhass in all seinen Formen zu bekämpfen.“

Der neue Frankfurter Vertrag wurde bis 2031 geschlossen. Die Zuwendungen durch

die Stadt steigen in diesem Zeitraum von rund 7,5 Millionen im Jahr 2026 auf am Ende 8,2 Millionen Euro. Das Geld wird für besondere Belastungen für Verwaltung, Betrieb und Unterhaltung der Gemeindeeinrichtungen, für steigende Sicherheitskosten und die Mitfinanzierung der Jüdischen Schule im Philanthropin verwendet. Auch das Land Hessen unterstützt jüdische Projekte in Frankfurt: Im Museum Judengasse übergaben Ministerpräsident Boris Rein und Digitalministerin Sinemus der Stadt Frankfurt einen Förderbescheid über 1,3 Millionen Euro aus dem Programm „Starke Heimat Hessen“ für das Projekt „Immersive Jewish Frankfurt“. Mit dem Projekt soll die historische Umgebung der Judengasse virtuell erlebbar werden. (kor)

Vortrag am Sigmund-Freud-Institut Frankfurt

„Rationalisierung des Wahns“

Hendrik Hebauf warnt vor blinden Flecken der Erinnerung

Rund 60 Gäste verfolgten im Sigmund-Freud-Institut einen Vortrag des Soziologen Hendrik Hebauf über die Thesen des Historikers und Genozidforschers A. Dirk Moses. Unter dem Titel „Rationalisierung des Wahns: Erinnerung, Gewalt und der Holocaust bei A. Dirk Moses“ analysierte Hebauf Genese und Wirkung von Moses' Gewalt- und Erinnerungstheorie und verortete sie im Spannungsfeld zwischen US-amerikanischer Debattenkultur, deutscher Erinnerungspolitik und aktuellen Kontroversen um Israel und Gaza. Veranstalter waren die DIG Frankfurt und der interdisziplinäre Forschungsverbund „Antisemitismuserfahrung in der dritten Generation“.

Hebauf setzt biografisch und ideengeschichtlich an. Moses, der im Zuge des „Historikerstreits 2.0“ in Deutschland bekannt wurde, habe sich in den 1990er-Jahren in den USA politisch und akademisch sozialisiert – zu einer Zeit, in der der Holocaust im amerikanischen Diskurs an Sichtbarkeit gewann (Museumsgründungen, Studiengänge, Gedenkinitiativen), zugleich aber Gegenbewegungen aufkamen. In Teilen der Linken sei die Singularität des Holocausts als vermeintliche „Hierarchisierung von Leid“ kritisiert worden. Hebauf nennt hier Debatten, in denen Begriffe wie „Black Holocaust“ oder „American Indian Holocaust“ populär wurden und Stimmen wie Noam Chomsky, Norman Finkelstein, David Stannard oder Ward Churchill, die US-Holocaust-Erinnerung als angeblich mächtig und exklusiv zurückwiesen.

Vor diesem Hintergrund ordnet Hebauf Moses' wissenschaftliche Interventionen ein: Dessen Hauptwerk „Problems of Genocide“ (2021) greife die juristische Genozid-Definition nach Raphael Lemkin an, weil sie – so Moses – eine „eingebaute Schwelle“ enthalte, die Gewalt nur dann als Genozid anerkenne, wenn sie dem Holocaust ähnele. Stattdessen schlage Moses den Oberbegriff „permanente Si-

cherheit“ vor: ein Rahmen, unter dem sich sämtliche Formen staatlicher Gewalt gegen Zivilisten – vom Kolonialkrieg bis zur Vernichtungspolitik – fassen ließen.

Hebauf kritisiert diese Verschiebung scharf. Methodisch werde Geschichte in abstrakte Kategorien gepresst; politisch drohe eine Nivellierung von Unterschieden, die am Ende „Auschwitz und Dresden als eins“ erscheinen lasse. Besonders anstößig sei für ihn Moses' positive Bezugnahme auf den Begriff „permanente Sicherheit“ aus der Nürnberger Aussage des SS-Führers Otto Ohlendorf – also aus der schuldabwehrenden Selbstrechtfertigung eines Haupttäters. Wer daraus einen Schlüsselbegriff der Gewaltanalyse mache, „überlasse die NS-Verbrechen der Ununterscheidbarkeit von Wahn und Rationalität“. Demgegenüber komme es darauf an, methodische Präzision zu wahren: Wer den Holocaust nur als Beispiel unter vielen diskursiv verflachte, entkerne das, was ihn historisch-strukturell ausmacht.

Von Opfer- zu Täterlogiken

Zentraler Vorwurf Hebaufs: Moses' Universalismus verschiebe den Fokus von Opfer- zu Täterlogiken – ohne belastbare Kriterien, reale Bedrohung und paranoide Projektion analytisch auseinanderzuhalten. Wer alles unter „permanente Sicherheit“ subsumiere, verliere den Sinn für Spezifisches: die besonderen Voraussetzungen, Motive und Strukturen des nationalsozialistischen Judenmords. Zugleich erkenne Moses postnazistische Schuldabwehrmuster nicht als solche, wenn er deren Sprache – die Rationalisierung extremer Gewalt als vermeintliche Putativnotwehr – theoretisch aufwerte.

Israel/Gaza: Deutungslärm statt Erkenntnis

Deutlich wurde, warum diese Auseinandersetzung heute brisant ist. Seit dem



„Begriffe sorgfältig führen“:
Hendrik Hebauf am Katheder

7. Oktober 2023 und dem anschließenden Krieg in Gaza stehen Begriffe wie „Genozid“, „Kolonialismus“ und „Sicherheit“ im Zentrum globaler Protest-, Medien- und Rechtsdiskurse. Hebaufs Kritik an Moses zielt auf deren theoretische Anschlussstellen: Wird „permanente Sicherheit“ zum alles erklärenden Motiv, droht die Unterscheidung zwischen Selbstverteidigung angesichts realer Gewalt (z. B. Terrorangriffe, Geiselnahmen, Raketenbeschuss) und ideologisch begründeter Vernichtungsfantasie zu verwischen. Umgekehrt kann eine holzschnitthaft Singularitätspolemik die Wahrnehmung anderer Massengewalten verengen.

Hebauf plädiert implizit für einen doppelten Maßstab:

- Historische Spezifik des Holocausts ernstnehmen (Akteursstruktur, Ideologie, totalisierender Vernichtungswille, europäischer Kontext) ohne andere Verbrechen zu relativieren.
- Begriffe sorgfältig führen, insbesondere in aktuellen Konflikten: „Genozid“ ist

ein rechtsförmiger Tatbestand mit enger Definition; „Sicherheit“ ist politisch, psychologisch und militärisch mehrdeutig. Wer beides verkürzt, produziert mehr Deutungslärm als Erkenntnis.

Gerade im deutschen Kontext – mit „Staatsräson“, lebendiger Erinnerungskultur und intensiven Debatten über Proteste, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit

– sei die Versuchung groß, schnelle Deutungsbrücken zu schlagen. Hebauf zeigt, wie riskant das wird, wenn Begriffe aus Täterhetoriken historisch entkontextualisiert und dann als vorgeblich „kritische Theorie“ re-importiert werden. Die Folge wäre ein Diskurs, in dem jede Gewalt als gleich erscheint und damit niemandes Verantwortung mehr präzise bestimmt werden kann.

Methodenkritik statt Kulturkampf

Zur Vertiefung des Themas empfiehlt sich der Artikel von Hendrik Hebauf „A. Dirk Moses und die ‚Katechismusdebatte‘: Epistemologische und methodologische Abwege einer erneuerten deutschen Erinnerung“ in der Fachzeitschrift Naharaim.

Rebecca Pini

Frankfurt

Mitgliederversammlung findet regen Zuspruch

Der Einladung zur Mitgliederversammlung der DIG Frankfurt am 2. September 2025 in das Restaurant „Shalom Makkabi“ in Frankfurt Ginnheim folgten 66 Mitglieder. Den Teilnehmenden war vor allem die Unterstützung des engagierten Vorstands und die Solidarität mit dem angegriffenen Israel wichtig.

„Wir blicken auf ein Jahr 2024 zurück, das im Schatten des 7. Oktober 2023 stand“, betonte Lena Luckenbach, Vorsitzende der DIG Frankfurt, die souverän durch die Tagesordnung führte. „Neben der Solidarität mit den Geiseln und ihren Familien, dem Gedenken und dem Eintreten für das mehrdimensional angegriffene Israel haben wir versucht, auch selbstbestimmte Akzente zu setzen.“ Die vielfältigen Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaft reichten von Mahnwachen und Kundgebungen, hierbei immer aktiv unterstützt vom Jungen Forum, sowie der Teilnahme am Israeltag über Filmvorführungen und Ausstellungsführungen bis zu Vortragsveranstaltungen und Lesungen. Außerdem wurde 2024 gemeinsam mit dem Mideast Freedom Forum Berlin die Broschüre „Der Quds-Tag in Frankfurt und das Ehlibeyt-Netzwerk innerhalb der IGS“ publiziert, in der Rechercheergebnisse über ein dem iranischen Regime nahestehendes islamistisches Netzwerk im Rhein-Main-Gebiet der Öffentlichkeit präsentiert wurden. (Abzurufen auf der Seite mideastfreedomforum.org)

Der einstimmigen Entlastung des Vorstands folgte ein Ausblick auf das kommende Jahr. „2025 stand neben den Folgen des 7. Oktobers im Zeichen von 60 Jahren diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel“, so Lena Luckenbach, „im kommenden Jahr werden wir

uns dann selbst feiern: seit 1966, also dann seit 60 Jahren, setzt sich die DIG für die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel ein.“ Dazu sind verschiedene Veranstaltungen geplant. Für 2026 steht weiterhin die reguläre Wahl des Frankfurter Vorstands an.

In der Aussprache kam die Sorge der Mitglieder über den sprunghaft gestiegenen Antisemitismus zum Ausdruck. Viele standen noch ganz unter dem Eindruck der israelfeindlichen Großdemonstration „United4Gaza“ wenige Tage zuvor, auf der Hass und Hetze gegen Israel und Juden auf Frankfurts Straßen getragen worden waren. Auch das „Systeme Change Camp“ im Grüneburgpark und das von Hamas-Sympathisanten besetzte Ladenlokal im Stadtteil Gallus wurden mit Sorge gesehen. „Man muss laut werden!“, fasste ein Mitglied den Wunsch nach mehr Gegengewicht zum einseitigen Narrativ, das die öffentliche Meinung dominiere, zusammen. Auf den formellen Teil der Versammlung folgte ein Empfang mit Gästen aus der Stadtgesellschaft. DIG-Vizepräsident Constantin Ganß war nach Frankfurt gereist und betonte in seinem Grußwort: „Der Hass darf nicht unwidersprochen bleiben!“ Die gesamte Mitgliedschaft der DIG sei gefordert. Jeder könne sich einbringen. „Wir dürfen uns aber auch das Lachen nicht nehmen lassen in diesen dunklen



**„Man muss laut werden“:
Frankfurterinnen und Frankfurter zeigen gemeinsam mit der DIG Solidarität**

Zeiten!“, schloss Ganß seine eindrückliche Rede.

Kurt de Jong blies zum Abschluss eindrucksvoll den Schofar, der im jüdischen Monat Elul jeden Tag zur Einstimmung auf die Hohen Feiertage erklingt. Der Abend klang im Beisein von Vertretern befreundeter Verbände mit angeregten Diskussionen bei leckeren israelischen Snacks gesellig aus.

Claudia Löwenberg-Cohen

Gifhorn

Ein klares Zeichen gegen Gleichgültigkeit

Gründung einer neuen DIG-Arbeitsgemeinschaft in Gifhorn

Der 7. Oktober 2023 wurde zu einer traumatischen Zäsur. Die unvorstellbar grausamen Angriffe der Hamas auf israelische Zivilisten erschütterten nicht nur Israel, sondern Menschen weltweit – so auch uns persönlich. Doch was uns besonders tief traf, waren die politischen und gesellschaftlichen Reaktionen in Deutschland. Anstatt uneingeschränkter Solidarität mit den Opfern des Terrors erlebten wir Relativierungen, Schweigen – und sogar offene Schuldumkehr. Diese Haltung war für uns unverständlich und nicht hinnehmbar.

Aus diesem inneren Bedürfnis heraus entstand die Idee, eine neue Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Deutsch-Israelischen Gesellschaft zu gründen. Sie soll Raum bieten für Aufklärung, Begegnung und Engagement – und ein klares Zeichen gegen Gleichgültigkeit setzen.

Am 17. Mai fand die offizielle Gründung statt. Gewählt wurden Karen Beatrice Wegner als erste Vorsitzende und mit Simon Haß und Henrike Seemann zwei Stellvertreter. Die Gründung wurde im Anschluss mit einem festlichen Klezmer-Konzert gefeiert.

Bereits vor der offiziellen Gründung konnten mit ersten Veranstaltungen starke Impulse gesetzt werden: Die Israeliin Nurit Katziry berichtete eindrücklich über das



Gründungsversammlung: Vorsitzende Karen Beatrice Wegner (3. v. l.), Simon Haß (Mitte), Henrike Seemann (6. v. r.)

Leben in den Kibbuzim, besonders auch nach dem 7. Oktober. Mit der musikalischen Lesung „Vom 9. November zum 7. Oktober“ brachten Beatrice Wegner und Nirit Cordes sowie der Pianist Wolfgang Kraus, das bewegende Buch „Feuer. Israel und der 7. Oktober“ von Ron Leshem auf die Bühne. Historisch und philosophisch beleuchtete Dr. Kay Schweigmann-Greve das Wirken Theodor Lessings, einem frühen Warner vor

Antisemitismus. Dr. Wolfgang Kraushaar bot mit seinem Vortrag zu „Israel: Hamas – Gaza – Palästina“ fundierte Einblicke in die komplexe politische Lage.

Ziel der Arbeitsgemeinschaft ist es, über Antisemitismus und Antizionismus aufzuklären, aber auch darüber hinauszugehen: Es soll Interesse an Israel geweckt werden – als vielfältige, demokratische und lebendige Gesellschaft. Deshalb finden auch Veranstaltungen wie ein Kochworkshop mit israelischer Küche oder das Café Tel Aviv mit Buchvorstellungen israelischer Autoren statt.

Die neue AG versteht sich als Ort der politischen Bildung, des Austauschs und des Engagements. Es sind alle Interessierten eingeladen, sich einzubringen, mitzudiskutieren und Solidarität praktisch werden zu lassen.

Danken möchten wir an dieser Stelle Fritz Simon, Inhaber des Fritzcafés in Dalldorf, der für alle Veranstaltungen sein Café zur Verfügung stellt und den Referenten eine kostenlose Übernachtungsmöglichkeit in seiner Airbnb-Wohnung ermöglicht.

Karen Beatrice Wegner



Infostand in Gifhorn



Lesung „Vom 9. November zum 7. Oktober“

Wie die systematische sexualisierte Gewalt des 7. Oktober Feministinnen beflügelte

Der Höhenflug des vorgeblichen Feminismus

Ich bin eine Frau des 8. Oktober. An diesem Tag tat sich ein Abgrund des moralischen Versagens auf, der mich und alle Jüdinnen weltweit vom globalen Feminismus, dem internationalen Frauenclub der IsraelhasserInnen, trennte. Ich bin stolz, auf der richtigen Seite zu stehen, obwohl es so etwas wie eine „Seite“ nicht geben dürfte. Und doch blicke ich voller Entsetzen auf die irrationale Verschmelzung von Feminismus, Antizionismus und postkolonialer Theorie jenseits der Kluft. Diese intersektionalen Bewegungen werden seit mehr als zwei Jahrzehnten an Hochschulen mit einer antiisraelischen Agenda und einer hochnäsigen Eloquenz pseudoakademisch gelehrt. Sie sind gefährlich, da sie sich einer eingängigen Psychologie und eines manichäischen Menschenbilds bedienen, in dem der Raum dafür gegeben ist, sadistische Terroristen zu heroischen Opfern zu stilisieren.

Die Zäsur des 8. Oktober hat eine andere Welt zutage gebracht. Ich sehe die verzerrte Fratze des Feminismus nun deutlich: Die Verhöhnung der israelischen Opfer sexualisierter Gewalt seitens namhafter Frauenrechtlerinnen ist schwer zu ertragen. Im verblendeten Weltbild mancher Feministin sind Genitalverstümmelungen legitime Widerstandshandlungen, die es zu bejubeln gilt. Andere, wie die Philosophin Judith Butler, verlangten allen Ernstes Beweise für die Behauptung, dass Vergewaltigungen überhaupt stattgefunden hätten – trotz des Videomaterials der Täter, die ihre Menschenrechtsvergehen stolz filmten und der Öffentlichkeit demonstrierten. Denialismus ist hier das Schlagwort. Leugnung, Relativierung wie auch Legitimierung der systematischen sexualisierten Gewalt verweisen auf eine kognitive Dissonanz bei Frauenrechtlerinnen, deren unbeirrbare Identifikation mit einem islamistischen System und einer patriarchalen, homophoben und misogyinen Gesellschaft nicht nachvollziehbar ist.

Eine Videoaufnahme vom Supernova-Festival hat sich in mein Gedächtnis eingraviert: Über den Köpfen vieler junger Menschen, die noch bis soeben getanzt hatten, tauchte ein kleiner schwarzer Punkt am morgenhellenden Horizont auf,



Zeichnung: Zoya Cherkassky: Der Überfall der Terroristen auf das Nova Music Festival 2023, gemischte Technik auf Papier

der langsam näherkam. Es war der erste von mehreren Gleitschirmfliegern. Rückblickend ist er für mich der Inbegriff des Horrors. Er steht für die Massenvergewaltigungen, das Abschlachten unschuldiger Menschen und den sexuellen Terror des Schwarzen Schabbat. Die Mörder der palästinensischen Terrororganisation Hamas, der Qassam-Brigaden und des Islamischen Jihads durchbrachen nicht

nur die Grenzanlagen, sondern erreichten Israel auch über das Meer und aus der Luft. Die Gleitschirmflieger landeten nahe des Festivalgeländes in Re'im und kesselten mit weiteren schwerbewaffneten Terroristen die jungen Musikliebhaber ein. 411 Menschen starben auf grausame Weise, mehrere hundert wurden verletzt und 44 als Geiseln nach Gaza verschleppt. Etliche Überlebende nahmen sich in den

darauffolgenden Wochen das Leben. In umliegenden Ortschaften fanden zeitgleich weitere Massaker statt.

Irritierend, ja irrational ist die Tatsache, dass die sexualisierte Gewalt Feministinnen beflogelte. So schrieb die amerikanische Politologin Jodi Dean in dem Essay „Palestine Speaks for Everyone“, sie sei vom Anblick der Paraglider „berauscht“ gewesen. Ein Protestschrei blieb unter den führenden Frauenrechtlerinnen aus. Aber ein an Lust grenzender Aufschrei der Befriedigung erklang geradezu schamlos im Tenor zahlreicher Frauenrechtsorganisationen.

Mir kommt Walter Benjamins Engel der Geschichte in den Sinn. Das Gedankenbild des deutsch-jüdischen Philosophen nimmt Bezug auf Paul Klees Zeichnung Angelus Novus von 1920. Der dargestellte Engel wird von Benjamin als Zeuge geschichtlicher Katastrophen gedeutet. Ein gequälter Zeuge, denn der Engel kann sein entsetztes Antlitz nicht von der menschengemachten Zerstörung abwenden. Die Augen des Engels sind vor Schreck weit aufgerissen, doch er ist hilflos, der Wind treibt ihn davon. Wer sich über die Katastrophe des 7. Oktober eigenmächtig erhoben hat, sind jene beflogelten Feministinnen, deren Augen vor der menschlichen Katastrophe fest verschlossen geblieben sind. Ihre Hochgefühle stehen denen der Gleitschirmflieger, die rein zufällig das Nova-Festival aus der Luft entdeckten und nach der Landung präzedenzlose Gräueltaten begingen, in nichts nach.

Am 8. Oktober wurde deutlich, dass der globale Feminismus nicht universalistisch, sondern selektiv zu verstehen ist, denn er schließt Frauen aus, die mit Israel assoziiert werden. Das feministische Solidaritätsversprechen wurde gebrochen, weil der westliche Feminismus längst mit dem misogynen Islamismus liiert war und sich den Freiheitskampf der Palästinenser bereits auf die pinken Fahnen geschrieben hatte. Sexualisierte Gewalt als Kriegswaffe wird also dann für legitim befunden, wenn sie gegen Israelis gerichtet ist. Konkret bedeutet dies, dass die Vergewaltigungen von Mädchen vor den Augen ihrer Eltern, das Fußballspielen mit der abge-

schnittenen Brust einer lebenden Frau, die Penetration von Geschlechtsorganen mit Metallgegenständen und weitere Formen unvorstellbarer, barbarischer sexualisierter Gewalt vertretbar sind. Feministische Bewegungen haben ihre Menschlichkeit gegen eine Ideologie eingetauscht, welche zum Ziel hat, die Palästinenser – Plural, maskulin – von der angeblichen Kolonialmacht Israel zu befreien. Hier geht es nicht mehr um Frauenrechte oder eine Frauenrechtsbewegung, die Frauen in Gaza zu Gleichberechtigung und Selbstverwirklichung verhelfen möchte. Es geht schlichtweg darum, Israel zu diskreditieren und zu dämonisieren, erst recht dann, wenn die Bevölkerung von Terroristen niedergemordet wird. Die Überidentifikation feministischer Aktivistinnen mit Islamisten macht diese Aktivistinnen blind für das wahre Geschehen.

Die Antisemitismusforscherin Merle Stöver schreibt: „Für israelische und jüdische Frauen gelten andere Maßstäbe, was der Hashtag #MeTooUnlessUrAJew in allem gebotenen Zynismus zusammenfasst.“ Frauenrechtsorganisationen wie UN Women, die zu den systematischen Sexualverbrechen des 7. Oktober lange geschwiegen haben, bis hin zu feministischen Bewegungen wie Palestinian Feminist Collective, die die Folterpraktiken der Hamas als Befreiungsschlag gefeiert haben, zeigen, dass der globale westliche Feminismus nicht nur versagt, sondern sich selbst abgeschafft hat. Er beschämmt

Nirit Cordes wurde 1974 in Hannover geboren und erhielt zu ihrer deutschen Staatsbürgerschaft auch gleich die israelische. Mütterlicherseits ist ihre Familie seit unzähligen Generationen mit dem Land Israel verwurzelt. Ihr Studium der Germanistik und Amerikanistik hat sich mit dem Schwerpunkt der fiktiven Darstellung von Traumata beschäftigt. Ihre Berufswahl als freie Lektorin und Autorin lässt sich perfekt mit Fern- und Heimweh vereinbaren. Fünf Jahre lang war auch China das Zuhause ihrer Familie. Jetzt lebt sie in Hannover – eine, wie sie sagt: „Heimat von vielen“. Von ihr erschien der belletristische Roman „Frau mit Vogel“. Nirit ist Mitglied der DIG Gifhorn.



The
Dinah Project
October 7. Sexual Violence.

die Traditionen und Errungenschaften der vorangegangenen Frauenrechtsbewegung und hat sich seiner Sinnhaftigkeit entledigt.

Die Anwaltschaft jüdischer Opfer sexualisierter Gewalt übernahmen Israeliinnen. „The Dinah Project. A Quest for Justice. October 7 and Beyond“ ist eine israelische Organisation, die die Sexualverbrechen des 7. Oktober 2023 untersucht und dokumentiert hat. Sie wurde mit Unterstützung der Bar-Ilan-Universität von jüdischen Frauen mit Expertise in den Fachbereichen Gender Studies und Rechtswissenschaften geleitet, unter anderem von Professorin Ruth Halperin-Kaddari. Der über 80 Seiten umfassende Bericht ist am 16. Juli 2025 veröffentlicht worden und im Internet einsehbar: thedinahproject.org. Er deckt das volle Ausmaß der systematisch sexualisierten Gewalt vom 7. Oktober auf, die der programmatischen Entmenschlichung von Israelis diente und sich gegen die israelische Gesellschaft als Kollektiv richtete. Die Vergewaltigungen und Massenvergewaltigungen, die mit brutalster Folter und sadistischen Misshandlungen einhergingen, sind im Vorfeld als Kampfdoktrin und Teil der Kriegsstrategie eingeplant



worden. Die genozidalen Verbrechen waren dementsprechend großflächig und methodisch angelegt. Das Dinah-Projekt nimmt außerdem Bezug auf die menschenunwürdige Behandlung der Geiseln in Gaza, die ebenfalls sexueller Gewalt ausgeliefert waren. Was die Zeugenaussagen der Opfer anbelangt, so muss darauf hingewiesen werden, dass die Mehrzahl der Vergewaltigungsoptiker während oder unmittelbar nach dem Übergriff ermordet wurden. Es gab zudem mehr als einen Bericht über fortgesetzte sexuelle Übergriffe, nachdem das Opfer nicht mehr am Leben war. Ein Kennzeichen der konfliktbezogenen sexualisierten Gewalt ist der öffentliche Charakter des sexuellen Übergriffs, der gezielt vor Zuschauern verübt wird, um den Terror zu steigern. Die Erniedrigungen fanden absichtlich vor Publikum statt, vor Freunden, Partnern und Familienangehörigen.

Die Vereinten Nationen, längst verrufen für ihren Antizionismus, haben auf die Massaker des 7. Oktober verzögert und verhalten reagiert. Infolge des Dinah-Berichtes entschied man sich schließlich, die Hamas auf die UN Black List zu setzen, die Schwarze Liste von Organisationen, die konfliktbedingte sexuelle Gewalt begehen.

Das Dinah-Projekt folgt dem objektiven Wahrheitsanspruch. Der Schulterschluss von Frauenrechtsbewegungen, Antisemitismus und postkolonialen Verschwö-

rungstheorien steht hingegen für ein Narrativ, das mit der Realität in Israel sowie der Geschichte des Landes nichts zu tun hat. Karin Stögner, Professorin für Soziologie an der Universität Passau, spricht von einer „Wahrnehmungsabwehr“. Israel dient lediglich als Projektionsfläche für inkorrekte Geschichtsentwürfe, die blind verteidigt werden.

Während meines Studiums der Literaturwissenschaften war ich von den Werken afroamerikanischer Schriftstellerinnen am meisten beeindruckt. Female Bonding, der bedingungslose Zusammenhalt von Frauen in Zeiten der Not, ist ein Grundsatz, der in den Werken von Toni Morrison großgeschrieben wird. Es lohnt sich, nach diesem zu leben, auch und erst recht in dem heutigen Wissen, dass Jüdinnen auf den Rückhalt anderer Frauen nicht selbstverständlich zählen können. Das öffentliche Bekenntnis zu Israel bedarf nicht nur der Zivilcourage, sondern geht sehr wahrscheinlich mit gesellschaftlicher Isolation einher. Nach einer kurzen Diskussion über Israel gab mir eine langjährige und gute Freundin den Ratschlag, ich solle auf mich aufpassen, bevor sie mir die Freundschaft mit den Worten „Ich bin raus“ per WhatsApp aufkündigte. In einer Zeit, in der Deutschland am Antisemitismus wieder zunehmend erkrankt, wandte sie mir den Rücken zu. Ihre Unterstützung gilt der Boycott-Divest-Sanctions-Kampagne, die das Ziel verfolgt, Israel im wahrsten Sinne den Boden unter den Füßen wegzureißen. Sie ist nicht die Einzige, deren leichtfertig gesprochene und schwerwiegende Worte nachklingen. „Du weißt, dass ich hinter dir stehe“, ist noch so ein Satz, der in der Leere nachhallt. Immer, wenn ich mich umdrehe, ist auch diese Freundin nicht da. Mein bescheidener Bekanntenkreis hier in Deutschland hat sich verschoben. Aber ich bin nicht allein. Viele intelligente Frauen, die alles geben, um die Wahrheit zu beleuchten, sind an meiner Seite. Im Wissenschaftsbereich und im Kampf für allumfassende Frauenrechte möchte ich Merle Stöver, Karin Stögner, Ruth Halperin-Kaddari, Nava Ben-Or, Sharon Zagaglia-Pinhas, Rebecca Schönenbach, Bianca Loy, Beatrice Wegner, Karoline Preisler sowie Sagit Cantker nennen. Es sind Frauen mit Rückgrat, die wissen, was sie sich wert sind. Und was wir einander wert sind. Für



Podiumsgespräch über sexualisierte Gewalt, israelbezogenen Antisemitismus und gesellschaftliche Reaktionen im Rahmen der Jüdischen Kulturtage zwischen Harz und Heide 2025 von links nach rechts: Bianca Loy, Nirit Cordes, Rebecca Schönenbach

diesen Zusammenhalt bin ich unglaublich dankbar. Und dann ist da noch eine ganze Nation, die ich hinter mir weiß, zu der ich gehöre und auf die ich stolz bin. Es ist ein demokratisches Land, in dem die feministische Bewegung die Gleichstellung der Frau vorantreibt. In Israel ist der Feminismus ein Bekenntnis zur Selbstbestimmung und zum Individualismus. Es ist ein Kampf um Rechte. Yael Rom war eine der ersten Pilotinnen innerhalb der israelischen Streitkräfte. Sie war Vorkämpferin im Zuge der Gleichberechtigung am Himmel über Israel. Alice Miller wurde 1995 per Gerichtsurteil stattgegeben, dass auch Frauen innerhalb der Luftstreitkräfte zu Kampffliegerinnen ausgebildet werden dürfen. Daraufhin beendete Sari Rahat 1998 als erste Frau die Pilotenausbildung. 2001 erhob sich dann Roni Zuckerman als erste Kampfpilotin Israels in den Himmel, um die Demokratie zu verteidigen. Eine Frau hat der anderen den Weg nach oben bereitet. Ein schwer erarbeiteter und wirklich verdienter Höhenflug.

Nirit Cordes

Nirit Cordes ist Mitglied der DIG Gifhorn. Sie hat die deutsche und israelische Staatsbürgerschaft.



Paul Klee: Angelus Novus, 1920

Hannover

„Gewerkschaftliche Perspektiven für Frieden im Nahen Osten“

Podiumsdiskussion der Industriegewerkschaft Bergbau Chemie Energie und der DIG Hannover

Gemeinsam mit der DIG Hannover luden die Abteilung Politik und Internationales beim Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Bergbau Chemie Energie (IGBCE) im September zu einer perspektivreichen Podiumsdiskussion ein.

Die Debatten um Israel und die Palästinenser spielen im internationalen Kontext der Gewerkschaftsarbeit derzeit eine große Rolle, und die deutschen Gewerkschaften sind die stärksten Verteidiger ihrer israelischen KollegInnen bei internationalen Gewerkschaftskongressen. Die IGBCE blickt auf jahrzehntelange, freundschaftliche Beziehungen zur Histadrut, der größten Gewerkschaft Israels, zurück. Bei der Veranstaltung sollten unmittelbar Betroffene die Möglichkeit haben, ihre Perspektive auf den Terrorangriff der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung am 07.10.2023 und den daraus resultierenden Krieg zu schildern und wie dies seitdem Einfluss auf ihre persönliche Lebensrealität genommen hat. Außerdem sollte gefragt werden, wie Gewerkschaften mit ihrem Einfluss in den Betrieben einen konstruktiven Beitrag der Verständigung leisten können.

Die Podiumsgäste waren: Dr. Rebecca Seidler, Vorsitzende des Landesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden von Niedersachsen; Hamza Howidy, Friedensaktivist und Autor aus Gaza; Ori Strassberg, langjähriger Begleiter der gewerkschaftlichen Beziehungen zwischen den DGB Gewerkschaften und der Histadrut; Lars Barlsen, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Bezirksgruppe Hannover; sowie Ute Neumann, Gewerkschaftssekretärin des IGBCE Bezirks Hannover und neues Mitglied der DIG. Gastgeber war Nils Hindersmann, Abteilungsleiter Politik und Internationales beim Hauptvorstand der IGBCE. Die Moderation übernahm Emily Winter, hauptamtliche Mitarbeiterin der



Emily Wolkenhaar-Winter (Moderatorin DIG/IG BCE), Hamza Howidy (abschiebungsbedrohter palästinensischer Aktivist), Dr. Rebecca Seidler (Liberale Jüdische Gemeinde Hannover), Lars Barlsen (GdP), Ori Strassberg (Histadrut), Ute Neumann (IG BCE)

IGBCE und Mitglied des Vorstandes der DIG Hannover. Alle KollegInnen, die diese Veranstaltung organisiert haben, arbeiten hauptamtlich im Vorstandsbereich des Vorstandsvorsitzenden, Michael Vassilaidis. An dieser Stelle sei auch Keven Knipping genannt, ebenfalls neues Mitglied der DIG.

Es war beeindruckend, mit wie viel Respekt und Empathie sich die vom Konflikt persönlich Betroffenen – Rebecca Seidler von der Jüdischen Gemeinde in Hannover, Hamza Howidy, geflohener Palästinenser aus Gaza und Ori Strassberg als Israeli – begegneten. Gegenstand der Diskussion war zunächst die Frage, inwieweit der Krieg hier in Deutschland und der EU auf der Straße angekommen sei. Rebecca Seidler sah die Jüdische Gemeinschaft weltweit so bedroht wie seit der Shoah nicht mehr, was Lars Barlsen aus polizeilicher Sicht für Deutschland bestätigte. Hamza Howidy, abschiebungsbedrohter, vor der Hamas geflohener politischer Aktivist,

distanzierte sich von der vorgeblich pro-palästinensischen Szene hierzulande, da sie Hamas-Propaganda verbreite. Sie instrumentalisiere ohne wirkliche Empathie die palästinensischen Kriegsopfer für ihren Israelhass. Ori Strassberg, regelmäßiger Teilnehmer an den Demos in Israel gegen die Netanyahu-Regierung, betonte, dass die Histadrut auch für die ArbeitnehmerInnen in Gaza eintrete, die nun von internationaler Ausgrenzung betroffen seien. Aus ihren unterschiedlichen Perspektiven waren sich die Diskutierenden am Ende einig: „Der Friedensprozess kann erst beginnen, wenn die Hamas verschwindet und Netanyahu abgewählt ist!“. Die Rolle der Gewerkschaften in Deutschland sollte es sein, in ihrer Bildungsarbeit den Antisemitismus zu bekämpfen, Informationen über Nahost zu liefern und, so wie hier, geschützte Räume für den Dialog Betroffener zu schaffen.

Emily Winter
Vorstandsmitglied der DIG Hannover

Die Drusen als religiöse und ethnische Minderheit im Fokus: Mufid Mari zu Besuch in Hannover

Mufid Mari, Druse, ehemaliger Knessetabgeordneter (Blau-Weiß), und prominenter Vertreter der drusischen Minderheit in Israel, war diesen Sommer auf Einladung der Ezidischen Akademie Hannover und der Deutsch-Israelischen Gesellschaft AG Hannover zu Besuch in Deutschland.

Der Besuch kam auf Anregung von Menschen zustande, die in Hannover leben, ihre Wurzeln aber im Nahen und Mittleren Osten als Angehörige dortiger Minderheiten haben. Diese hatten bei der Vortragsreise von Amos Davidowitz im Mai dieses Jahres den Wunsch geäußert, den Vertreter einer ethnischen oder religiösen Minderheit aus Israel zu treffen. Maris Programm bestand daher sowohl aus öffentlichen Vorträgen – arabisch mit deutscher Übersetzung – zum Thema „Religiöse und ethnische Vielfalt in Israel – das Beispiel der drusischen Minderheit“ im hannoverschen Zeitzentrum Zivilcourage und im Kulturheim in Springe als auch aus Besuchen bei der in Gründung befindlichen drusischen Gemeinde (Hannover), den assyrischen Christen (Gütersloh) sowie zwei ezidischen Vereinen (u.a. Springe). Bei diesen Besuchen ging es um den Austausch darüber, wie sich Minderheiten in freien Gesellschaften wie Israel und Deutschland integrieren können, ohne sich vollständig zu assimilieren. Hier stand die Präsentation der Arbeit der besuchten Gruppen sowie die eigene Biographie Maris im Vordergrund. Sein Lebensweg führte ihn aus einer armen drusischen Familie von Tabakbauern über ein jüdisches Agrarinternat in die IDF bis zum Rang des „Aluf Mishne“ (אלוף משנה, Colonel, OF-5 nach NATO-Code). Offiziere in diesem Rang führen in der Regel größere Einheiten wie Brigaden, direkt über ihnen steht der Brigadegeneral. Mari war Kommandeur des israelischen Nordbezirks, danach angesehener Bürgermeister seines Städtchens Hurfeish, Vorsitzender des drusisch-tscherkessischen Kommunalrates und Abgeordneter der Knesset.

Aktuell ist er Direktor der landwirtschaftlichen Ausbildungsabteilung des *Western Galilee College – Agricultural School* in der Region Hurfeish im Nordbezirk Israels. Es bietet Ausbildungen, insbesondere für junge Drusen sowie andere Minderheiten in den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt



und Management. Außerdem ist Mari das erste nichtjüdische Mitglied des *Board of Governors* (Verwaltungsrat) der *Jewish Agency for Israel*.

Auch unter den Migranten in Deutschland konnten einige eine erfolgreiche akademische bzw. ökonomische Karriere vorweisen und Erfahrungen darüber austauschen, welche Umstände in Israel und in Deutschland derartige Möglichkeiten eröffnen.

Bei den drusischen Freunden ging es wesentlich um das Massaker an der drusischen Bevölkerung im syrischen Suweida, begangen von den syrischen Streitkräften und benachbarten Beduinenvätern, die der Hamas ideologisch nahestehen. Die furchtbaren Bilder aus Suweida, die auf vielen Handys gegenwärtig waren und zerstörte Elternhäuser und ermordete Nachbarn von Eltern und Jugendfreunden unserer Gastgeber zeigten, ähnelten dem, was man von den Verbrechen des 7. Oktober 2023 aus den Kibbuzim an der Grenze zu Gaza kennt. Bilder, die einen auch als Unbeteiligten noch tagelang verfolgen.

Der „Terrorist Al Jolani“, dem die syrischen Streitkräfte unterstehen, habe sich mitnichten gewandelt, nur weil er nun einen Anzug trage – darüber war man sich einig. Vielfach wurde, nicht nur von den Drusen, das Entsetzen ob der „Naivität der Europäer“ geäußert und die Sorge, dass dieser aus der vom Islamischen Staat abgespaltenen al-Nusra-Front stammende „Politiker“ für ein homogenes, sunnitisch-

arabisches Syrien stehe, in dem für Drusen, Aramäer, Eziden, Kurden und Alawiten kein Platz mehr sei. Mehrfach sprachen die Drusen Mari ihren Dank dafür aus, dass die israelische Armee durch ihren Einsatz in Syrien das Morden gestoppt und vielen Menschen dort das Leben gerettet habe. Mari konnte in diesem Zusammenhang von einem drusischen Hilfszentrum in Nordisrael berichten, von dem aus Hilfsaktionen und die Lieferung humanitärer Güter nach Suweida organisiert werden.

Mari, der vermutlich nicht zum letzten Mal in Hannover war, besuchte außerdem den ezidischen Würdenträger Pîr Sabî sowie die Liberale Jüdische Gemeinde, den niedersächsischen Antisemitismusbeauftragten Gerd Wegner und das Haus der Religionen, in dem Christen, Hindus, Buddhisten, Muslime, Juden, Baha'i und Eziden sowie Humanisten gemeinsam an einer friedlichen Koexistenz der Religionen arbeiten. Am Rande einer Sitzung der Lotto-Sportstiftung in der Ezidischen Akademie begrüßte ihn die niedersächsische Innenministerin Daniela Behrens.

Ein gelungener Besuch, der nicht nur einer großen Anzahl Menschen auf Arabisch ein authentisches Bild von Israel vermittelte, sondern auch uns als hannoversche Arbeitsgemeinschaft der DIG einer großen Gruppe von Menschen aus migrantischen Organisationen sichtbar mache, zu denen sonst wenig Kontakt besteht.

Kay Schweigmann-Greve

Schule – Polizei – Bundeswehr – Kirche – Sozialistische Jugend und Jüdische Bibliothek:

Amos Davidowitz reist durch Norddeutschland



200 PolizeischülerInnen hörten zu: Niedersächsische Polizeiakademie in Nienburg

Bereits das zweite Mal bereiste Amos Davidowitz, jahrzehntelanger Friedensaktivist, Kibbuznik und derzeit vermutlich ältester Soldat der IDF, Norddeutschland. Das Programm war gedrängt: 16 durchaus unterschiedliche Vorträge über das Land verteilt an elf Tagen, stellen eine Herausforderung dar, auch wenn man als Soldat mit 67 Jahren sicher eine überdurchschnittliche Kondition besitzt.

Den Auftakt bildete ein Vortrag vor dem 12. Jahrgang der katholischen St. Ursulaschule in Osnabrück. Die Schulleitung war bei unserem Eintreffen aufgeregt, da in der Nacht zuvor antiisraelische Flugblätter, die Amos als Soldaten und „Kriegsverbrecher“ diffamierten, auf dem Schulgelände verstreut worden waren. Der Vortrag zur aktuellen Situation in Israel und in Gaza fand aufmerksame Zuhörer, die SchülerInnen hatten durchaus Vorkenntnisse, die sich in qualifizierten, kritischen Fragen äußerten.

Bereits am Abend ging es weiter mit einem öffentlichen Vortrag im Zeitzentrum Zivilcourage in Hannover. Es gab im Anschluss eine sehr kontroverse Diskussion, bei der die unterschiedlichen BesucherInnen Probleme hatten, die Gegensätze auszuhalten, die aus ihren Fragen deutlich wurden. Dennoch bemühte sich der Referent

auch bei schwierigen Fragen, etwa nach persönlicher Verantwortung als Soldat bei Kampfhandlungen und dem Dilemma, Befehle von einer Regierung zu erhalten, deren Motivation oft fragwürdig sei, um sachliche und persönliche Antworten.

Am nächsten Morgen ging es weiter in der Freien Waldorfschule Hannover-Bothfeld mit einem Vortrag vor der gesamten Oberstufe der Klassen 9–12 inklusive der lerneingeschränkten Kleinklassen. Aufgrund des sehr breiten Teilnehmerspektrums musste der Vortrag sehr anschaulich auf viel persönliche Erlebnisse und die Familiengeschichte zurückgreifen und ausführlich übersetzt werden. Die Fragen stellten dann SchülerInnen der 11. und 12. Großklasse, sie waren kritisch und zeugten teilweise von einer deutlich divergierenden Perspektive, es kam zu einer lebhaften Debatte um die Verhältnismäßigkeit

des israelischen Militäreinsatzes und die kriegsrechtlichen Rahmenbedingungen, in denen Israel sich bewegt. Der interessanteste Teil ergab sich jedoch spontan: Nach dem eigentlichen Vortrag kam eine Gruppe SchülerInnen auf uns zu und bat, noch etwas zu bleiben, sie hätten mit ihrem Lehrer beschlossen, uns einzuladen, die Diskussion in der anschließenden Stunde ihres Mathe-Leistungskurses fortzusetzen. Das Gespräch verlief in der kleinen Gruppe von 15 Personen, die auch kein Sprachproblem beeinträchtigte, sehr intensiv und wir verabschiedeten uns danach von einer sehr sympathischen Gruppe nachdenklicher SchülerInnen.

Um 20 Uhr ging es bereits als Guest der DIG Bremen weiter. Die Fragen knüpften teilweise daran an, dass Amos Davidowitz hier bereits im Vorjahr referiert hatte. Die Diskussion drehte sich auch um die Frage,

wie verzerrt die Darstellung Israels in den deutschen Medien sei.

Am Donnerstag sprach Davidowitz in der Albert-Einstein-Schule (Kooperative Gesamtschule) Laatzen bei Hannover. Den SchülerInnen war die Teilnahme an der Veranstaltung von der Schulleitung freigestellt worden. Es nahmen etwa 40 Schüler der 12. Klassen teil, unter anderen eine Gruppe muslimischer Mädchen, die ausgesprochen aufmerksam zuhörte, sich an der Diskussion aber nicht beteiligte. Nach der Veranstaltung ergab sich eine Diskussion mit zehn Schülerinnen, die ihre Fragen in diesem etwas geschützteren Rahmen stellten.

Einen anderen Vortrag hielt der Referent am späten Nachmittag vor dem Assyrischen Verein in Gütersloh. Der Vortrag wurde nicht ins Deutsche, sondern ins Aramäische übersetzt. Die Veranstaltung fand in einer katholischen Kirche statt, die mit der assyrischen Gemeinde kooperiert. Die Teilnehmer machten deutlich, dass sie nicht nur große Sympathien für Israel hegten, sondern sich darüber hinaus von Israel aktive Hilfe in Syrien wünschten. Der Referent berichtete von der Förderung der assyrischen Gemeinschaft in Israel und musste mehrfach erläutern, dass Israel natürlich großes Interesse an guter Nachbarschaft habe, aber keine syrische Innenpolitik betreiben könne und wolle.



Kooperiert mit der katholischen Kirche: der Assyrische Verein in Gütersloh

Schließlich waren wir bei der Beauftragten der EKD für das Verhältnis Kirche und Judentum, Prof. Dr. Ursula Rudnik zu einem informellen, sehr angenehmen und informativen Abendessen eingeladen.

Am Samstag war Amos Davidowitz Ehrengast bei der Gründung der neuen Arbeitsgemeinschaft der DIG in Gifhorn. Dort berichtete er nicht nur über den Gazakonflikt, sondern verlieh seiner Berührung und Verbundenheit mit Menschen Ausdruck, die sich in Deutschland so intensiv dafür

einsetzen, Verständnis für und Kenntnisse über Israel zu vermitteln. Den Tag beendete ein schwungvolles Klezmerkonzert.

Die DIG Hannover ruft sonntags regelmäßig zu den Läufen von Run for their Lives auf und stellt auch einen erheblichen Teil der TeilnehmerInnen. Am Ende des Laufes berichtete Amos Davidowitz den Anwesenden, was für ihn und seine Familie der 7. Oktober bedeutete: Seine Tochter, die mit seinen Enkeln im Kibbuz Gevim wohnt, einem der wenigen Orte nahe Gaza, die den Angriff der Terroristen abwehren konnten, befand sich namentlich auf einer Entführungs- oder Tötungsliste, die bei den vor dem Kibbuz getöteten Terroristen gefunden wurde. Einen weiteren Vortrag hielt Davidowitz am Abend beim Mitgliedertreffen der DIG Hannover.

Die neue Woche begann mit einem Vortrag vor ca. 200 PolizeischülerInnen an der Niedersächsischen Polizeiakademie in Nienburg. Der Empfang durch die Schulleitung war sehr freundlich, die Diskussion nach dem Vortrag eher verhalten. Am Nachmittag wartete der Ezidische Verein in Springe auf uns. Hier kam eine sehr lebendige Diskussion über die Parallelen in der Situation der nahöstlichen Minderheiten (Kurden, Eziden, Aramäer, Drusen) zustande, die, so die Wortbeiträge der TeilnehmerInnen, alle die Juden um ihren Staat beneiden und anders als die muslimischen Mehrheitsgesellschaften



Bei der Beauftragten der EKD für das Verhältnis Kirche und Judentum, Prof. Dr. Ursula Rudnik

sehr pro-israelisch eingestellt seien. Der Vortrag wurde für die Älteren in Kurmandschi übersetzt, die Jungen sprachen gut Englisch.

Ein wirklicher Höhepunkt der Vortragsreise war die Offiziersschule der Bundeswehr in Hannover, wo es zunächst ein Gespräch mit dem „Standortältesten“ gab, anschließend hielt Amos Davidowitz, zwar privat unterwegs, aber Aluf Sagan (Oberstleutnant) der IDF, einen Vortrag, der sowohl die militärischen Aspekte asymmetrischer Kriegsführung als auch die politischen und humanitären Aspekte des aktuellen Gazakrieges behandelte. Im Anschluss überreichte ihm der Standortälteste eine „Challenge Coin“, eine Ehrenmünze. Die anspruchsvolle Diskussion fand auf Englisch statt, sie dauerte lange und die Zuhörenden blieben sitzen, obwohl es anschließend in den Feierabend ging. Die SoldatInnen kannten sich mit der nahöstlichen Geschichte aus und waren an Davidowitz' Vorstellungen einer politischen Lösung des Konfliktes interessiert. Großen Raum nahmen auch Fragen nach seinen persönlichen Erlebnissen, in nun vier Kriegen, in denen er als Kombatsoldat gekämpft hatte, ein und vor allem welche Langzeitauswirkungen das Erleben von Gewalt und Tod für sein persönliches Leben bedeutete. Davidowitz gehörte zu den ersten, die am Morgen des 8. Oktober die Terroristen aus den zerstörten Siedlungen

vertrieb. Auch in früheren Kriegen hat er Schreckliches gesehen.

Es folgte ein Besuch der Helene-Lange-Schule, eines Gymnasiums in Hannover-Linden, am frühen Nachmittag dann ging es weiter in der Jüdischen Bibliothek Hannover. Das Auditorium bestand hier aus den MitarbeiterInnen der Liberalen Jüdischen Gemeinde und den Ehrenamtlichen der Jüdischen Bibliothek Hannover. Das Interesse war groß, in der Diskussion ging es überwiegend darum, dass es auch in der eigenen Verwandtschaft junge Leute gäbe, die in der IDF dienen, und um die Sorgen, die man sich um diese Menschen macht. Die Fragen an den Referenten betrafen hauptsächlich seine Rolle als Offizier, inwieweit Offiziere ihre Soldaten schützen können und wann der Krieg wohl vorüber sei. Am Abend wartete die Ev.-luth. St.-Lukas-Kirchengemeinde in Lauenau auf uns. Es handelte sich fast ausschließlich um ein älteres Publikum, das interessiert nachfragte. Der Pastor bat, sollte die Vortragsreihe im kommenden Jahr wiederholt werden, seine Gemeinde mit einzuplanen.

Am 22.05. besuchten wir einen Politikkurs der 12. Klasse des evangelischen Philipp-Melanchthon-Gymnasium Gifhorn. Die TeilnehmerInnen waren sehr gut vorbereitet und waren mit der Geschichte des Konflikts gut vertraut. Ihre Fragen

richteten sich weniger auf das Kriegsgeschehen als auf innerisraelische Konflikte: Sie stellten Fragen zur Verfassungsreform, der Rolle der Ultraorthodoxen und der Rechtsradikalen in der Regierung und zur Wehrpflicht für Jeschiwa-Studenten. Eine längere Diskussion entspann sich auch um die tatsächliche Rolle von Frauen in der israelischen Armee. Am Nachmittag folgte ein öffentlicher Vortrag im Fritzcafé in Meinersen im Landkreis Gifhorn. Bei den Fragen stand die Einordnung des in den deutschen Medien Gehörten durch den Referenten im Vordergrund.

Einen letzten Vortrag und ein langes, freundschaftliches Gespräch gab es auf dem bundesweiten Ehemaligentreffen der SJD – Die Falken auf dem Zeltlagerplatz Heiligensee in Berlin. Es nahmen überwiegend Menschen teil, die in den vergangenen Jahrzehnten mit Jugendaustauschmaßnahmen der Falken in Israel gewesen waren und dem Referenten teilweise dort vor Jahren bereits begegnet waren. Die Fragen drehten sich einerseits um den Gazakrieg, andererseits um die Situation der Linken und der Kibbuzbewegung in Israel heute.

Nach einem Gespräch mit Berliner Drusen kehrte Davidowitz nach Israel zurück, wo bereits am kommenden Morgen ein Termin in der Armee auf ihn wartete.

Dr. Kay Schweigmann-Greve

DIG Hannover ruft sonntags regelmäßig zu „Run for their Lives“ auf – am Ende berichtete Davidowitz zum 7. Oktober



Heilbronn

Die Spannungen zwischen Ankara und Jerusalem – ein neuer Konfliktherd?

Syrien, Türkei und Israel: Konfliktpotenziale hinter den Kulissen



Vortrag mit Eren Güvercin bei der DIG Arbeitsgemeinschaft Heilbronn

Anlässlich des 60.Jubiläums der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel veranstaltete die Arbeitsgemeinschaft Heilbronn der DIG einen Vortragsabend. Der Journalist und Publizist Eren Güvercin sprach über die zunehmend belasteten Beziehungen zwischen der Türkei und Israel – und warf zugleich einen kritischen Blick auf die geopolitischen Verwerfungen im Nahen Osten, insbesondere in Syrien. Eren Güvercin ist praktizierender sunnitischer Moslem, Gründungs- und Beiratsmitglied der Alhambra-Gesellschaft sowie engagierter Vertreter einer liberal-muslimischen Zivilgesellschaft. Er ist als freier Journalist und Publizist tätig. Aufgrund seiner Haltung und seiner Tätigkeiten ist er Anfeindungen aus dem In- und Ausland auch von türkischen Regierungsstellen ausgesetzt.

In seinen einleitenden Worten begrüßte Bernd Sommer, Mitglied des Präsidiums der DIG und Vorsitzender der AG Heilbronn, die Gäste und stellte den Referenten vor. Den Abschluss der Veranstaltung gestaltete Heide Kachel, Vorstandsmitglied der AG Heilbronn des DIG, die dem Referenten für seinen differenzierten Vortrag dankte und ein symbolisches Geschenk überreichte.

Eren Güvercin analysierte eindrucksvoll die historischen Wurzeln und aktuellen Bruchlinien im Verhältnis zwischen Ankara und Jerusalem und zog einen weiten historischen Bogen bis zum osmanischen Reich. Gleich zu Beginn seines Vortrags erinnerte Eren Güvercin daran, dass die Türkei einer der ersten muslimisch geprägten Staaten war, die Israel 1949 offiziell anerkannten. In den Jahrzehnten danach entwickelte sich ein teilweise enges bilaterales Verhältnis, das sich auch in sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit äußerte.

Doch diese Phase enger Zusammenarbeit sei mit dem Aufstieg des politischen Islam in der Türkei zunehmend erodiert.

Einen dramatischen Wendepunkt markierte das Jahr 2009, als Erdoğan auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos öffentlich auf den israelischen Präsidenten Peres traf. Die Mavi-Marmara-Krise 2010 und die Unterstützung radikaler Akteure wie der Hamas durch Ankara führten zu einer tiefgreifenden Verschlechterung der Beziehungen. Ein besonders drastisches Beispiel für den heutigen Antisemitismus in der Türkei ist das Zitat von Ali Erbas, dem Chef der türkischen Religionsbehörde Diyanet: „Israel ist ein rostiger Dolch, der im Herzen der muslimischen Welt steckt.“ Eine neue Eskalationsstufe habe das Verhältnis seit dem Hamas-Massaker am 7. Oktober 2023 erreicht: Während Israel von zahlreichen Staaten Solidarität erfuhr, stellte sich Erdogan offen an die Seite der Hamas. Dass Hamas-Vertreter in Ankara empfangen und wirtschaftlich unterstützt werden, sei „nicht bloß zynisch, sondern brandgefährlich“, so Güvercin.

Besondere Brisanz sieht der Referent in der Entwicklung in Syrien. Dort sei durch den Sturz des Assad-Regimes und den Aufstieg islamistischer Milizen ein neues Machtvakuum entstanden – eines, das von der Türkei gezielt genutzt werde, um eigene Einflusszonen zu schaffen. Israel wiederum betrachte diese Präsenz mit großer Sorge. „Syrien entwickelt sich zur potenziell gefährlichsten Front für Israel – noch vor dem Libanon“, warnte Güvercin. Ein weiteres Thema seines Vortrags war die Rolle islamischer Verbände in Deutschland. Organisationen wie DITIB und Milli Görüs seien weiterhin stark von Ankara abhängig. Eine Religionsgemeinschaft, die staatliche Privilegien in Deutschland in Anspruch nehme, müsse sich aber, so Güvercin, „strukturell von einer islamis-

tisch geprägten ausländischen Regierung abnabeln“.

Güvercin betonte zudem die Blauäugigkeit vieler europäischer Regierungen im Umgang mit der Türkei. Gerade die Diaspora-Politik Erdogans, die auf eine bewusste Nichtintegration türkischstämmiger Menschen in Europa abzielt, werde vielfach unterschätzt oder ignoriert. Dabei gehe es Ankara längst nicht mehr nur um kulturelle Bindung, sondern um direkte politische Einflussnahme – auch auf muslimische Organisationen und Verbände in Deutschland.

Zudem zeigte Güvercin auf, wie sehr die Entwicklungen im Nahen Osten direkte Auswirkungen auf Europa haben. Krisen wie in Syrien oder im Gazastreifen betreffen nicht nur die Außenpolitik, sondern schlagen sich in Migrationsbewegungen, gesellschaftlicher Polarisierung und sicherheitspolitischen Fragen auch unmittelbar in Europa nieder. Europa müsse, so sein Appell, erkennen, dass eine eigenständige und vorausschauende Nahostpolitik eine Notwendigkeit seien.

In der anschließenden Diskussion unterstrich Güvercin die Verantwortung Europas, eigene außenpolitische Strategien zu entwickeln. Der Rückzug der USA aus der Region und die gleichzeitige Expansion autoritärer Mächte wie Iran, Russland – und zunehmend auch der Türkei – machten deutlich, dass Europa nicht länger zusehen könne.

Mit seinem eindringlichen Appell an politische Wachsamkeit, religiöse Eigenverantwortung und den Schutz demokratischer Werte leistete Eren Güvercin einen bemerkenswerten Beitrag zur aktuellen Debatte.

Wolfgang Schulz, Lauffen am Neckar
AG Heilbronn

Kassel

Gesellschaft mit beschränkter Hoffnung

Im Regierungspräsidium Kassel fand der diesjährige Neujahrsempfang der AG Kassel statt.

Der Vorsitzende Boris Krüger begrüßte mehr als 100 Gäste als eine „Gesellschaft mit beschränkter Hoffnung“ und erläuterte dies anhand von Beispielen aus Israel und Kassel. Israel hat Waffenstillstände mit der Hamas und Hisbollah geschlossen und Gefangene zurückgeholt. Aber kann es nach dem Trauma des 7. Oktobers und nach den Verwüstungen und Toten im Gazastreifen überhaupt noch Frieden geben? Gleichermaßen gilt für Kassel: Auch hier gibt es mit dem Wächterdienst, der Aufführung von „Auch wenn es dunkel ist – Berichte vom 7. Oktober“ am 23. Februar und dem neuen Code of Conduct für die documenta auf der Grundlage der Antisemitismus-Definition der IHRA Hoffnungsschimmer. Doch ist die Hoffnung durch zahlreiche pro-palästinensische Demonstrationen mit teilweise antisemitischen Untertönen stark getrübt. Um die Hoffnung nicht völlig aufzugeben zu müssen, rief Boris Krüger zu verstärktem Einsatz für das jüdische Leben in Deutschland auf, etwa durch Spenden an die DIG oder durch eine Mitgliedschaft.



v.l.n.r. Miki Lazar (Jüd. Gemeinde Kassel), Kristina Sjöström (stellv. Vors. AG Kassel),
Mark Weinmeister (Regierungspräsident Kassel), Georgiy Pawlow (Violine),
Prof. Dr. Stephan Grigat (Kath. Hochschule NRW), Boris Krüger (Vors. AG Kassel),
Alexander Perlovskij (Klarinette), Elena Padva (stellv. Vors. AG Kassel)



Miki Lazar
(Jüd. Gemeinde Kassel)

Erstmals im Walter-Lübcke-Saal

Regierungspräsident Mark Weinmeister begrüßte als Hausherr die Anwesenden mit den Worten: „Mir ist es ein Anliegen, diesen Empfang hier im Walter-Lübcke-Saal zu beherbergen, weil damals leider auch vom Regierungspräsidenten Kassel Verbrechen an jüdischen Menschen verübt wurden.“ Das Grußwort der Stadt Kassel sprach die Stadtverordneten-Vorsteherin Dr. Martina van den Hövel-Hanemann.

Erinnerungen aus 50 Jahren DIG

Einen weiteren Höhepunkt stellten die Erinnerungen von Miki Lazar, Mitglied des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde Kassel, zur Gründung der AG Kassel vor 50 Jahren dar. Einem Treffen zwischen

Kasseler und israelischen Freimaurern (zu letzteren gehörte Mikis Vater Bumi) Ende der 1960er-Jahre in Tel Aviv, das auf allgemeinen menschlichen Werten wie Brüderlichkeit und Humanität basierte, folgten Besuche von offiziellen Vertretern der Stadt Kassel, ein Jugendaustausch, den Miki Lazar im Hause seines Vaters aus nächster Nähe erlebte, sowie ein Gegenbesuch der israelischen Freimaurer in Kassel 1972. Anfang 1975, fast auf dem Tag genau 50 Jahre vor dem diesjährigen Neujahrsempfang, wurde die AG Kassel der DIG gegründet.

Hoffnung durch die „Abraham Accords“

Viele weitere Impulse zum Nachdenken gab schließlich der Hauptreferent, der Antisemitismus-Forscher Professor Stephan

Grigat. Er sprach auf packende Weise über Israel und den Iran seit dem 7. Oktober. In einem Exkurs referierte er über den eliminatorischen Antisemitismus des Mullah-Regimes, der eine seiner Wurzeln in der Zusammenarbeit des Großmuftis von Jerusalem, al Husseini, mit dem NS-Regime in den 1940er-Jahren hatte. Dieser zeigt sich aktuell in der massiven Unterstützung von Hamas, Hisbollah und Huthi-Milizen durch den Iran. Grigat ging auch auf die unruhige Rolle aller deutschen Regierungen seit 1979 ein, die nichts gegen den Handel mit dem Iran unternommen und so indirekt den 7. Oktober 2023 mitfinanziert hätten. Doch es gibt auch Grund zur Hoffnung: Im Zuge der „Abraham Accords“ hat Israel mit mehreren arabischen Staaten Verträge abgeschlossen, etwa mit Marokko oder den Vereinigten Arabischen Emiraten. Grigat sprach abschließend seine Hoffnung aus, dass ein solches Abkommen auch in naher Zukunft mit Saudi-Arabien geschlossen werden könnte, auch wenn die Verhandlungen dafür aktuell auf Eis liegen.

Solidarisieren und Engagieren

Die stellvertretende Vorsitzende der AG Kassel, Kristina Sjöström, fokussierte in ihrem Schlusswort Solidarität und Engagement mit Herz und Hand, auch anhand der Stimmen von Jugendlichen, und dankte allen Beteiligten des Abends, insbesondere den Vorstandsmitgliedern der AG, ohne deren Teamwork die Veranstaltung nicht möglich gewesen wäre.

Musikalisch umrahmt wurde der offizielle Teil des Abends von Georgiy Pawlow an der Violine und Alexander Perlovskij an der Klarinette. Im Anschluss gab es bei Wein und Snacks zahlreiche gute Gespräche zwischen den Anwesenden über das Gehörte sowie weitere aktuelle Themen. Besonders gefragt war natürlich Professor Grigat, der gerne die vielfältigen Rückfragen zu seinen Ausführungen beantwortete. Auf ihn ist auch das Lob an die Mitglieder des DIG-Vorstandes zu beziehen, dass es der AG Kassel jedes Jahr aufs Neue gelänge, interessante und span-



**Prof. Dr. Stephan Grigat
(Kath. Hochschule NRW)**

nende Referenten für ihren Neujahrsempfang zu gewinnen. Dies wird auch beim Neujahrsempfang 2026 der Fall sein.

Boris Krüger

Besuch aus Kassels israelischer Partnerstadt Ramat Gan bei der AG Kassel

Israelische Gäste aus Ramat Gan sitzen in Kassel fest

Emotionale Höhen und Tiefen eines denkwürdigen Besuchs zur Städtepartnerschaft

Eigentlich sollte das 35-jährige Jubiläum der Städtepartnerschaft zwischen Kassel und Ramat Gan gefeiert werden. Doch vieles kam anders: Die Deutsch-Israelische Gesellschaft, Arbeitsgemeinschaft Kassel (DIG Kassel) blickt zurück auf intensive Tage, die von guten Ergebnissen, Freudenmomenten, aber auch Negativem geprägt sind.

Als ehrenamtliche Initiative, die sich für deutsch-israelische Freundschaften zwischen den Menschen beider Länder engagiert, setzt sich die DIG Kassel in Kooperation mit der Stadt Kassel (Oberbürgermeisterbüro) für die Pflege der Städtepartnerschaft mit der Stadt Ramat Gan (bei Tel Aviv) ein. Geplant war der

zehntägige Besuch einer kleinen Delegation in Kassel, um die Beziehungen vor allem in den Bereichen Kunst, Kultur und Bildung zu vertiefen und neue Kontakte zu knüpfen. Kurz vor Ende des Besuches kam es anders: Der Luftraum über Israel wurde wegen Angriffen aus dem Iran gesperrt und ein Rückflug war für weitere zehn Tage nicht möglich.

Zu Beginn ein volles Programm zur Vertiefung der Städtepartnerschaft

Der erste Teil der Reise lief wie geplant und sehr erfolgreich: Die Reisegruppe aus Ramat Gan hatte viele Besuchs- und Gesprächstermine bei unterschiedlichen Einrichtungen. Das Programm war eng

getaktet, zukunftsträchtige Kooperationen wurden vertieft und neu geschlossen. Die Gäste aus Israel konnten am Festakt „70 Jahre documenta“ teilnehmen, und erlebten neben der Stadt bei Ausflügen in der Region die nordhessische Landschaft, die Rhön mit Fuldaquelle, Wasserkuppe und Mooren, bewunderten das Fachwerk in Hann. Münden und erfuhren im Grenzmuseum „Schifflersgrund“ viel vom Kalten Krieg, Deutscher Teilung und Wiedervereinigung.

Festakt von Protesten begleitet

Am 12. Juni wurde im Rathaus das 35. Jubiläum der Städtepartnerschaft gewürdigt. Dies nahmen einige Gruppen zum Anlass

für eine israelkritische Kundgebung vor dem Rathaus. Boris Krüger, DIG-Vorsitzender: „Es ist bedauerlich, dass unsere vier Gäste auf der Ebene einer kommunalen Partnerschaft mit dem israelischen Regierungshandeln und dem Leiden in Gaza in Verbindung gebracht wurden.“

Zur Vermeidung von Auseinandersetzungen und Gefährdungen betraten die Gäste das Rathaus über einen Seiteneingang. Die Kundgebung war laut und störend, aber die zur Feier des Tages gehisste Flagge Israels blieb an ihrem Platz, und Polizei und Ordnungsamt mussten nicht eingreifen. Boris Krüger: „Den Protest, der sich gegen die israelische Regierung richtete, einseitige Vorwürfe und pauschale Vorurteile haben ausgerechnet Freundinnen und Freunde Kassels abbekommen, die sich für Völkerverständigung, kulturelle Kooperationen und Jugendbegegnung einsetzen.“

Besonders bewegend waren für Sari Golan, die Chefkuratorin des Ramat Gan Museum of Israeli Art, die außergewöhnlichen musikalischen Darbietungen während der Feierveranstaltung: Eine modifizierte Version der „Hatikva“ und des Eurovision-Songs, mit dem Israel dieses Jahr den Publikumspreis gewann, „haben mich zu Tränen gerührt. Es war ermutigend und stärkend, die israelische Flagge über dem Rathaus wehen zu sehen, obwohl draußen vor dem Gebäude eine pro-palästinensische Demonstration mit palästinensischen Flaggen und anderen Provokationen stattfand.“

In Kassel gestrandet: Sorgen, Schlafmangel und Online-Arbeit für die Heimat

In der folgenden Nacht kam es zur ersten Angriffen Israels auf die Atomanlagen der Islamischen Republik Iran, weshalb der Besuch eine weitere Wendung nahm und die Sicherheitsmaßnahmen für die Gäste vorsichtig verschärft werden mussten.

Sie sorgten sich Tag und Nacht um ihre Familien während der Raketenangriffe auf zivile Ziele in Israel – ohne Aussicht auf eine Rückreise. So war auch die Veranstaltung „Kulturelles Erbe in Kriegszeiten: Welche Erkenntnisse wurden gewonnen?“ am folgenden Tag im Sara Nussbaum Zentrum ein emotionales Auf und Ab, denn



Gruppenfoto beim Festakt im Kasseler Rathaus mit dem Kasseler Oberbürgermeister Dr. Schoeller (Mitte)

immer wieder waren die Smartphones zu hören, wenn Luftalarm gemeldet wurde und erste Meldungen von Zerstörungen und Verletzten in Ramat Gan eintrafen.

„Diese Erfahrung hat aber zugleich zwischenmenschliche Verbindungen vertieft, denn gemeinsam wurde die schwere Zeit miteinander ausgehalten,“ heißt es von Elena Padva, Leiterin des Sara Nussbaum Zentrums: „Ich freue mich, dass es zahlreiche Engagierte in Kassel gibt, die in diesem und vielen weiteren Momenten dabei waren, um internationale Freundschaft zu erweisen, und die den Gästen in der Anspannung beigestanden haben.“

Während der unfreiwilligen Verlängerung blieben die Gäste nicht untätig, sondern arbeiteten im „Home-Office“ des Hotels an ihren Aufgaben in der Stadtverwaltung Ramat Gan und dem Museum für moderne Kunst. Abends versuchten sie dann bei einem gemeinsamen Essen im Freundeskreis der DIG auf andere Gedanken zu kommen.

Schließlich konnten die israelischen Gäste nach 20 Tagen in Kassel über Griechenland wieder sicher in ihre Heimat zurückkehren.

Lichtblicke auch in düsteren Zeiten

Rückblickend spricht Roi Barzilay, Vize-Bürgermeister und Kulturdezernent von

Ramat Gan über seinen Besuch in Kassel: „Die Vision des Dialogs zwischen städtepartnerschaftlicher Kultur und Bildung ist mit dem Ausbruch des Krieges von einer Kulturmmission zu einer bedeutenden Informationsmission geworden. In Europa ist es sehr kritisch gegenüber Israel und da ist eine persönliche Stimme direkt und menschlich, schafft es zu berühren, nachdenklich zu machen und zu verändern.“ Eine solche persönliche Stimme brachte er selbst auch in seiner Festansprache im Rathaus ein. Dort hatte er bereits betont, dass Städtepartnerschaften wie die zwischen Kassel und Ramat Gan ein demokratisches Gegenmittel gegen Hass sind: „Lassen Sie uns gemeinsam eine bessere Zukunft bauen.“

DIG-Vorstandsmitglied Wolfgang Schwerdtfeger – seit vielen Jahren in Kassel und Ramat Gan ehrenamtlich für die Städtepartnerschaft engagiert – fasst es zusammen: „So bedrückend die Rahmenbedingungen im zweiten ‚ungeplanten‘ Teil des Besuchs auch waren, wird allen Beteiligten diese Zeit in Erinnerung bleiben. Das solidarische, vertrauensvolle Miteinander dieser Tage ist für künftige Projekte und Ideen in der Städtepartnerschaft ein wertvoller weiterer Aspekt für die Zusammenarbeit der Menschen guten Willens hier wie dort.“

Katrin Juschka und Wolfgang Schwerdtfeger

Münster

Endlich ein Ende

Es blieb dabei: auch in der zweiten Jahreshälfte 2025 bestimmte das Schicksal der israelischen Geiseln die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft Münster. Im Oktober kam dann die Erlösung: die lebenden Geiseln wurden nach zwei Jahren Folter freigelassen.

Im Juli hatten wir den Historiker und Politikwissenschaftler Matthias Küntzel erneut zu Gast. Er sprach vor 80 Interessierten über die Hintergründe des Konflikts zwischen Israel und dem Iran. Vorausgegangen war die Zerstörung eines Teils der iranischen Anlagen zum Bau von Atombomben. Durch die gemeinsame Aktion der Vereinigten Staaten und Israels ist der Bau der Vernichtungswaffen vermutlich nicht beendet, aber doch zeitlich zurückgeworfen worden. Gleichwohl, so der Referent, hätte der religiöse Führer des menschenverachtenden Regimes der gottlosen Mullahs die militärische Auseinandersetzung als Sieg des Irans gefeiert. Nach der Sommerpause ging es weiter mit Mahnwachen. Informationsplakate und Holzständer standen bereit, um an das Geschehen in Israel zu erinnern. Im September und Oktober postierten wir uns wieder in „Münsters guter Stube“, dem Prinzipalmarkt vor dem Friedenssaal. Dann gaben wir den Interessierten Zeit, unsere Informationen über das Schicksal der Geiseln zu studieren. Auch zur Hamas und ihrer Charta von 1988 boten wir Le-

sestoff, insbesondere ihr Aufruf zum Völkermord an Jüdinnen und Juden weltweit fand viel Aufmerksamkeit.

Traditionell wurden die Mahnwachen auf dem Prinzipalmarkt von unserer Vorsitzenden, Regine Foerster, eröffnet. Im September wurden die Namen der Geiseln verlesen, im Oktober machte Sharon Fehr, Ehrenvorsitzender der Jüdischen Gemeinde Münster, deutlich, was der 7. Oktober 2023 für die Jüdinnen und Juden weltweit und in Münster bedeutet.

Auch lernten wir, dass nicht alles klappen muss, um perfekt zu sein. Bei der Mahnwache am 6. Oktober gelang es nicht, die israelische Nationalhymne abzuspielen. Stattdessen fing ein Teilnehmer an, sie zu singen, und viele sangen einfach mit: ein berührender Moment.

Am 9. Oktober fand unsere hoffentlich letzte Mahnwache statt. Die Situation hat sich geändert, die Hamas hat dem Friedensplan von Donald Trump halbherzig zugestimmt und war nun bereit, die noch lebenden Geiseln in die Freiheit zu entlassen. So fand diese Mahnwache unter einem günstigen Stern statt, und sie fand



Mahnwache auf dem Prinzipalmarkt.

nicht in Münster statt. Ein Vorstandsmitglied kommt aus Rheine und hatte den Vorschlag gemacht, eine Mahnwache in seiner Heimatgemeinde stattfinden zu lassen. Natürlich zog unsere erste Mahnwache in Rheine nicht so viele Menschen an wie in Münster, aber wir waren zufrieden: wir hatten in der Provinz des Münsterlandes unser Anliegen vorgebracht.

Norbert Korfmacher
Münster

Nürnberg-Mittelfranken

Zur Lage in Israel, Iran und Deutschland

Vom Antijudaismus zum Hass auf Israel

Im Juni 2025 hielt Prof. Dr. Stephan Grigat, Professor für Theorien und Kritik des Antisemitismus an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen und Leiter des Centrums für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS), für die DIG Nürnberg-Mittelfranken, einen Online-Vortrag unter dem Titel „Vom Antijudaismus zum Hass auf Israel“. Der Vortrag verband historische Analyse und aktuelle politische Beobachtungen zu einem umfassenden Überblick über die Entwicklung des Antisemitismus von seinen religiösen Wurzeln bis zum Antizionismus und Israelhass.

Als für die Veranstaltung mit Prof. Grigat war sowohl sein neu erschienenes Buch „Vom Antijudaismus zum Hass auf Israel – Interventionen zur Kritik des Antisemitismus“ als auch die aktuelle Lage im Nahen Osten nach dem 7. Oktober. Zum Zeitpunkt des Vortrags führ-

te Israel die Schläge gegen das iranische Atomwaffenprogramm, weswegen Grigat im zweiten Teil seines Vortrags auch auf diese sehr aktuellen Entwicklungen einging.

Im ersten Teil zeichnete Grigat aber zunächst die Entwicklung des Antijudaismus in Christentum und Islam nach. Er betonte,

dass die christlichen Kirchen über Jahrhunderte die Hauptträger judentfeindlicher Ideologien gewesen seien. Die Vorstellung vom „Gottesmord“ und zahlreiche abwertende Stereotype hätten Pogrome, Kreuzzüge und systematische Diskriminierung vorbereitet. Erst nach 1945 habe ein Prozess

der Abkehr begonnen, bei der katholischen Kirche sogar erst mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil.

Auch der Islam, so Grigat, kenne eine Tradition des Antijudaismus. Im Gegensatz zum christlichen Antijudaismus liege hier der religiöse Kern in der Verweigerung, die Lehre des Propheten Mohammed anzunehmen. Laut Überlieferung besiegte Mohammed die sich widersetzen jüdischen Stämme in der Schlacht von Chaibar. Genau auf diese Schlacht beziehen sich Rufe, die auf antisemitischen Demonstrationen laut werden. Sie stellen nichts anderes dar, als die Androhung der Ermordung von Juden.

Im Frühislam habe sich ein Bild der Juden als unterlegene Minderheit herausgebildet, das sich in der rechtlichen Stellung der Dhimmis (der „Schutzbefohlenen“) niederschlug. Zwar seien Juden in islamischen Gesellschaften historisch sogar oft besser geschützt gewesen als im christlichen Europa, zumindest sofern sie den Dhimmi-Status akzeptierten. Gleichberechtigt waren sie jedoch nie und grausame Pogrome gab es auch in der islamischen Welt.

Mit der Aufklärung und dem 19. Jahrhundert habe sich der religiöse Judenhass

in den modernen, rassistischen Antisemitismus gewandelt. Grigat erläuterte, Antisemitismus sei immer eine projektive Reaktion auf die bestehende Gesellschaft. So erkläre sich auch, wie pseudowissenschaftliche Theorien und nationalistische Denkmuster den Antisemitismus säkularisierten und radikalierten bis hin zum eliminatorischen Vernichtungsansemitismus des Nationalsozialismus.

Ursprünglich als eine Schutzreaktion auf den Antisemitismus entstand der Zionismus mit dem Versuch, eine politische Heimstätte für Juden zu schaffen. Der Antizionismus, wiederum als Reaktion auf den Zionismus entstanden und per se zunächst nicht antisemitisch, habe insbesondere in seinen islamistischen, linken und nationalistischen Ausprägungen früh antisematische Konnotation angenommen. Schon die Nationalsozialisten hätten den jüdischen Staat als „künstliches Gebilde“ diffamiert. Diese Vorstellung lebe nach 1945 sowohl im arabischen Nationalismus als auch im westlichen Anteil des Vortrags widmete sich dem iranischen Regime seit 1979. Grigat beschrieb dieses als Holocaust-leugnendes, antisemitisches und eliminatorisch-

antizionistisches Regime. Die Lehren Ayatollah Khomeinis verbanden klassischen islamischen Judenhass mit modernem verschwörungsmystischem Antisemitismus. Grigat warnte vor der bedrohlichen Kombination aus ideologischem Antizionismus, Märtyrerkult und Streben nach Massenvernichtungswaffen. Israels militärische Schläge gegen iranische Atomeinrichtungen seien daher, so Grigat, nicht nur legitim, sondern „praktizierte Antisemitesmuskritik“.

Zur Vertiefung des Themas empfiehlt sich „Vom Antijudaismus zum Hass auf Israel – Interventionen zur Kritik des Antisemitismus“ von Prof. Dr. Stephan Grigat. Das Buch steht auf der Seite des Barbara Budrich Verlags zum kostenfreien Download zur Verfügung:

<https://bit.ly/grigat-buch-2025>

Ein Mitschnitt des Vortrags findet sich auf dem YouTube-Kanal der DIG Nürnberg-Mittelfranken:

<https://bit.ly/griqat20250616>

Karin Eichele
DIG Nürnberg-Mittelfranken

Bericht der Ereignisse – Einblicke in die Arbeit – Gespräch zur Lage:

Kriegstagebuch aus Nahost

Es war ein Abend, der unter die Haut ging. Am 4. Oktober 2025 lud die DIG Nürnberg-Mittelfranken zu einer Veranstaltung mit Arye Sharuz Shalicer – Deutsch-Israeli, Publizist und Sprecher des israelischen Militärs in Reserve. Mit seinem neuen Buch „Überlebenskampf“ traf Shalicer den Nerv der Zeit: ein Werk, das die existenziellen Herausforderungen Israels beschreibt – und die komplizierte Suche nach Wahrheit, Sicherheit und Hoffnung in einer Region, die seit Jahrzehnten im Ausnahmezustand lebt.

In dem ausgebuchten Saal nahm Shalikar kein Blatt vor den Mund. Eindringlich schilderte er seine Sicht auf die aktuelle Lage in Israel und betonte, dass der gegenwärtige Konflikt weit über den oft bemühten Begriff des „Israel-Palästina-Konflikts“ hi-

nausgehe. Israel befindet sich inzwischen in einem Mehrfrontenkrieg, während die internationale Berichterstattung die komplexen Hintergründe häufig auf ein vereinfachtes Narrativ reduziere.

Besonders kritisch sprach Shalicar die Rolle westlicher Medien an: Die öffentliche Debatte konzentriere sich zu oft auf die Auswirkungen des Krieges, nicht aber auf seine Ursachen. Fragen nach den humanitären Folgen würden gestellt – doch die Verantwortung von Akteuren wie der Hamas bleibe dabei häufig ausgeblendet. Das Schicksal israelischer Geiseln gerate völlig aus dem Fokus, während das Leid muslimischer Opfer durch muslimische Täter kaum thematisiert werde.

Ein Ende des Konflikts könne es erst geben, wenn die Hamas ihre terroristischen



Agenda aufgebe.
Solange Märty-
rerkult und Parolen
wie „From the River
to the Sea“ – die die Auslöschung des
jüdischen Staates andeuten – in Teilen
der Gesellschaft Applaus fänden, bleibe
Frieden ein fernes Ziel. Eine friedliche Zu-
kunft, so seine Botschaft, sei aber denkbar:
dann nämlich, wenn die palästinensische
Gesellschaft eine politische Führung ohne
Terrorstrukturen finde und das Existenz-
recht Israels anerkenne.

Shalicas zentrales Fazit lautete daher unmissverständlich: Frieden entsteht nur dort, wo Realität anerkannt und gegenseitiger Respekt gelebt werden.

Lena Kuperman

Westmünsterland beleuchtet Arisierung

Veranstaltungen in Bocholt und Dorsten



Die Deutsch-Israelische Gesellschaft Westmünsterland hat nach ihrer Reorganisation zwei Veranstaltungen durchgeführt. So gab es erstmals in Bocholt eine Führung zu den arisierten Gebäuden und Geschäften in der Innenstadt. Zwischen 1933 und 1941

waren vor allem Einzelhandelsgeschäfte, Wohnhäuser und Textilfabriken unter Druck an Nichtjuden verkauft, zum Teil auch vom Deutschen Reich ohne Gegenleistung übernommen worden. Das Thema Arisierung soll im kommenden Jahr auch im Zusammenhang mit Industriebe-

trieben publik gemacht werden. Besucht wurde im Sommer das Jüdische Museum in Dorsten. Hier wird die Lebens- und Leidensgeschichte der Juden in Westfalen dargestellt. Auch die Bundestagsabgeordnete für den Kreis Borken, Nadine Heselhaus, war dabei. (Mitte)

Würzburg – Gedenkkundgebung zum 7. Oktober

7. Oktober: Nie wieder!

Gemeinsames Gedenken an das Hamas-Massaker vom 7. Oktober 2023



Stille Mahnwache mit DIG-Plakatkampagne

Foto: Konstantin Mack



Kundgebung in Würzburg am 6. Oktober 2025

Foto: Alexander Snif

Mehr als 50 Menschen folgten am 6. Oktober 2025 dem Aufruf der Deutsch-Israelischen Gesellschaft AG Würzburg zu einer Gedenkkundgebung. In seiner Rede betonte der Vorsitzende Konstantin Mack, dass der Antisemitismus hierzulande seit dem 7. Oktober eine neue Dimension erreicht habe: „Und zwar nicht trotz des 7. Ok-

tobers, sondern wegen des 7. Oktobers. Dazu gehören auch einige Gruppen hier in Würzburg, die schlicht ihrem plumpen Judenhass frönen.“ Im Mittelpunkt der Kundgebung stehen aber diejenigen, die am 7. Oktober Angehörige verloren haben und vor allem jene, die als Geiseln im Gazastreifen gehalten werden – darunter auch deutsche Staatsbürger.

Um auf deren Schicksal aufmerksam zu machen, hat die AG Würzburg sich an der DIG-Plakatkampagne beteiligt und Fotos der verbliebenen Geiseln mitgebracht. Diese wurden zusammen mit Kerzen auch am 7. Oktober selbst am Markt abgelegt. Zahlreiche PassantInnen beteiligten sich an diesem stillen Gedenken.

Konstantin Mack

7. Oktober in Israel:

Begegnungen am Rand des Unfassbaren

Im Oktober 2025 reisten wir zu viert nach Israel, um Bilder und Zeitzeugeninterviews für eine Fotoausstellung zwei Jahre nach dem 7. Oktober 2023 zu sammeln. Unser Ziel war es, nicht nur zu verstehen, sondern mitzufühlen, mitzutragen – und die Geschichten, die wir hörten, nicht im Dunkel verschwinden zu lassen. Es war eine Reise in ein zerrissenes Land, aber auch eine Reise zu Menschen, die trotz allem die Hoffnung nicht aufgeben.

Sirenen weckten uns in der ersten Nacht. Unserer Ankunftsnight. Unsicher, ob wir den 200 Meter entfernten Bunker aufsuchen oder auf die dicken Wände unseres Hauses in Jaffa vertrauen sollten, standen wir schlaftrunken an den Wänden. In der Ferne hörten wir die dumpfen Abfangtöne des Iron Dome. Am nächsten Morgen erfuhren wir, dass die Raketen von den jemenitischen Huthis kamen. Ein Raketengruß – als zynischer Auftakt unserer Reise. Unser erster Tag hielt uns in emotional herausfordernden Momenten. In Sderot besuchten wir das Digital Center, das dem Gedenken an den 7. Oktober gewidmet ist. Wir begegneten Menschen, hörten Geschichten, umarmten, weinten gemeinsam. Zuhören schien die einzige richtige Antwort auf die Schreckensberichte. Wir sind vier unterschiedliche Charaktere. Und so ging auch jede und jeder anders mit dem Erlebten um: Einer suchte die Ruhe, der andere konnte vor Tränen die Orte des Grauens nicht klar sehen, ein Dritter dokumentierte



Aufforderung an der Wand eines Bunkers in Sderot

akribisch mit der Kamera. Der Vierte stand oft wie gelähmt vor den Orten des Grauens.

Nicht nur die verrußten Wände, zerborstenen Scheiben und Einschusslöcher in Be’eri,

Kfar Aza, Nir Oz und Nahal Oz erzählten von der Gewalt, sondern vor allem die Menschen – die Überlebenden, die bereit waren, ihre Erinnerungen mit uns zu teilen.

In Nahal Oz hörten wir von einem jungen Mädchen, das in Todesangst, aber mit unfassbarem Mut und Klarheit seine ganze Familie rettete.

In Nir Oz standen wir fassungslos im Haus von Oded Lifshitz – einem Friedensaktivisten und Freund der Palästinenser. Alles war zerstört. Sein Piano, auf dem er oft spielte, war verbrannt und kaum mehr als Musikinstrument erkennbar. Ein niedergebranntes Zeugnis blinder Zerstörungswut der Hamas, wie alles andere in diesem Haus, die den sieben schönsten Buchstaben Leben einhauchten – damals: FRIEDEN!

In Kfar Aza sprach ein Überlebender zu uns. Über Schuld. Über das Scheitern einer idealistischen Generation. Über die bittere Erkenntnis, dass Vertrauen allein kein Schutz ist.



Piano des Friedensaktivisten Oded Lifshitz in seinem zerstörten Haus.

Auf dem Gelände des Nova-Festivals, das heute ein stiller Gedenkort unter freiem Himmel ist, kniete ein junger Mann Anfang 20 und putzte die Gedenksteine für seinen Bruder. Sein Bruder und dessen Freundin waren Besucher des Supernova-Festivals und wurde am 7. Oktober von der Hamas ermordet. Tagelang suchte er den Leichnam seines Bruders mit seinem Vater auf dem Gelände, das noch verwüstet und blutgetränkt war.

Nur etwa 100 Meter entfernt trafen wir auf drei ReservistInnen. Sie standen an der Bar, die vor zwei Jahren noch ein Ort des Feierns und der Freude war. Wenige Stunden später fanden die eingetroffenen Hilfskräfte hier die Leichen zahlreicher Feiernden vor. Ein Soldat hielt eine Flagge des Supernova-Festivals in unsere Kamera. Es stellte sich heraus, dass er Überlebender des Massakers ist und mit seinen FreundInnen aus seiner Einheit zurück an den Ort des Schreckens gereist war. Mit Staunen und tiefer Bewunderung erfuhren wir, dass er nur wenige Wochen nach dem Massaker zur Armee gegangen ist.

Wir kamen, um etwas zu verstehen, das sich jeder Logik entzieht – und gingen als Vertraute. Überall, wo wir uns aufhielten, trafen wir auf Menschen, die dankbar waren, dass wir ihre Geschichten nach Deutschland tragen: Damit das Vergessen ein Nie Wieder bleibt.



Gedenktafeln am Ort des Massakers auf dem Supernova-Festival.

An unserem Abreisetag holten uns neue Nachrichten aus dem Schlaf: Der Geiseldrama. Noch im Morgengrauen eilten wir zum Platz der Geiseln. Ein Ort, der seit zwei Jahren ein Mahnmal der Trauer war, wurde plötzlich zu einem Ort der Freude. Gesänge, Tränen, Umarmungen – ein kollektives Aufatmen. Zum ersten Mal spürten wir, was Hoffnung bedeutet, wenn sie Wirklichkeit wird.

Diese Reise hat uns verändert. Sie hat Fragen offengelassen, aber Verbindungen geschaffen. Die Geschichten, die wir gehört haben, sind jetzt auch unsere – und wir

tragen sie weiter, in der Hoffnung, dass sie gehört werden. Dass sie nicht verblassen. Dass sie uns erinnern – an das, was war. Und daran, dass Menschlichkeit auch im Angesicht des Grauens überleben kann.

Die Fotoausstellung „6:56“ zeigt Aufnahmen aus den Kibbuzim Be’eri, Nir Oz und Reim, welche am 7. Oktober 2023 von Hamas-Terroristen angegriffen und zerstört wurden: www.656ausstellung.de

Simone Bartunek, Jonas Weibel,
Sabrina Zinke (alle DIG Würzburg),
Christian Weiß (DIG Nürnberg)



Keramik-Anemonen am Ort des Massakers auf dem Supernova-Festival.



Barkan Haramaty am Gedenkplatz seines ermordeten Bruders Idan

Eine rechtliche Einordnung

Genozidvorwürfe gegen Israel

Am 7. Oktober 2023 überfielen die Hamas und der Palästinensische Islamische Dschihad Israel in einem koordinierten, beispiellosen Terrorangriff. Mehr als 1200 Menschen wurden getötet, Tausende verletzt und Hunderte als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt. Seit Beginn der darauffolgenden israelischen Militäroperationen wird Israel von verschiedenen internationalen Akteuren, NGOs und WissenschaftlerInnen beschuldigt, in Gaza einen Völkermord zu begehen. Diese Vorwürfe stützen sich auf die hohe Zahl ziviler Opfer, die Zerstörung wichtiger Infrastruktur und die dramatische humanitäre Lage im Gazastreifen. Doch woran lässt sich messen, ob hier tatsächlich ein Völkermord vorliegt?

Der rechtliche Maßstab:

die UN-Völkermordkonvention von 1948

Die Konvention definiert Völkermord als eine Handlung, die mit der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassistische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören. Diese Absicht ist das zentrale Abgrenzungskriterium. Sie kann aus den Umständen abgeleitet werden, darf jedoch nur angenommen werden, wenn keine andere plausible Erklärung für das Verhalten der Täter besteht. So haben es das Internationale Straftribunal für das ehemalige Jugoslawien im Krstić-Urteil zum Massaker von Srebrenica (2001), das Ruanda-Tribunal im Akayesu-Fall (1998) und der Internationale Gerichtshof im Verfahren Bosnien und Herzegowina gegen Serbien (2007) klargestellt. Dabei sind objektive Zerstörungen – etwa hohe Opferzahlen oder großflächige Verwüstungen – allein nicht ausreichend, um einen Völkermord festzustellen. Entscheidend ist der Nachweis einer gezielten Vernichtungsabsicht gegenüber einer geschützten Gruppe.

Vorwurf I:

Die Lebensbedingungen im Gazastreifen

These:

Israel schaffe durch Blockade und Bombardierungen lebenszerstörende Bedingungen, die auf die physische Vernichtung der palästinensischen Bevölkerung abzielen.

Situation:

Unbestreitbar ist die humanitäre Lage in Gaza seit Längerem katastrophal. Der Mangel an Nahrung, Wasser, Strom und medizinischer Versorgung hat das Leben der Zivilbevölkerung massiv beeinträchtigt.

Bewertung:

Völkerrechtlich könnte ein solcher Zustand unter die Völkermordkonvention fallen,

sofern er absichtlich herbeigeführt wurde, um die Bevölkerung als Gruppe zu zerstören. Nach Einschätzung des US-Juristen Eli M. Rosenbaum, ehemaliger Direktor der Human Rights and Special Prosecutions Section im US-Justizministerium, lässt sich eine solche Absicht jedoch nicht nachweisen. Israel hat wiederholt humanitäre Korridore geöffnet, Hilfslieferungen zugelassen und Evakuierungen ermöglicht – Maßnahmen, die mit einer genozidalen Absicht unvereinbar wären. Auch die High Level Military Group, ein Zusammenschluss ehemaliger NATO-Generalstabschefs und hochrangiger Offiziere, kam nach einer Inspektionsreise im Juli 2024 zu dem Schluss, Israel habe außergewöhnliche Anstrengungen unternommen, um die Zivilbevölkerung zu schützen. Die vorliegenden Indizien deuten daher auf eine militärische Strategie zur Schwächung der Hamas hin. John Spencer, früherer US-Armee-Major und Militärexperte, bestätigt, Israels Ziel sei eindeutig militärischer Natur – die Zerschlagung einer Organisation, die selbst offen zur Vernichtung Israels aufruft, nicht jedoch die Auslöschung der palästinensischen Bevölkerung. Dass Israel die Zivilbevölkerung regelmäßig vor Angriffen warnt, spricht zusätzlich gegen eine gezielte Vernichtungsabsicht.

Vorwurf II:

Die hohe Zahl ziviler Opfer

These:

Die Zahl der Toten und Verletzten belege, dass Israel gezielt die Zivilbevölkerung angreife.

Situation:

Nach Angaben aus Gaza sind Zehntausende Menschen getötet worden. Diese Zahlen, überwiegend aus hamas-nahen Quellen, lassen sich jedoch unabhängig

nur schwer verifizieren. Auch wie viele Zivilisten unter den Opfern sind, lässt sich nicht unabhängig ermitteln.

Bewertung:

Zwar können exzessive Opferzahlen ein Indiz für eine mögliche genozidale Intention sein, sie sind aber nicht automatisch Beweis für deren Vorliegen. Das Völkerrecht unterscheidet zwischen unverhältnismäßiger Gewaltanwendung (die ein Kriegsverbrechen darstellen kann) und Völkermord. Auch bei sehr hohen Opferzahlen darf ein Genozid nur angenommen werden, wenn keine andere plausible Erklärung besteht, etwa militärische Notwendigkeit, Selbstverteidigung oder Abschreckung. Dass Israel in der Lage wäre, erheblich mehr Zivilisten zu töten, dies aber nicht tut, sowie wiederholte Waffenruhen und humanitäre Pausen sind laut Horovitz wichtige Gegenindizien.

Vorwurf III:

Politische Rhetorik und Nachweis der Absicht

These:

Einige israelische Politikerinnen und Politiker hätten durch entmenschlichende Äußerungen gezeigt, dass Israel eine genozidale Absicht gegenüber der Bevölkerung in Gaza hege.

Situation:

Einige Aussagen wurden aus dem Kontext gerissen und instrumentalisiert. Dem israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu wurde unterstellt, er habe angekündigt, Gaza in Ruinen zu verwandeln. Vielmehr präzisierte er ganz klar alle Orte, an denen sich die Hamas versteckt und rief direkt im Anschluss die palästinensische Zivilbevölkerung auf, sich in Sicherheit zu bringen. Die Formulierung des ehemali-

gen Verteidigungsministers Yoav Gallants, man kämpfe gegen „menschliche Tiere“ bezog sich explizit auf Hamas-Terroristen und die Angreifer vom 7. Oktober, keineswegs auf die palästinensische Bevölkerung insgesamt.

Radikale Äußerungen, wie Forderungen, Gaza dem Erdboden gleichzumachen (David Azoulay, Bürgermeister von Metula) oder eine Atombombe auf Gaza abzuwerfen (Amichai Eliyahu, Minister für Kulturerbe) stammen von israelischen Politikern oder Journalisten, die keine Mitglieder des israelischen Kriegskabinetts sind und daher keine Kontrolle über das israelische Militär haben.

Bewertung:

Solche Aussagen sind zweifellos problematisch, sie können als Hassrede oder Aufstachelung zur Gewalt interpretiert werden. Juristisch ist jedoch entscheidend, von wem die Äußerungen stammen und in welchem Kontext sie gefallen sind. Nach der Rechtsprechung internationaler Tribunale (wie des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda) kann genozidiale Rhetorik nur dann auf eine strafrechtlich relevante Absicht hinweisen, wenn sie von Personen geäußert wird, die über eine Befehlskette oder tatsächliche Entscheidungsmacht verfügen. Einige der umstrittenen Äußerungen spiegeln zwar politische Radikalität wider, belegen jedoch keine koordinierte staatliche Vernichtungsabsicht. Wie Dr. Horovitz betont, muss eine genozidiale Absicht sich in konkreten Handlungsanweisungen und militärischer Umsetzung niederschlagen. Maßgeblich ist daher die Intention jener Akteure, die tatsächlich militärische Entscheidungen treffen. Die israelischen Streitkräfte begründen ihre Operationen mit der Zerschlagung der Hamas, dem Schutz israelischer Zivilisten und der Rückführung von Geiseln – Ziele, die zwar mit massiver Gewaltanwendung verbunden sind, jedoch innerhalb des Rahmens militärischer Zielsetzung bleiben. Da diese plausiblen Alternativerklärungen bestehen, entbehrt der Vorwurf, Israel verfolge eine gezielte

Vernichtungsabsicht im Sinne der UN-Völkermordkonvention, jeder Grundlage.

Der Hamas-Angriff vom 7. Oktober

These:

Der Angriff auf Israel am 7. Oktober 2023 durch die Hamas und den Palästinensischen Islamischen Dschihad muss als Völkermord betrachtet werden, da sich die Gewalt gezielt gegen die israelische Bevölkerung als nationale und religiöse Gruppe richtete.

Situation:

Bei dem koordinierten Angriff, der sich bewusst gegen Zivilisten richtete, wurden mehr als 1200 Menschen getötet, Tausende weitere verletzt, vergewaltigt oder verschleppt. Die Opfer waren überwiegend Jüdinnen und Juden, also Mitglieder einer geschützten nationalen und religiösen Gruppe im Sinne der UN-Völkermordkonvention.

Bewertung:

Die Tötungen, Folterungen, Misshandlungen und die bewusste Zufügung schweren seelischen Leids erfüllen mehrere der in der UN-Völkermordkonvention genannten Tatbestandsmerkmale. Die Hamas-Charta von 1988 fordert ausdrücklich die Vernichtung Israels und die Tötung von Juden. Führungsfiguren der Hamas, wie Mohammed Deif und Ghazi Hamad, bekräftigten diese Zielsetzung während und nach dem Angriff vom 7. Oktober und riefen zur „vollständigen Zerstörung Israels“ auf. Interne Befehle und vorbereitete Einsatzpläne – etwa die Anweisung, „so viele wie möglich zu töten“ – zeigen, dass die Gewalt planmäßig und mit eliminatorischer Absicht ausgeübt wurde.

Diese Indizien belegen eine gezielte Vernichtungsabsicht gegenüber der israelischen bzw. jüdischen Bevölkerung. Die Kombination aus ideologisch fundierter Feindbildrhetorik, expliziten Tötungsaufrufen und systematischer Umsetzung erfüllt die zentralen Kriterien des Tatbestands des Völkermords. Im Gegensatz zur

Situation in Gaza, in der eine genozidale Absicht nicht nachweisbar ist, liegt im Fall des 7. Oktober eine klare Intention vor, einen wesentlichen Teil einer geschützten Gruppe als solche zu vernichten.

Fazit

Nach Maßgabe der UN-Völkermordkonvention sind die Vorwürfe gegen Israel nicht haltbar. Die hohen Opferzahlen und die dramatische humanitäre Lage belegen die Schwere des Konflikts, jedoch nicht die Absicht Israels, die palästinensische Bevölkerung als solche zu vernichten. Insbesondere Warnungen, Hilfslieferungen und die plausiblen Zielsetzungen des Militäreinsatzes – Befreiung der Geiseln, Zerschlagung der Hamas – widersprechen dem Vorwurf, Israel verfolge genozidiale Absichten. Die Genozidvorwürfe gegen Israel sind stark politisiert und werden von Akteuren aus unterschiedlichen politischen Lagern instrumentalisiert: von Staaten wie Südafrika und der Türkei über internationale Organisationen und NGOs bis hin zu Medien und EntscheidungsträgerInnen. Häufig ist das Ziel dieser Vorwürfe nicht die rechtliche Klärung, sondern vielmehr die Delegitimierung Israels auf der internationalen Bühne. Diese Politisierung verzerrt die rechtliche Bewertung, erschwert eine sachliche Analyse der Geschehnisse und unterminiert die Glaubwürdigkeit völkerrechtlicher Institutionen.

Zudem tritt bei diesen Vorwürfen nicht selten eine gefährliche Täter-Opfer-Umkehr auf, bei der die Rolle des Angreifers und des Opfers verwaschen oder vertauscht wird. Denn wie oben dargestellt wurde, lag dem Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 – im Gegensatz zur militärischen Intervention Israels in Gaza – eindeutig eine genozidiale Intention zugrunde.

Der Krieg Israels gegen die Hamas dient der Selbstverteidigung und zielt darauf ab, die Wiederholung eines solchen genozidalen Überfalls zu verhindern, alle Geiseln zu befreien und die Sicherheit der eigenen Bevölkerung zu gewährleisten.

N.A.

Quellen:

- American Jewish Committee (2025): 5 Reasons Why the Events in Gaza Are Not “Genocide”, 16. September 2025.
- High Level Military Group (HLMG) (2024): Amicus Curiae Observation Pursuant to Rule 103, Situation in the State of Palestine, ICC-01/18, Pre-Trial Chamber I, 5. August 2024.
- Horovitz, Sigall (2024): Israel–Hamas War: The Genocide Question, 6. Januar 2024.
- Rosenbaum, Eli M. (2024): Keynote Address, 16th Annual International Humanitarian Law Roundtable, Chautauqua, New York, 26. August 2024 (as prepared for delivery).
- Spencer, John (2025): I'm a War Scholar. There Is No Genocide in Gaza, in: The Jerusalem Post.
- Starr, Michael (2024): Top US Nazi hunter tells ‘Post’: Israel is obligated to stop Hamas’s genocide, in: The Jerusalem Post, 17. Mai 2024.
- Übereinkommen vom 9. Dezember 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, (BGBl. 1954 II S. 730).

Klaus W. Bender

Marius

Résistance! Ein jüdisches Leben im Schatten des Nationalsozialismus

Biografie

Wenn ein Journalist Bücher schreibt, erkenne ich wieder, was uns gelehrt wurde: klare Sprache, sorgfältige Recherche, intensives Quellenstudium, das dennoch die Lesbarkeit bewahrt: so begegnet mir „Marius“ vom Kollegen Klaus W. Bender, ein schmales und wichtiges Buch. Schmal, nur 173 Seiten, weil ein guter Journalist weiß, wann es genug ist. Wichtig: weil Bender ein Kapitel beleuchtet, das viel zu wenig Beachtung findet in der deutschen Öffentlichkeit: die jüdische Résistance im Schatten des Nationalsozialismus. So lautet auch der Titel dieser Biografie, vielleicht das einzige Sperrige an der Erzählung eines denk-würdigen Lebens und einer ebenso denk-würdigen Begegnung, die alles ausgelöst hat.

So viel Erlebtes, Gesehenes finde ich wieder in Marius: der Künstler, nahezu erematisch irgendwo in den Seealpen, Beschreibungen des Grande Rafle, der schon im Film von Roselyne Bosch erschütterte, das Hotel Lutetia, und selbst das erfolgreiche Studio, das sich auf PR- und Werbeaufnahmen spezialisiert, ist vertraut.

Neu und notwendig sind jedoch die Einzelheiten aus dem Leben dieses Jungen, Marius, der, ein Kind noch, beim Zelten bei Bayonne die Flüchtlingsströme aus Francos faschistischem Spanien erlebt – eine politische Erweckung. Das Leben in der Schattenarmee, der ständige Ortswechsel der jungen Partisanen, der durch die Landung der Alliierten in der Normandie geweckte Enthusiasmus, schließlich die Befreiung Lyons – das alles erlebt einer, der knapp 18 Jahre alt ist. Nicht ganz einfach, aber geschildert: die Vielschichtigkeit der Résistance, und, explizit, des jüdischen Widerstandes.

Das Buch, die Erzählung neigt sich dem zivilen Leben zu, auch das, ein Kampf, den Marius glänzend besteht mit seinem Fotoatelier, und dennoch verliert er am Ende: den Kampf um Wanda, den so alltäglichen Kampf gegen den Krebs der geliebten Frau.

Am Ende und am Anfang der Geschichte von Marius steht die Begegnung des Protagonisten mit dem Autor. Ein Zufall, der uns ein vielschichtiges Buch beschert, das Vergangenheit und Gegenwart, Widerständigkeit und Karriere und als Zugabe ganz Frankreich beschert.

kor



Klaus W. Bender:
Marius
Résistance!
Ein jüdisches Leben im Schatten des Nationalsozialismus
Elfundzehn, 2025,
ISBN 978-3-907243-03-9
EUR 29,80

François Wisard

Harald Feller

Retter von Verfolgten, Gefangener von Stalin

Die Leben eines Schweizer Diplomaten in Budapest

Was es ist: eine sorgfältige, geradezu akribische Fleißarbeit. Was es nicht ist: einer der ebenso ungezählten wie überflüssigen Romane aus der Abteilung „Nazi-tainment“. Wer sich mit dem bis dato weitgehend unbekannten Schicksal des Schweizer Diplomaten Harald Feller befassen möchte, braucht Geduld und Liebe zum Detail. Das Leben des Harald Feller, der als junger Diplomat die Schweiz in Budapest repräsentiert, der von den Sowjets nach Moskau entführt und in Stalins Gefängnissen interniert wird und der schließlich im Austausch in die Schweiz zurückkehren kann, nur um dort der Kollaboration bezichtigt zu werden, spiegelt die weltpolitischen Verwerfungen der Mitte des 20. Jahrhunderts.

Die Biografie über Harald Feller ist deshalb ein herausragendes Stück Zeitgeschichte, weil sich in der Person des Schweizers alles sammelt: der Widerstand und die Menschlichkeit, dort wo Hilfe möglich ist, die Monotonie und das Vakuum der sowjetischen Gefangenschaft und, vielleicht das Unerträglichste: das Verkennen durch seine Landsleute, die vermuten, er habe mit den Nazis gemeinsame Sache gemacht.

Harald Feller hatte ein Leben, das auszuhalten sicherlich nicht einfach war. Es hätte ein schlichtes Leben werden können, mit vorgezeichneter Karriere, ohne Höhen und Tiefen. Gehindert daran hat ihn sein Anstand: in Budapest ebenso wie in seinen späten Jahren, als er sich als Regisseur engagiert, beginnend mit einem Ensemble aus Strafgefangenen.

Dieses Leben wird beschrieben in einem Buch, auf das Gleiche zutrifft: es auszuhalten ist nicht einfach. Hier geht das flüssige Lesen zugrunde: Detailversessenheit und Quellennachweise überdecken die Biografie so intensiv, als müsse sich der Autor unablässig rechtfertigen. Keine Seite ohne drei, vier, fünf Fußnoten, sieben Seiten Literaturverzeichnis, Abbildungsverzeichnis, sorgfältiges Inhaltsverzeichnis: niemand allerdings wird behaupten können, dass hier nicht solide recherchiert und dokumentiert wurde.

So steht jedoch zu fürchten, dass das Buch Historikern oder Wissenschaftlern anderer Disziplinen vorbehalten bleibt. Ich hätte dem Autor einige Quellenangaben weniger nachgesehen zu gunsten von etwas mehr Empathie für den Protagonisten. Diese Empathie zeigt die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem: Harald Feller ist der einzige Schweizer, dem der Ehrentitel „Gerechter unter den Völkern“ verliehen wurde.

kor



Biografie

*François Wisard (Übersetzung: Lis Künzli):
Harald Feller.*

*Retter von Verfolgten,
Gefangener von Stalin
Elfundzehn, 2025,
ISBN 978-3-905769-79-1
EUR 29,80*

Ein großer Journalist schreibt nicht mehr:

Dr. Richard Herzinger ist tot

Als es mir zunehmend misslang, die Welt zu verstehen, rief ich ihn an: ob er für uns schreiben wolle – darüber, was der Angriff auf Israel mit der Ukraine zu tun habe, warum es in den Großstädten – in seinem Berlin, aber auch in meinem Frankfurt, seiner Geburtsstadt, immer schwieriger wurde, unmissverständlich für Israel einzustehen. Immer hatte ich das beruhigende Gefühl, hier weiß einer, was vorgeht mit uns und um uns herum. Eines unserer letzten Telefonate ging um die Zeichenzahl eines Artikels – „warum 10.000 Zeichen?“ fragte er und ja: die Beschreibung des Hier und Heute ist in Zeichen nicht messbar.

Auch für dieses, das Magazin der Deutsch-Israelischen Gesellschaft schrieb Dr. Richard Herzinger. Unvergessen ist sein Ar-

tikel im Spätherbst des Jahres 2022 – also lange vor der Stunde Null des 7. Oktober 2023 – in dem er im DIG-Heft den Satz formulierte: „Der russische Angriffskrieg hat die Verbreitung des Antisemitismus in Europa weiter angeheizt.“

Dass sich seine prophetische Aussage übererfüllt, musste er in seinen letzten zwei Jahren erleben. Ich habe den Verstorbenen nur einmal persönlich getroffen; in seiner Heimatstadt Frankfurt, die er immer grüßen ließ, wenn wir telefonierten, bei einer Veranstaltung über den „Grünen Prinzen“. Nun ist Richard Herzinger gegangen, und bei der Lektüre der zahlreichen Nachrufe wird mir bewusst: Er war einer der ganz Großen meiner Zunft, Vorbild und Ansporn für diejenigen, die versuchen,



Dr. Richard Herzinger sel.A.

wahr, loyal und menschlich zu sein. Es war mir eine Ehre, Herr Dr. Herzinger.

(kor)

In ehrender Erinnerung

Wir trauern um Micha Brumlik sel. A.

Das Fritz Bauer Institut trauert um Micha Brumlik. Von 2000 bis 2005 war er Direktor des Instituts und hat in dieser Funktion wichtige Weichen gestellt. Nach dem Umzug des Instituts in das IG Farben Haus auf dem Campus Westend der Goethe-Universität 2001 hat sich Micha Brumlik für einen angemessenen Umgang mit dem historischen Ort, der ehemaligen Firmenzentrale der IG Farben, engagiert. In seiner Amtszeit fand 2004 ein zweites Treffen von Überlebenden des KZ Buna/Monowitz im IG Farben Haus statt, es wurden wichtige Ausstellungen zum Auschwitz-Prozess und zur „Ausplündierung der Juden in Hessen 1933–1945“ entwickelt und erste Schritte unternommen, eine eigene Professur zur Erforschung der Geschichte und Wirkung des Holocaust an der Goethe-Universität zu etablieren. Diese wurde 2017 eingerichtet und ist heute verbunden mit der Leitung des Fritz Bauer Instituts.

Micha Brumlik gelangte mit seinen Eltern, die in der Schweiz Schutz vor dem Nationalsozialismus gesucht hatten, 1953

nach Frankfurt am Main, wo er zur Schule ging, studierte und nach Stationen an den Universitäten Hamburg und Heidelberg selbst als Professor und Institutedirektor wirkte. Auch politisch engagierte er sich in Frankfurt als Stadtverordneter. Die deutsch-jüdische Geschichte und Gegenwart nach dem Holocaust beschäftigte ihn zeitlebens – als Wissenschaftler, Publizist und Intellektueller. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fritz Bauer Instituts werden Micha Brumlik in ehrender Erinnerung behalten.

Prof. Dr. Micha Brumlik, geboren am 4. November 1947 in Davos. Studium der Pädagogik, Philosophie und Soziologie in Frankfurt am Main. 1973 Diplom in Sozialpädagogik, 1977 Promotion in Philosophie. 1981 bis 2000 Professor für Erziehungswissenschaft in Heidelberg, 2000 bis 2013 Professor für Allgemeine Erziehungswissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Frankfurter Stadtverordneter 1989 bis 2001. 2000 bis 2005 Direktor des Fritz Bauer Instituts. Seit



Prof. Dr. Micha Brumlik sel.A.

2013 Senior Advisor am Zentrum Jüdische Studien Berlin/Brandenburg, seit 2017 Seniorprofessor an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. 2025 Bundesverdienstkreuz am Bande. Am 10. November 2025 ist Micha Brumlik nach längerer Krankheit gestorben. Er wurde am Freitag, 14. November 2025 auf dem Jüdischen Friedhof Berlin-Weißensee beigesetzt.

Tobias Freimüller

Foto: Werner Lott



Die Leitsätze der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

Unsere Ziele sind klar definiert: Die Deutsch-Israelische Gesellschaft will die menschlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Deutschen und Israelis festigen und weiterentwickeln. Dabei agieren wir überparteilich und in steter Solidarität mit dem Staat Israel und seiner Bevölkerung. Grundlage der Arbeit der DIG sind unsere Leitsätze. Sie weisen uns bei unseren Bestrebungen den Weg, dem Staat Israel und seinen Bürgern Frieden, ein Leben in anerkannten und sicheren Grenzen sowie in wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit zu gewährleisten.

- Vorurteilen gegenüber Juden in der deutschen Bevölkerung entgegenzuwirken sowie Antisemitismus und Antizionismus entschieden zu bekämpfen.
- 1 | Die DIG ist die zentrale Organisation in der Bundesrepublik Deutschland, in der sich Freunde Israels in überparteilicher Zusammenarbeit zusammenfinden, um in Solidarität mit dem Staat Israel und seiner Bevölkerung zu wirken.
 - 2 | Es genügt nicht, die Entwicklung und Pflege der deutsch-israelischen Beziehungen staatlichen Stellen zu überlassen. Die DIG will deshalb als überparteiliche Organisation dazu beitragen, die menschlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen dem deutschen Volk und den Israelis zu festigen und weiterzuentwickeln.
 - 3 | Die DIG unterstützt und fördert alle Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, dem Staat Israel und seinen Bürgern Frieden, ein Leben in anerkannten und sicheren Grenzen, in wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit zu gewährleisten.
 - 4 | Die DIG engagiert sich für einen Frieden im Nahen Osten, der die Lebensfähigkeit Israels dauerhaft sichert. Sie tritt für eine Verständigung zwischen allen Völkern der Region ein und wendet sich entschieden gegen all diejenigen Kräfte innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, die Israels Lebensrecht als jüdischer Staat bestreiten.
 - 5 | Auch in Zukunft wird die Arbeit der DIG von dem Wissen um die von Deutschen zu verantwortenden Verbrechen an den Juden während der Jahre 1933 bis 1945 ausgehen. Die DIG wird deshalb der Aussöhnung zwischen unseren beiden Völkern verpflichtet bleiben. Diesen Auftrag gilt es, an die nachwachsende Generation in der Bundesrepublik Deutschland zu vermitteln. Als konkreter Beitrag ergibt sich für die DIG daraus,
 - 6 | Die DIG bemüht sich, in der Bundesrepublik die Kenntnis über Israel, seine Geschichte und seine Gegenwart zu vertiefen. Hierzu gehört eine kontinuierliche Unterrichtung der DIG-Mitglieder und der Öffentlichkeit über Entwicklungen und Probleme in Israel sowie über das Ringen um seine gesicherte Existenz.
 - 7 | Mit den in ihrer Mitgliedschaft erarbeiteten und überparteilich getragenen Positionen äußert sich die DIG auch öffentlich, und zwar vornehmlich gegenüber der Regierung und den politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland.
 - 8 | Die DIG bemüht sich in Israel um die Vermittlung eines realistischen Bildes über Entwicklungen und Probleme in der Bundesrepublik Deutschland. Sie arbeitet dabei eng mit ihrer Schwesterorganisation, der Israelisch Deutschen Gesellschaft (IDG), zusammen, die sich auf israelischer Seite parallelen Aufgaben und Zielen widmet.
 - 9 | Die DIG unterstützt den Austausch von Besuchergruppen zwischen beiden Ländern, vor allem im Rahmen des deutsch-israelischen Jugendaustausches. Dieser Austausch fördert die Bereitschaft, politische Verantwortung im Leben der menschlichen Gemeinschaft zu entwickeln, eine bessere und vertiefte Kenntnis vom anderen Volk, von seiner politischen und sozialen Lage, seinem Land, seiner Geschichte und seiner Kultur zu erwerben.
 - 10 | Wichtige Aufgaben erfüllen die regionalen Arbeitsgemeinschaften der DIG. Sie führen Veranstaltungen durch, deren vorrangiges Ziel es ist, politische, soziale und kulturelle Entwicklungen in Israel durch deren Repräsentanten authentisch zu vermitteln und den Dialog zu fördern.
 - 11 | Die DIG beteiligt sich an einer überregionalen Kooperation mit solchen Institutionen in europäischen Ländern, deren Ziel ebenfalls in der Entwicklung und Pflege enger freundschaftlicher Beziehungen zu Israel und seinen Bürgern liegt.

DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

Bundesgeschäftsstelle
Littenstraße 105 | 10179 Berlin
Telefon +49 (0)30 80 90 70-28
info@digev.de | www.digev.de

